



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2014

Johannes Breitwieser

**Motive der Wechselwahl
in Kerngebieten westdeutscher
Metropolregionen.
Eine Analyse individueller
Wechselmotive am Beispiel
der Bundes- und Landtagswahl
2013 in München**

Masterarbeit bei
Prof. Dr. Paul W. Thurner
SoSe 2014

Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	3
1 Präferenzbildung und Wahlentscheidung	6
1.1 Sozialstrukturelle Ansätze	6
1.2 Der sozialpsychologische Ansatz	8
1.3 Rationalistische Ansätze	9
1.4 Fazit	11
2 Wechselwahl: Forschungsstand und eigener Beitrag	12
2.1 Sozialstrukturelle Forschungsbeiträge.....	12
2.2 Sozialpsychologische Forschungsbeiträge.....	13
2.3 Rationalistische Forschungsbeiträge	14
2.4 Sonstige Ergebnisse	15
2.5 Eigener Forschungsbeitrag.....	15
3 Konzeptspezifikation und Hypothesen	18
3.1 Spezifikation der Wechselbewegungen.....	18
3.2 Herleitung der Hypothesen	20
4 Datengrundlage und Operationalisierung.....	28
4.1 Erhebungsdetails und Umfang	28
4.2 Operationalisierungen.....	34
5 Methode und Modellspezifikation	40
5.1 Erläuterung der Datenstruktur.....	40
5.2 Logistische Regression zur Analyse der Wechselwahl	42
6 Analyse und Ergebnisse	45
6.1 Deskriptive Analyse der Daten.....	45
6.2 Statistische Analyse der Daten.....	52
6.3 Robustheit der Analysen.....	76
7 Diskussion.....	79
7.1 Zusammenfassung und theoretische Einordnung	79
7.2 Fazit	82
7.3 Grenzen der Arbeit und mögliche Kritik.....	84
7.4 Ausblick	86
Anhang.....	89
Quellen.....	92
Eigenständigkeitserklärung.....	97

Tabellenverzeichnis

4.1.1	Umfang der Befragung und Unit-Response.....	31
4.1.2	Item-Response	32
4.2.1	Abhängige Variablen	35
4.2.2	Übersicht über die Kategorie-Variablen.....	37
4.2.3	Kontrollvariablen.....	40
6.1.1	Wechselbewegungen bei der Bundestagswahl	46
6.1.2	Wechselbewegungen bei der Landtagswahl	47
6.1.3	Allgemeine Wechselbewegungen bei Bundes- und Landtagswahl.....	48
6.2.1	Regressionstabelle: Allgemeine Wechselbewegungen.....	54
6.2.2	Regressionstabelle: Leistungsbewertungen.....	59
6.2.3	Regressionstabelle: Wahltaktik	62
6.2.4	Regressionstabelle: Pull-Issues.....	70
6.2.5	Regressionstabelle: Push-Issues	74
6.3	Exemplarische Klassifikationstabellen	78

Abbildungsverzeichnis

1.1	Konfliktlinien nach Lipset und Rokkan (1967)	7
3.1.1	Exemplifikation: Zuwanderung	19
3.1.2	Exemplifikation: Abwanderung.....	19
3.1.3	Exemplifikation: Allgemeine Wechselmuster	20
4.1	Ausgewählte Stimmbezirke	29
4.2	Binäre Variablen der genannten Wechselmotive.....	38
5.1	Zusammensetzung der Mover und Stayer	41
5.2	Transformation logarithmierter Chancen	44
6.1.1	Verteilung der Wechselmotive bei der Bundestagswahl.....	50
6.1.2	Verteilung der Wechselmotive bei der Landtagswahl.....	51
6.1.3	Michigan vs. Rational Choice: Determinanten der Wahlentscheidung.....	52
6.2.1	Odds-Ratios für kleine Wechsel.....	55
6.2.2	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für kleine Wechsel	56
6.2.3	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für Aussteiger-Wechsel.....	57
6.2.4	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für Abwanderung aus dem Regierungslager	60
6.2.5	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Zuwanderung zu SPD und FDP	63
6.2.6	Wahltaktisch motivierte Bewegungen innerhalb des bürgerlichen Lagers	64
6.2.7	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Abwanderung von CSU und Grüne	66
6.2.8	Gesamtstruktur wahltaktisch motivierter Wechselbewegungen.....	67
6.2.9	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten zur Identifikation von Personal-Effekten.....	68
6.2.10	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Zuwanderung zu den Grünen	71
6.2.11	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Zuwanderung zu SPD und Linke	72
6.2.12	Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Abwanderung von den Grünen	75

Einführung

Eines der spannendsten Ereignisse eines jeden Wahlabends ist die Identifikation der jeweiligen Wahlgewinner und Verlierer, sowie die Frage, wo eine Partei neue Wähler gewinnen konnte und wohin die ehemaligen Wähler abgewandert sind. Hinter dieser, auf den ersten Blick einfachen Frage verbirgt sich auf den zweiten Blick eine enorme Komplexität. Es müssen sowohl Wählerbewegungen zwischen zwei Parteien, als auch Austauschbewegungen mit den Nichtwählern und Veränderungen in der Zusammensetzung der Wahlberechtigten berücksichtigt werden. Da diese Bewegungen im Rahmen demokratischer Wahlen eine herausragende Bedeutung für Parteien und Wähler spielen, stellt die zuverlässige Schätzung der Wählerwanderung eine große und wichtige Herausforderung dar. Personen, die sich zwischen zwei Wahlen neu orientieren, garantieren einen funktionierenden politischen Wettbewerb zwischen den Parteien und beeinflussen die Erwartungen und Strategien politischer Akteure. Sie stellen sicher, dass regelmäßige Regierungswechsel stattfinden, die wiederum für den Fortgang der Demokratie unverzichtbar sind. Zwar können auch langfristige Faktoren, wie eine Veränderung der demografischen Zusammensetzung durch den Tod oder die Abgabe der Staatsbürgerschaft bisheriger Wahlberechtigter, sowie das Erreichen des 18. Lebensjahres oder die Annahme der Staatsbürgerschaft bisher nicht Wahlberechtigter die Präferenzkonstellation in der Gesellschaft verändern (Rattinger 2007), für das unmittelbare Wahlergebnis einer bevorstehenden Wahl sind diese Faktoren jedoch zu vernachlässigen. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Wechselwähler seit Beginn der 90er Jahre konstant angestiegen ist (Weßels 2007) und somit auch die Bedeutung derselben zunimmt. Rattinger (2007: 92) stellt bei seiner Betrachtung über mehrere Wahlen hinweg fest, dass langfristig mehr als die Hälfte der Wähler mindestens einmal die Partei gewechselt haben. Hinzu kommt, dass eine Wechselwahl im Vergleich zu den oben beschriebenen Faktoren einen „doppelten Effekt“ auf den Ausgang einer Wahl ausübt, da immer ein Nullsummenspiel vorliegt und der Verlust einer Partei dem Gewinn einer anderen entspricht (Schoen 2005: 367). Bereits die Möglichkeit der Wechselwahl wirkt somit disziplinierend auf die Eliten der Parteien. Wechselwähler zu gewinnen, ist eine grundlegende Voraussetzung, um als Oppositionspartei Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Die Analyse der Wählerwanderung am Wahlabend ist in dieser Hinsicht ein erster interessanter Informationsgewinn, für politische Akteure wäre es jedoch von enormer Bedeutung, mehr über die Beweggründe der Wechselwähler zu erfahren, um beispielsweise im Wahlkampf bestimmte Angebote an genau dieses Wählersegment aussprechen zu können. Demokratiethoretisch wäre es interessant, zu untersuchen, ob die Wechselwahl eine Bereicherung für das politische System darstellt, oder vorwiegend aus Orientierungslosigkeit und Überforderung resultiert. Existierende Analysen haben in dieser Hinsicht weitgehend widersprüchliche Ergebnisse erzielt. Während die Wechselwahl nach Weßels (2007: 414) auf beachtlichen kognitiven Prozessen beruht, argumentiert Schoen (2004) in einer

vergleichenden Untersuchung, dass sich die politische Kompetenz zwischen Stamm- und Wechselwählern in den USA, in Großbritannien und in Deutschland nicht maßgeblich unterscheidet. Weitgehende Einigkeit herrscht dahingehend, dass einer Wechselwahl stets eine Veränderung persönlicher Präferenzen zugrunde liegen muss. Die große Herausforderung für die Wahlforschung besteht jedoch vor allem die Erklärung, wie diese Veränderung zustande kommt. Es liegt auf der Hand, an dieser Stelle Theorien zur individuellen politischen Präferenzbildung und des Zustandekommens von Wahlentscheidungen als Basis solch gearteter Untersuchungen heranzuziehen. Während entsprechende Theorien zur Wahlentscheidung und deren Weiterentwicklung bereits einen grundlegenden Teil politikwissenschaftlicher Forschung darstellen, gibt es bisher nur vergleichsweise wenige Untersuchungen, die sich konkret mit der Wechselwahl beschäftigen. Harald Schoen (2000a, 2000b, 2001, 2003, 2004), Jürgen Falter (2000, 2005), Hans Rattinger (2007, 2009) und Bernhard Weißels (2007) bilden hier eine deutliche Ausnahme, deren ausführliche und theoriebasierte Forschungsleistungen zu wechselndem Wahlverhalten die Grundlage für die überwiegende Mehrheit der Erkenntnisse bilden, die in diesem Bereich für den bundesdeutschen Kontext bisher gewonnen werden konnten. Die Mehrzahl dieser Beiträge eint ihre Perspektive auf das Untersuchungsobjekt: Sie analysieren, welche Attribute der Wähler und der Parteien dazu beitragen, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass die jeweilige Person einen Wechsel vornimmt. Dabei werden meist sozialpsychologisch oder rationalistisch orientierte Erklärungsmuster des Wahlverhaltens zugrunde gelegt. Die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen stimmen weitgehend darin überein, dass veränderte Orientierungen hinsichtlich bestimmter Kandidaten oder politischer Streitthemen dazu führen, dass eine Person eher einen Wechsel vornimmt. Auch veränderte Kompetenzzuweisungen gegenüber Parteien oder einzelnen Kandidaten, sei es hinsichtlich bestimmter Themen oder hinsichtlich der allgemeinen politischen Leistungskraft einer Partei, erhöhen die Wechselwahrscheinlichkeit der betrachteten Personen. Sowohl Hofrichter und Kunert (2009), als auch Merz und Hofrichter (2013) gehen in ihren deskriptiven Analysen der Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2005 und 2009 über diese Art der Erklärung hinaus und widmen sich besonders stark den individuellen Beweggründen der Wechselwähler. Sie identifizieren auf Basis von Themen, welche die Befragten als (allgemein) wahlentscheidend eingestuft hatten, dominante Motive innerhalb eines Wechselmusters, also beispielweise von der Union zur FDP. Die „wahren“ Gründe des Wechsels sind dabei jedoch nicht bekannt.

In der vorliegenden Arbeit wird der Fokus zwar ebenfalls auf den Motiven liegen, jedoch werden die Effekte derselben erstmals statistisch modelliert. Dazu steht ein Datensatz zur Verfügung, in dem die individuellen Gründe des Wechsels enthalten sind. Mit den *Gründen* sind hier, im Unterschied zur existierenden Literatur, also weder die Zusammenhänge zwischen Merkmalen und Wechselwahl gemeint, noch Schlussfolgerungen von allgemeinen Prioritätseinschätzungen ein-

zelner Themen auf das individuelle Empfinden, sondern die Antworten der Wechselwähler auf die Frage: „Warum haben Sie sich bei der heutigen Wahl für eine andere Partei entschieden?“ Ausgehend von den genannten Wechselgründen der Befragten, werden konkrete Motive identifiziert, welche die Eintrittswahrscheinlichkeit der jeweils betrachteten Wechselbewegung erhöhen oder vermindern. Diese Herangehensweise ermöglicht eine stark differenzierte Betrachtung, in deren Rahmen die unterschiedlichen Beweggründe für verschiedene Wechselbewegungen charakterisiert und voneinander abgegrenzt werden können. Wechselndes Wahlverhalten kann dabei grundlegend aus vier Perspektiven betrachtet werden. Diese sind:

- | | |
|-----|---|
| P1: | <i>Die Zuwanderung zu einer bestimmten Partei.</i> |
| P2: | <i>Die Abwanderung von einer bestimmten Partei.</i> |
| P3: | <i>Konkrete Wechselbewegungen zwischen zwei Parteien.</i> |
| P4: | <i>Die Identifikation allgemeiner Wechselmuster, unabhängig von einzelnen Parteien.</i> |

Daraus folgen zunächst vier mögliche Forschungsfragen:

- | | |
|-----|--|
| F1: | <i>Welche Motive erklären einen Wechsel hin zu einer Partei?</i> |
| F2: | <i>Welche Motive erklären einen Wechsel weg von einer Partei?</i> |
| F3: | <i>Welche Motive erklären eine spezifische Wechselbewegung von A nach B?</i> |
| F4: | <i>Welche Motive erklären eine bestimmte allgemeine Wechselbewegung?</i> |

Der Fokus der Arbeit wird auf Zu- und Abwanderungsbewegungen liegen, ohne jedoch die allgemeinen Wechselbewegungen vollständig zu vernachlässigen. Die Herangehensweise folgt somit den Perspektiven P1, P2 und P4 sowie den jeweils entsprechenden Forschungsfragen F1, F2 und F4. Durch die Kenntnis der tatsächlich ausschlaggebenden Wechselgründe¹ und die Konzentration der Betrachtung auf die Wechselbewegungen innerhalb eines Motivs, können im Vergleich zu vorhergehenden Studien in diesem Bereich Erkenntnisse gänzlich anderer Art gewonnen werden. Die zentrale Fragestellung der Arbeit lautet:

<i>Welche Motive erklären bestimmte allgemeine Wechselbewegungen, sowie insbesondere Bewegungen von und zu bestimmten Parteien oder Parteiengruppen?</i>
--

Insbesondere Metropolregionen sind, aufgrund ihrer enormen und zunehmenden Relevanz für den Ausgang politischer Wahlen, für die Analyse von Wechselwählern interessant. Eine Metropolregion bezeichnet nach Boustedt (1970) eine urbane Konglomeration, bestehend aus einem inneren und einem äußeren Stadtkern mit insgesamt mindestens 100.000 Einwohnern, sowie

¹ Hier liegt die Annahme zugrunde, dass die angegebenen Wechselmotive den tatsächlich für die Entscheidung ausschlaggebenden Gründen entsprechen. Dies ist nicht unproblematisch, jedoch besteht, zumindest im vorliegenden Kontext, keine Möglichkeit, die tatsächliche Relevanz der genannten Motive zu überprüfen.

einer inneren und äußeren Peripherie, die als unmittelbares Einzugsgebiet der Stadt, etwa für Pendler, bezeichnet werden kann. Insgesamt 73 Prozent der deutschen Bevölkerung lebt in solchen Konglomerationen (Walter-Rogg 2013), mit einer deutlichen Tendenz nach oben. Die vorliegende Abschlussarbeit widmet sich den Kerngebieten westdeutscher Metropolregionen. Sie basiert auf Umfragedaten, die im Rahmen der Bundes- und Landtagswahl 2013 im inneren und äußeren Stadtkern der Metropolregion München erhoben wurden.

In einem ersten Schritt werden die wichtigsten Erklärungsansätze für das Zustandekommen einer Wahlentscheidung vorgestellt und geeignete Annahmen für die vorliegende Analyse der Wechselwahl entwickelt. Es folgt eine Zusammenstellung bisheriger Erkenntnisse, sowie die Abgrenzung des spezifischen Beitrages der Arbeit. Anschließend werden die verwendeten Begrifflichkeiten spezifiziert und die Hypothesen hergeleitet. Der praktische Teil beginnt mit der Vorstellung der verwendeten Daten, deren Erhebung, sowie der Beschreibung der vorgenommenen Operationalisierungen. Es folgt die Herleitung der verwendeten Methode, sowie die deskriptive Auswertung und die statistische Analyse des zugrundeliegenden Datenmaterials. Nach einer kurzen Evaluation ihrer Robustheit, werden die Ergebnisse schließlich zusammengefasst und theoretisch eingeordnet. Die Arbeit schließt mit einem Fazit, der Vorwegnahme möglicher Kritikpunkte, sowie mit einem Ausblick auf weitere Forschungsperspektiven.

1 Präferenzbildung und Wahlentscheidung

Die Grundlage einer jeden wissenschaftlichen Arbeit ist ein solides theoretisches Fundament. Dem Untersuchungsgegenstand der Wechselwahl liegen zunächst einmal zwei aufeinanderfolgende Wahlentscheidungen zugrunde. Es bietet sich deshalb an, in einem ersten Schritt die wichtigsten Theorien des Wahlverhaltens genauer zu betrachten. Da menschliches Verhalten und damit auch das Wahlverhalten, stets das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels verschiedenster Faktoren darstellt, ist es geradezu unmöglich eine „wahre“ Theorie zu identifizieren. In der politikwissenschaftlichen Wahlforschung haben sich über die Jahre hauptsächlich drei grundlegend verschiedene Herangehensweisen zur Erklärung der individuellen Wahlentscheidung durchgesetzt. Sie lassen sich auf Basis ihrer jeweiligen Annahmen in sozialstrukturelle, sozialpsychologische und rationalistische Erklärungsmodelle einteilen.

1.1 Sozialstrukturelle Ansätze

Die Grundlagen der sozialstrukturellen Erklärungsmodelle gehen zurück bis in das Jahr 1890. Georg Simmels (1890) Theorie der sozialen Kreise sieht jeden Menschen als Ergebnis verschiedener, sich überschneidender sozialer Kontexte. Darauf aufbauend veröffentlichten Lazarsfeld et al. (1944) mit „The People’s Choice“ eine der einflussreichsten empirischen Studien des Wahlverhaltens. Die mikrosoziologische Herangehensweise der Autoren sieht die Präferenzen eines

Menschen als Ergebnis seiner sozialen Umwelt. Diese wird konstituiert durch die jeweiligen sozialen Kreise, in denen sich ein Individuum bewegt. Ein sozialer Kreis verfügt über eine eigene Konstellation an Normen, mit denen sich das Individuum identifiziert. Präferenzen bilden sich nun, indem die gesammelten Normen aller Kreise möglichst weitgehend auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Besondere Wichtigkeit für die ausschlaggebenden Präferenzen im Rahmen einer Wahlentscheidung weisen Lazarsfeld et al. (1944) solchen Normen zu, die aus dem ökonomischen Status, der Religionszugehörigkeit und der Wohngegend einer Person folgen.

Eine zweite einflussreiche, sozialstrukturell ausgerichtete Studie ist die so genannte „Cleavage-Theorie“ von Lipset und Rokkan (1967). Im Unterschied zu Lazarsfeld et al. (1944) wird hier nicht das individuelle Umfeld einer Person, sondern gesamtgesellschaftliche Konfliktlinien (*cleavages*) in den Mittelpunkt gestellt. Diese Cleavages sind als grundlegende Spaltungen zu verstehen, die eine Gesellschaft in vollständigem Maße durchziehen. In der Folge ist es jedem Bürger möglich, sich eindeutig auf einer der beiden Seiten einzuordnen. An die Stelle der sozialen Kreise rücken also gesellschaftliche Großgruppen, denen sich ein Individuum zuordnet. Lipset und Rokkan (1967) identifizieren vier Hauptkonflikte, die bei der Formung wahlentscheidender Präferenzen den Ausschlag geben.

Abbildung 1.1: Konfliktlinien nach Lipset und Rokkan (1967)



Eigene Darstellung, nach Rokkan (1980: 121).

Diese können zunächst auf einer territorialen (Peripherie vs. Zentrum) und einer funktionalen Dimension (Ökonomie vs. Kultur/Ideologie) eingeordnet werden. Die stark kulturell-ideologisch geprägten Konflikte bestehen zwischen Kirche und Staat im Zentrum, sowie zwischen herrschender und abhängiger Kultur in der Peripherie, während die dominant ökonomisch geprägten Cleavages im Zentrum zwischen Kapital und Arbeit, sowie in der Peripherie zwischen Landbesitzern und Industrieunternehmern verlaufen. Die Herausbildung wahlentscheidender Präfe-

renzen einer Person ergibt sich nun, ähnlich wie bei Lazarsfeld et al. (1944), aus der Bemühung dieser Person, die Summe aller ihrer Positionierungen auf diesen Konfliktlinien auf einen Nenner zu bringen. Beide Modelle teilen die grundlegende Annahme einer sozialstrukturellen Funktionsweise der Präferenzbildung. Die Wahlentscheidung ist somit weniger das Ergebnis eines bewussten Vorgangs, sondern ein weitgehend determiniertes Resultat des sozialen Kontextes, in dem sich ein Wähler befindet. Sowohl bei Lazarsfeld et al. (1944), als auch bei Lipset und Rokkan (1967) übernimmt der Wähler als *homo sociologicus* (Dahrendorf 1958) die politischen Einstellungen seines Umfeldes.

1.2 Der sozialpsychologische Ansatz

Dieser Annahme widerspricht eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern an der University of Michigan in Ann Arbor. Mit *The Voter Decides* und *The American Voter* veröffentlichen Campbell et al. (1954, 1960) im Rahmen der US-Präsidentschaftswahlen der Jahre 1948 und 1952 bzw. 1954 und 1956 einflussreiche Studien zur Wahlentscheidung, die das Individuum stärker als zuvor in den Mittelpunkt rücken. Die Herausbildung politischer Präferenzen ist nach Campbell et al. (1954, 1960) ein aktiver Prozess, der weitgehend unabhängig von sozialstrukturellen Faktoren abläuft. Im Mittelpunkt der sozialpsychologischen Argumentation der Autoren steht eine Trias aus der Identifikation mit einer bestimmten Partei, der Orientierung an den jeweiligen Kandidaten und der Orientierung an einzelnen Sachfragen (*issues*). Diese Determinanten stehen bei der Formierung von politischen Einstellungen und letztlich bei der Wahlentscheidung einer Person im Mittelpunkt. Eine besondere Stellung innerhalb dieser Trias nimmt die Parteiidentifikation ein. Sie ist als eine Art affektive Parteibindung zu verstehen, die durch verschiedene für die Person relevante Faktoren konstituiert wird. Sozialstrukturelle Faktoren wie die bisherigen Erfahrungen einer Person, sowie die politischen Orientierungen des Elternhauses und des sozialen Umfeldes fließen über einen so genannten Kausalitätstrichter (*funnel of causality*, Campbell et al. 1960: 24) mit ein. Die Parteiidentifikation ist somit das „Destillat“ aus allen externen Einflussfaktoren auf das Individuum. Die Orientierung an Sachfragen beeinflusst die Wahlentscheidung einer Person, sobald ein bestimmtes Issue wahrgenommen und als wichtig erachtet, sowie eine eigene Position dazu formuliert wird und die korrespondierende Position mindestens einer Partei bekannt ist. Dies ist bei allgemeinen Themen häufiger der Fall als bei spezifischen (Campbell et al. 1960: 175). Grundsätzlich gilt es zu unterscheiden, ob eine Issue-Orientierung als retrospektive Bewertung der Handlungen einer Partei, oder als prospektives Urteil erwarteter Maßnahmen funktioniert. In beiden Fällen gilt: Je häufiger eine Übereinstimmung mit einer bestimmten Partei vorliegt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Person dieser Partei ihre Stimme gibt. Dabei ist davon auszugehen, dass ein stärkerer Einfluss von retrospektiven Bewertungen ausgeht, da diese in der Regel leichter zu entwickeln sind als prospektive (Falter / Schön

2005: 230). Auch scheinen solche Themen stärker ins Gewicht zu fallen, bei denen ein grundlegender Zielkonflikt zwischen mindestens zwei Parteien besteht (*position issues*), als von solchen, bei denen lediglich verschiedene Lösungsansätze angeboten werden (*valence issues*)² (Roth 2008: 45). Auch die Kandidatenorientierung beeinflusst die Wahlentscheidung erst, sobald ein Kandidat wahrgenommen und eine Position ihm gegenüber entwickelt wird. Diese kann auf Basis affektiver Neigungen wie genereller Sympathie, weitgehend unpolitischer Eigenschaften wie Familienfreundlichkeit, Empathie oder Religiosität, sowie aufgrund politisch relevanter Zuschreibungen wie Integrität, Erfahrung oder Fachkompetenz gebildet werden. Eine allgemein akzeptierte Zusammenstellung relevanter Dimensionen gibt es bislang nicht. Die Kandidatenorientierung kann dabei sowohl output-orientiert, auf Basis aktueller Erfahrungen mit einer Person, als auch auf Basis von stabilen Stereotypen, wie beispielsweise der Herkunft oder des Geschlechtes, entstehen. Auch hier gilt: Je mehr positive Bewertungen jedweder Art ein Kandidat erhält, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Person diesem Kandidaten ihre Stimme gibt. Die Orientierung an Sachfragen, sowie die Einstellung zu bestimmten Personalien beeinflussen sich dabei jeweils wechselseitig. Sie können darüber hinaus einen Einfluss auf die Parteiidentifikation ausüben und umgekehrt. Die Wahlentscheidung einer Person ist das Resultat einer aktiven Präferenzbildung im Rahmen dieser sich gegenseitig bedingenden Trias.

1.3 Rationalistische Ansätze

Auch die verschiedenen Erklärungsmodelle rationalen Wahlverhaltens beschreiben die politische Präferenzbildung einer Person als aktiven Prozess. Im Zentrum steht jedoch nicht mehr das sozialpsychologisch motivierte Individuum, sondern ein „politischer Markt“. Dieser besteht aus einzelnen Wahlberechtigten, die eine politische Nachfrage formulieren, sowie aus Parteien, die in Form ihres Wahlprogrammes, ihres Auftretens und ihrer Performanz ein politisches Angebot darbieten. Die Wahlentscheidung ist nun der Versuch des Wählers, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen. Im Mittelpunkt steht dabei das individuelle Kosten-Nutzen-Kalkül rational entscheidender Bürger. Die Anfänge rationalistischer Erklärungsmodelle gehen zurück in das Jahr 1957. Anthony Downs (1957) beschreibt in seiner *ökonomischen Theorie der Demokratie* einen rationalen Wähler, der stets seine eigenen Interessen verfolgt. Der primäre Nutzen dieses *homo oeconomicus* ist dabei stets in der Maximierung seines materiellen Wohlergehens zu finden. Zwar können auch nicht-materielle Faktoren zu einer Erhöhung des Nutzens führen, jedoch sind diese meist nur sekundär. Um eine rationale Entscheidung treffen zu können, benötigt der Wähler Informationen über den jeweiligen Nutzen, den die Wahl einer bestimmten Partei einbringen wird. Da diese Informationen nicht verfügbar sind, hilft sich der

² Die Frage nach der Ausweitung der Zuwanderung wäre beispielsweise ein *position issue*, während etwa die Sicherung des Wohlstandes in Deutschland ein *valence issue* darstellen würde.

Wähler mit einer retrospektiven Bewertung bisheriger Leistungen einer amtierenden Regierungspartei in Zeitraum t , sowie einer geschätzten Bewertung erwarteter Leistungen, sofern eine momentane Oppositionspartei in der gleichen Legislaturperiode an der Regierung gewesen wäre. Dieses *gegenwärtige Parteidifferential* (PD_t) zwischen dem entstandenen Nutzen U_t^A durch die bisherige Regierungsleistung von Partei A und dem Erwartungsnutzen $E(U_t^B)$ durch die hypothetische Regierungsleistung von Partei B bildet die wichtigste Grundlage der Wahlentscheidung. Es gilt:

$$PD_t = U_t^A - E(U_t^B)$$

Hinzu kommen zwei prospektive Faktoren, da ein rein retrospektives Wahlverhalten den Ansprüchen einer rationalen Entscheidung nicht gerecht würde (Downs 1957: 39). Der *Trendfaktor* übernimmt die aktuelle Leistungsentwicklung einer Regierung als Prognose für die Zukunft und beeinflusst so die Bewertung der betroffenen Parteien. Die *Leistungsbewertung* setzt den in Periode t entstandenen Nutzen in Verhältnis zu der Höhe des maximal möglichen Nutzens, der im Falle einer idealen Regierung entstehen würde.

Während die Entscheidung in einem Zweiparteiensystem somit eindeutig auszumachen ist, müssen in einem Mehrparteiensystem auch wahltaktische Erwägungen berücksichtigt werden. Zusammenfassend geht Downs davon aus, dass ein Wähler mit abnehmender Wahrscheinlichkeit einer Regierungsbeteiligung der bevorzugten Partei, eher auf diejenige Partei ausweicht, von der er sich unter allen plausiblen Regierungsanwärtern den größten Nutzen erwartet. Stehen verschiedene Koalitionen im Raum, so müsste ein Wähler, um rational entscheiden zu können, die jeweiligen Gewinnwahrscheinlichkeiten einschätzen und die, im Rahmen der Koalition entstehenden, Kompromisse antizipieren. Diese Einschätzungen wären jedoch sehr komplex und von großer Unsicherheit geprägt. Downs geht davon aus, dass ein so genanntes „*coalition voting*“ den Wähler überfordert, und dieser, im Falle von anstehenden Koalitionen, weiterhin für einzelne Parteien stimmen wird (Downs 1957: 147). Ein großer Teil der aktuelleren wissenschaftlichen Literatur widerspricht jedoch dieser Einschätzung und kann überzeugende empirische Belege liefern, dass rationalistische Erwägungen über zukünftige Koalitionen die Wahlentscheidung durchaus maßgeblich beeinflussen (Blais et al. 2006, Linhart 2007, Gschwend 2007, Bargsted / Kedar 2009, Meffert et al. 2011, Bytzek 2013). Angesichts dessen erscheint es durchaus plausibel, im deutschen Kontext von einer gezielten „Koalitionenwahl“ auszugehen.

Hinsichtlich der zeitlichen Orientierung der Wahlentscheidung bestehen verschiedene Positionen innerhalb der rationalistischen Schule. Während Key (1966) in seinem Werk *The Responsible Electorate* argumentiert, dass sich Wähler ausschließlich retrospektiv und auf Basis von Performanz-Bewertungen entscheiden, bezieht die überwiegende Mehrheit rationalistischer Theoretiker, wie schon Downs, zumindest eine prospektive Komponente mit ein. Fiorina (1981) geht über die Berücksichtigung zurückliegender und erwarteter Leistungsbewertungen hinaus, und

berücksichtigt zusätzlich die aus dem sozialpsychologischen Ansatz bekannte Parteiidentifikation. Er argumentiert, dass sowohl die gegenwärtige, als auch alle zurückliegenden Identifikationen mit einer bestimmten Partei, zusammen mit retrospektiven Performanz-Bewertungen in die Schätzung des zukünftigen Nutzens durch eine Partei einfließen.

Die grundlegende gemeinsame Annahme aller rationalistischen Erklärungsmodelle ist ein vollständig nutzenorientiert entscheidendes Individuum. Entstehende Kosten, etwa durch die aktive Beschaffung von Information, mindern diesen Nutzen. Hier setzt der meist formulierte Kritikpunkt an diesen Modellen an: Angesichts der Gesamtmenge an abgegebenen Stimmen sinkt der Einfluss einer einzigen Stimmabgabe auf ein vernachlässigbares Minimum. Selbst wenn keinerlei Kosten im Rahmen der Informationsbeschaffung zur Ermittlung der jeweiligen Parteiendifferenziale entstünden, so würden alleine die Kosten, welche durch den Akt des Wählens anfallen, den erwarteten Nutzen der Stimme übersteigen. Die rationale Entscheidung läge somit eindeutig in der Nichtwahl. Ein Lösungsvorschlag für das so genannte *Wahlparadoxon* stammt von Riker und Ordeshook (1968). Sie argumentieren, dass bei dieser Nutzenkalkulation ein zusätzlicher Faktor berücksichtigt werden muss. Dieser bestehe hauptsächlich aus der sozialen Anerkennung, die einer Person im Rahmen der Erfüllung der *Wahlnorm* zuteil wird. Darüber hinaus können expressiv oder intrinsisch motivierte Nutzengewinne entstehen, etwa durch die Befriedigung, ein „guter Demokrat“ zu sein und das herrschende System aktiv unterstützen zu können, oder durch das Bedürfnis, interessante und für die Zukunft relevante politische Informationen zu gewinnen.

1.4 Fazit

Der Fokus der vorliegenden Arbeit wird auf dem sozialpsychologischen und den rationalistischen Ansätzen liegen. Im Rahmen der kulturellen Individualisierung und Säkularisierung, sowie der zunehmenden Liberalisierung der Lebensstile in den letzten 40 Jahren ist zumindest in Mitteleuropa davon auszugehen, dass die Bindewirkung sozialstruktureller Identifikationsmuster im Allgemeinen stark abgenommen hat. Empirische Untersuchungen bestätigen den kontinuierlichen Rückgang der Trägergruppen und damit der Bedeutsamkeit klassischer Cleavages (Pappi / Brandenburg 2010), während sich bisher keine neuen Konfliktlinien mit ähnlicher Tragweite herausbilden konnten (Völkl / Langer 2012). In der Folge sind die Präferenzen der Wähler stark partikularisiert und weniger vorhersehbar. Stabile Parteiidentifikationen gehen ebenfalls zurück und können immer weniger zur Strukturierung des Wahlverhaltens beitragen (Mair 2008: 219).

„In this sense, voting patterns have become less structured, more random, and hence also surprisingly unpredictable and inconsistent.“ (Mair 2008: 221)

Wenn also diese strukturierend wirkenden Faktoren an Einflussstärke einbüßen, muss die Frage gestellt werden, welche Faktoren das Wahlverhalten nun in steigendem Maße beeinflussen. Ausgehend von Mair (2008) gibt es zwei Möglichkeiten: Die Wahlentscheidung fällt entweder

zufällig, oder im Rahmen einer individuellen, sowie sozialstrukturell weitgehend unabhängigen und variablen Präferenzbildung, beispielsweise anhand aktueller Sachfragen (vgl. z.B. Thurner 2012), der vorhandenen Kandidaten (vgl. z.B. Kühnel / Mays 2009) oder wahltaktischer Erwägungen zur Maximierung des persönlichen Erwartungsnutzen (vgl. z.B. Blumenstiel / Rattinger 2012). Im Folgenden wird zweiteres angenommen, ohne jedoch eine wichtige „Restwirkung“ sozialstruktureller Einflüsse ausschließen zu wollen. Insbesondere zwischen Metropolregionen und ländlicheren Gebieten kann ein stabiler relevanter Einfluss der territorialen Dimension auf das Wahlverhalten nachgewiesen werden (Walter-Rogg 2013). Auch innerhalb von Metropolregionen, kann ein solcher Einfluss nicht ausgeschlossen werden. Das Alter und das Geschlecht, sowie etwa der Bildungsstand, die Religionszugehörigkeit oder die sozioökonomische Lage einer Person sind nur einige Beispiele vieler struktureller Faktoren, deren potenzieller Einfluss auf das generelle Verhalten einer Person, also auch auf das Wahlverhalten, niemals vollständig ausgeschlossen werden kann.

2 Wechselwahl: Forschungsstand und eigener Beitrag

Ausgehend von den vorgestellten Erklärungsansätzen des Wahlverhaltens, werden im Folgenden die wichtigsten bisher gewonnenen Erkenntnisse über das Zustandekommen der Wechselwahl vorgestellt. Die Einteilung folgt dabei den grundlegenden Annahmen über das Zustandekommen der Wahlentscheidung. Anschließend wird die vorliegende Arbeit in die bisherige Forschung eingeordnet und von bestehenden Beiträgen abgegrenzt.

2.1 Sozialstrukturelle Forschungsbeiträge

Geht man von einer sozialstrukturellen Funktionsweise des Wahlverhaltens aus, so würde man zunächst erwarten, dass Wechselwähler entweder keinerlei politische Prägung durch ihr Umfeld erfahren oder keiner bestimmten gesellschaftlichen Großgruppe angehören und der Wahlentscheidung somit eine gewisse Orientierungslosigkeit zugrunde liegt. Das zu erwartende sozialstrukturelle Profil eines idealen Wechselwählers wäre demzufolge ein weitgehend sozial isolierter, konfessionsloser Angestellter oder Beamter. Ebenso wäre eine Wechselwahl dann plausibel zu erklären, wenn die Personen bestimmten *cross-pressures* unterliegen. Im mikrosoziologischen Ansatz nach Lazarsfeld et al. (1944) führen heterogene Einstellungen des politischen Umfeldes dazu, dass keine eindeutige Orientierung zu einer Partei stattfindet. Die Person ist dadurch leicht beeinflussbar, wodurch das unmittelbare Wahlverhalten kaum vorhersehbar ist und langfristig volatil bleiben wird. Der makrosoziologische Ansatz nach Lipset und Rokkan (1967) sieht diese *cross-pressures* hingegen in der Zugehörigkeit zu mehreren gesellschaftlichen Großgruppen mit gegensätzlichen Standpunkten auf den zentralen Konfliktlinien. Wechselwähler wären somit

hauptsächlich Personen, die sich in heterogenen sozialen Kreisen aufhalten und beispielsweise als gläubige Christen in einer klassisch sozialistisch geprägten Arbeiter-Umgebung leben.

Die empirischen Ergebnisse sozialstrukturell ausgerichteter Untersuchungen waren bisher insgesamt wenig überzeugend. Weder für Wähler zwischen, noch für solche außerhalb gesellschaftlicher Großgruppen, wie beispielsweise Angehörige der neuen Mittelschicht oder kirchlich nicht gebundene Personen, konnte eine erhöhte Wechselneigung bestätigt werden (Falter / Schoen 2005: 378). Einzig für die Unterscheidung zwischen den neuen und den alten Bundesländern konnte ein nachweisbarer Effekt auf die Wechselwahrscheinlichkeit nachgewiesen werden. So zeigen verschiedene Studien (Schoen / Falter 2001; Rattinger / Schoen 2009; u.a.) eine deutlich höhere Wechselneigung in Ostdeutschland als in Westdeutschland. Hier kann durchaus makrosoziologisch argumentiert werden, sofern man davon ausgeht, dass die deutsche Parteienlandschaft auch nach der Wiedervereinigung weitgehend westdeutsche Konfliktlinien reflektiert, Personen in Ostdeutschland weniger durch diese geprägt worden sind und somit einen höheren Grad an Orientierungslosigkeit empfinden, als Personen in Westdeutschland.

Betont mikrosoziologische Ergebnisse sind selten, nicht zuletzt aufgrund der erschwerten Messbarkeit von politischen Präferenzkonstellationen im sozialen Umfeld einzelner Wähler und der individuellen Einflussstärke der jeweiligen Meinungsträger auf die Wahlentscheidung einer Person. Bezogen auf Deutschland findet einzig Kohler (2002) in den Jahren 1984 bis 1997 einen positiven Zusammenhang zwischen einer konstanten sozialen Umgebung und einer gleichbleibenden politischen Orientierung.

2.2 Sozialpsychologische Forschungsbeiträge

Aus sozialpsychologischer Perspektive würde man Wechselwähler vor allem unter solchen Personen erwarten, die keine stabilisierende Parteiidentifikation aufweisen und somit rein auf Basis von Personal- und Sachfragen entscheiden. Die hier entwickelten Positionen sind vollständig variabel und führen vor jeder Wahlentscheidung zu einer unvoreingenommenen Neubewertung der verfügbaren Parteien. Die Richtung der Entscheidung ist somit nicht vorhersehbar und abhängig von der Konstellation relevanter Themenbereiche und den Eigenschaften der nominierten Kandidaten, die im Vorlauf einer Wahl im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus wäre es denkbar, dass Personen, die über eine stabile Bindung zu einer bestimmten Partei verfügen, dennoch gegenüber einzelnen Kandidaten oder Sachfragen eine abweichende oder gegensätzliche Position entwickeln. Diese *attitudinalen cross-pressures* können nun zu einer Veränderung der Wahlentscheidung führen. Neben Personen ohne stabile Parteiidentifikationen, sollten Wechselwähler also vor allem dort zu finden sein, wo konfligierende Einstellungen oder Einstellungsänderungen hinsichtlich einzelner Streitthemen oder gegenüber bestimmten Kandidaten vorliegen.

In der Empirie liefern sozialpsychologisch ausgerichtete Untersuchungen vergleichsweise gute Ergebnisse. Es konnte mehrfach belegt werden, dass jede der vorgestellten sozialpsychologischen Komponenten die Wechselwahrscheinlichkeit unabhängig voneinander beeinflusst (Schoen 2000a, 2003; Schoen / Falter 2001). Schoen (2003) findet zunächst einen positiven Einfluss attitudinaler cross-pressures auf die Wechselneigung, stellt jedoch anschließend fest, dass dieser Einfluss unter Berücksichtigung von langfristigen Einstellungsänderungen deutlich geringer ausfällt. Rattinger und Schoen (2009) bestätigen wiederum die Relevanz von Issue-Orientierungen insgesamt und zeigen, dass veränderte Einschätzungen hinsichtlich themenspezifischer Kompetenzen einzelner Parteien zu einer erhöhten Wechselneigung führen. Weißels (2007) bestätigt, in Bezug auf die Analysen von Schoen und Falter (2001), die Wichtigkeit der Hinzunahme von Kandidatenpräferenzen für die Erklärungskraft multivariater Modelle zur Wechselwahl. Die Einflussstärke ist dabei jedoch stark vom politischen Kontext abhängig und beispielsweise in präsidentiellen Systemen wie der USA stärker ausgeprägt als in Deutschland (Schoen 2003). Rattinger und Schoen (2009) können dennoch deutlich zeigen, dass eine Veränderung der Kandidatenpräferenz bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 zu einer erhöhten Wechselwahrscheinlichkeit zugunsten der Regierungsparteien führte. Die Parteiidentifikation stellt bei Schoen (2003) einen signifikanten, aber nicht zentralen Einflussfaktor auf die Wechselneigung dar. Die empirisch gut bestätigte Abnahme langfristiger Bindungen an eine Partei konnte bisher nicht in überzeugender Weise mit einer ansteigenden Wechselaktivität in Verbindung gebracht werden (Schoen 2003: 251-260).

2.3 Rationalistische Forschungsbeiträge

Rationalistische Erklärungen des Wahlverhaltens gehen stets von einer vollständig rationalen und damit unvoreingenommenen Kosten-Nutzen-Kalkulation auf Seiten der Wähler aus. Konstantes Wahlverhalten ist die Regel und kommt zustande, wenn sowohl die Interessenskonstellation eines Wählers, als auch die Einschätzung der bevorzugten Partei langfristig stabil bleiben (Downs 1957). Geht man von axiomatisch stabilen Präferenzen auf Seiten der Wähler aus, so liegt die Erklärung für wechselndes Wahlverhalten vollständig auf der Angebotsseite: Durch eine Veränderung des politischen Angebots oder auch nur dessen Einschätzung von Seiten des Wählers, ist nun im Vergleich zur vorangegangenen Wahl eine andere Partei in der Lage, die gleichbleibenden Interessen der Person besser zu bedienen und damit den Erwartungsnutzen der Wahlentscheidung zu maximieren. Im Mittelpunkt stehen dabei veränderte *policy*-Standpunkte oder negative Leistungsbewertungen der Ausgangspartei, oder eine inhaltliche Annäherung an den eigenen Idealpunkt durch eine andere Partei.

Obgleich bisher nur wenige empirische Untersuchungen eine explizit rationalistische Herangehensweise verfolgten, so konnten in diesem Bereich doch einige nennenswerte Ergebnisse er-

zielt werden. Insbesondere der Einfluss von retrospektiven Leistungsbewertungen und prospektiven leistungsbezogenen Kompetenzzuweisungen konnte für den deutschen Kontext gut belegt werden. Schoen und Falter (2001: 65) finden eine erhöhte Wechselneigung bei Personen, die ihre Einschätzungen bezüglich der politischen Kompetenz einer oder mehrerer Parteien geändert haben. Weißels (2007: 406-414) bestätigt dieses Ergebnis und betont darüber hinaus die herausragende und steigende Bedeutung von Leistungsbewertungen. Er findet deutliche Hinweise, dass eine negative Evaluation der Performanz einer Partei dazu führt, dass diese Partei in der nächsten Wahl nicht mehr gewählt wird und die Zahl dieserlei motivierter Wechsel zunimmt.

Eine Überschneidung mit stärker sozialpsychologisch fundierten Ergebnissen besteht hinsichtlich prospektiver Kompetenzzuweisungen auf Basis individueller Issue-Orientierungen. Die zuvor skizzierten Ergebnisse von Rattinger und Schoen (2009), wonach veränderte Einschätzungen hinsichtlich themenspezifischer Kompetenzen einzelner Parteien zu einer erhöhten Wechselneigung führen, sind im Rahmen einer Entfernung der Partei vom inhaltlichen Idealpunkt des Wählers und einer damit einhergehenden Senkung des persönlichen Erwartungsnutzens auch aus rationalistischer Perspektive relevant.

2.4 Sonstige Ergebnisse

Auch außerhalb der direkten Relevanz im Rahmen der vorgestellten Theorien konnten wichtige Erkenntnisse gewonnen werden. Für den deutschen Kontext findet beispielsweise Stöss (1997) einen positiven Zusammenhang zwischen der Wechselneigung und dem Bildungsstand, sowie dem politischen Interesse einer Person. Zelle (1998) hingegen widerspricht diesem Ergebnis und attestiert Wechselwählern gar ein vergleichsweise geringes politisches Interesse und eine schwach ausgeprägte Teilnahme am politischen Diskurs. Diese gegensätzlichen Ergebnisse sind eng verbunden mit einer lange geführten Debatte darüber, ob es sich bei Wechselwählern um eine gebildete und informierte politische Elite, oder um leicht beeinflussbaren und nicht zurechnungsfähigen „politischen Flugsand“ (Kienzl 1964: 38) handelt. Keine der beiden Charakterisierungen konnte sich jedoch bisher durchsetzen und neuere Untersuchungen kamen mehrheitlich zu dem Ergebnis, dass hinsichtlich der Bildung und des politischen Interesses kein relevanter Unterschied zwischen Wechselwählern und Stammwählern zu erkennen ist (Schoen 2003; Rattinger 2007; Rattinger / Schoen 2009).

2.5 Eigener Forschungsbeitrag

Zusammenfassend kann man feststellen, dass der bisherige Versuch, Wechselwähler einer bestimmten sozialen Gruppe zuzuordnen oder durch bestimmte Eigenschaften und Merkmale einzugrenzen weitgehend von geringem Erfolg gekrönt werden konnte. Rattinger (2007: 92) be-

trachtet Wechselwähler über mehrere Wahlen hinweg und findet heraus, dass Stammwähler langfristig betrachtet in der Minderheit sind, da die meisten Personen im betrachteten Zeitraum mindestens einmal die Partei gewechselt haben. Die Mehrheit der Wähler sind also zumindest potenzielle Wechselwähler, wodurch die Wahrscheinlichkeit, dass es sich dabei um eine homogene und vom Rest der Wählerschaft abgrenzbare Gruppe handelt, weiter abnimmt. Einzig die Parteiidentifikation und die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland scheint als klar definierbares Merkmal einer Person einen stabilen Einfluss auf die Wechselneigung auszuüben.

Die überzeugendsten Ergebnisse konnten hinsichtlich veränderter Sach- und Kandidatenpräferenzen, sowie veränderter Leistungsbewertungen und Kompetenzzuweisungen gewonnen werden. Dies steht im Einklang mit den Annahmen, die dieser Arbeit zugrunde gelegt werden (siehe Kapitel 1.4): Die Wahlentscheidung und somit auch die Wechselwahl, ist weitgehend das Ergebnis einer aktiven Präferenzbildung im Rahmen sozialpsychologischer Funktionsweisen oder rationalistischer Erwägungen. Auf dieser Basis, wird in der vorliegenden Arbeit ein neuer Ansatz entwickelt, dessen Hauptaugenmerk direkt auf dem Prozess dieser Präferenzbildung liegt. Erstmals wird von den Attributen und generellen Eigenschaften der Personen deutlich Abstand genommen und die unmittelbar für den jeweiligen Wähler relevanten Wechselgründe in den Mittelpunkt gerückt. Weißels (2007: 410) würde diesen Ansatz unterstützen, stellt er doch fest, dass insbesondere konkrete politische Motive die Wechselwahl beeinflussen.

Im Rahmen deskriptiv angelegter Analysen konnten bereits erste Erkenntnisse in dieser Richtung gewonnen werden. Hofrichter und Kunert (2009) zeigen, dass Personen, die bei der Bundestagswahl 2005 von der Union zur FDP gewechselt sind, mehrheitlich die Wirtschaftspolitik als wichtigstes Thema genannt haben, während Personen, welche die Union zugunsten einer anderen Partei verlassen haben, ihre Wahlentscheidung hauptsächlich mit ihrer Enttäuschung über die bisherige Regierungsleistung begründeten. Für Personen, die von der SPD zur Linken gewechselt sind, stand thematisch die Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit im Mittelpunkt, während die Wahlentscheidung aller derjenigen Wähler, welche die SPD nicht zugunsten der Grünen verlassen haben, in den meisten Fällen aus Enttäuschung getroffen wurde (Hofrichter / Kunert 2009: 244-246). Merz und Hofrichter (2013) führen eine gleichartige Analyse für die Bundestagswahl 2009 durch. Sie zeigen, dass Personen, die von der SPD zu den Grünen gewechselt sind, mehrheitlich die Umwelt- und Klimapolitik als wichtigstes Thema genannt haben, während für diejenigen, welche die SPD zugunsten der Linken verlassen haben, auch bei dieser Wahl die Verbesserungen der sozialen Gerechtigkeit im Mittelpunkt standen (Merz / Hofrichter 2013: 106-112). Beide der vorgestellten Untersuchungen widmen sich besonders stark den politischen Motiven der Wechselwähler. Ähnlich wie in der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, zentrale Begründungen für bestimmte Wechselbewegungen, beispielsweise von der SPD zu den Grünen, zu identifizieren. Die verwendeten Begründungen werden jedoch von all-

gemein wahlentscheidend eingestuften Aspekten und nicht von konkreten Antworten auf die Frage nach dem tatsächlichen Wechselgrund abgeleitet.

Im Rahmen des vorliegenden Beitrages steht jedoch ein Datensatz zur Verfügung, der im Rahmen einer Nachwahlbefragung gewonnen wurde und die konkreten Angaben der Wechselwähler auf eine offene Frage nach dem jeweiligen Wechselgrund beinhaltet. Darauf aufbauend werden die Veränderungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten für bestimmte Wechselbewegungen auf Basis der jeweils angegebenen Motive verglichen. Die betrachteten Wähler werden dabei alleine angesichts ihrer Nennungen und der jeweils vollzogenen Wechselbewegung zusammengefasst.

Hinsichtlich des direkten Bezugsrahmens der Arbeit, muss davon ausgegangen werden, dass Personen in Ostdeutschland ein grundlegend anderes Wahlverhalten erkennen lassen, als Personen in Westdeutschland. Bereits in den 70er Jahren wurde die Relevanz geografischer Bedingungen für das Wahlverhalten betont (Hirsch 1968, Greer/Greer 1976). Walter-Rogg (2013) bezieht sich auf diese Erkenntnisse und findet grundlegende Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen. So liegt die durchschnittliche Orientierung auf der Links-Rechts-Skala in den neuen Bundesländern deutlich weiter links, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft werden stärker befürwortet und kulturelle Offenheit wird stärker priorisiert, wenn auch der Globalisierungsprozess kritischer gesehen wird, als in den alten Bundesländern. Auch die Ergebnisse von Schoen (2000a), sowie Schoen und Falter (2001) bestätigen, dass ost- und westdeutsche Wähler aus fundamental unterschiedlichen Gründen eine Partei wechseln. Obwohl diese Beiträge, wie bereits erläutert wurde, eine andere Sichtweise auf die Thematik einnehmen, kann, insbesondere hinsichtlich der zuvor erwähnten Erkenntnisse von Walter-Rogg (2013), nicht ausgeschlossen werden, dass sich die festgestellten Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen auch in den individuellen Nennungen der Wechselmotive niederschlagen. Darüber hinaus muss davon ausgegangen werden, dass in Metropolregionen ein grundlegend anderes Wahlverhalten zu erkennen ist, als in ländlichen Gebieten. So zeigt Walter-Rogg (2013), dass Personen, die in urbanen Konzentrationen mit hoher Bevölkerungsdichte leben, in der Regel eher links orientierte Parteien wählen, kulturellen Liberalismus befürworten und den Globalisierungsprozess unterstützen, während im weniger dicht besiedelten Umland mit höherer Wahrscheinlichkeit konservative Parteien gewählt werden und kultureller Liberalismus, sowie die Globalisierung weniger stark unterstützt werden. Ausgehend von diesen Ergebnissen, kann auch hier nicht ausgeschlossen werden, dass sich die individuellen Begründungen für einen Parteiwechsel zwischen diesen beiden Personengruppen fundamental unterscheiden. Der vorliegende Beitrag bezieht sich auf den Innenraum, sowie den Außenraum des Kerngebietes, nicht jedoch auf das erweiterte Umland der Metropolregion München. Die Gültigkeit der gewonnenen Ergebnisse ist somit begrenzt auf strukturell vergleichbare Gebiete: auf Kerngebiete westdeutscher Metropolregionen.

3 Konzeptspezifikation und Hypothesen

Entsprechend der neuartigen Herangehensweise der vorliegenden Arbeit können aus den vorgestellten Erklärungsmodellen eine Vielzahl interessanter Hypothesen über die Motive der Wechselwahl abgeleitet werden. Zuvor werden jedoch im Rahmen einer detaillierten Konzeptspezifikation die unterschiedlichen Arten der betrachteten Wechselbewegungen dargestellt.

3.1 Spezifikation der Wechselbewegungen

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit Wechselwählern. Dies ist jedoch keineswegs eine eindeutige Abgrenzung. Um ein genaues Bild davon zu bekommen, welche Personen in der späteren Analyse tatsächlich berücksichtigt werden und welche nicht, ist eine genaue Definition und Einteilung der betrachteten Wechsel notwendig. Max Kaase (1967) leistet hier Pionierarbeit und unterscheidet drei Typen von Wechselwahl:

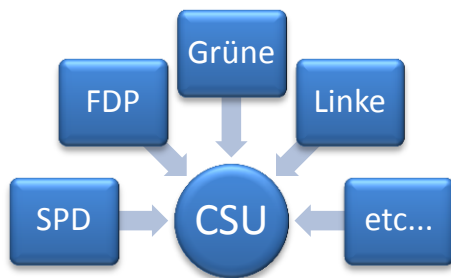
Typ I ist der effektive Wechsel. In diese Kategorie fallen Personen, die an zwei aufeinanderfolgenden Wahlen teilnehmen und ihre Stimme dabei an zwei unterschiedliche Parteien vergeben.

Typ II ist die „Wiederwahl“. Hierbei sind Personen gemeint, die an zwei aufeinanderfolgenden Wahlen stimmberechtigt sind, sich jedoch lediglich an der aktuelleren Wahl beteiligen.

Typ III ist die „Nichtmehrwahl“. In diese Kategorie fallen Personen, die an zwei aufeinanderfolgenden Wahlen stimmberechtigt sind, sich jedoch lediglich an der länger zurückliegenden Wahl beteiligen.

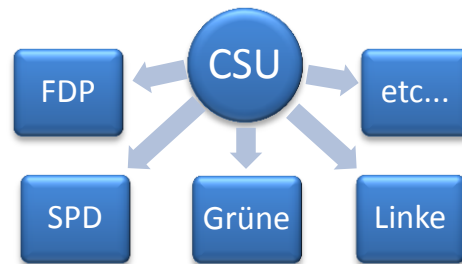
Im Folgenden werden lediglich effektive Wechsel in der Zweitstimme betrachtet. Personen, die zwischen Wahlabstinenz und der Stimmabgabe für eine Partei schwanken, bleiben unberücksichtigt. Dies ist weniger eine freiwillige Einschränkung, als eine notwendige. Die vorliegenden Daten entstammen einer persönlichen Nachwahlbefragung, wodurch bereits die Wechselmotive von Nichtmehrwählern und Briefwählern außer Reichweite liegen. Auch die Wiederwähler wurden im Design des verwendeten Fragebogens (siehe beigelegte Daten-CD) nicht berücksichtigt, da die Frage nach dem Wechselgrund aus Gründen der Übersichtlichkeit nur an Personen gestellt wurde, die bei der vorangegangenen Wahl eine bestimmte Partei gewählt hatten. Eine Zuwanderungsbewegung besteht demzufolge stets aus Personen, welche von einer beliebigen Partei, zur jeweils betrachteten Partei wechseln, eine Abwanderungsbewegung umgekehrt aus Personen, welche von der betrachteten zu einer beliebigen Partei wechseln. Die Abbildungen 3.1.1 und 3.1.2 stellen jeweils ein Beispiel für diese Art der Wechselbewegungen dar:

Abbildung 3.1.1: Zuwanderung



Beispielbewegung: Zuwanderung zur CSU

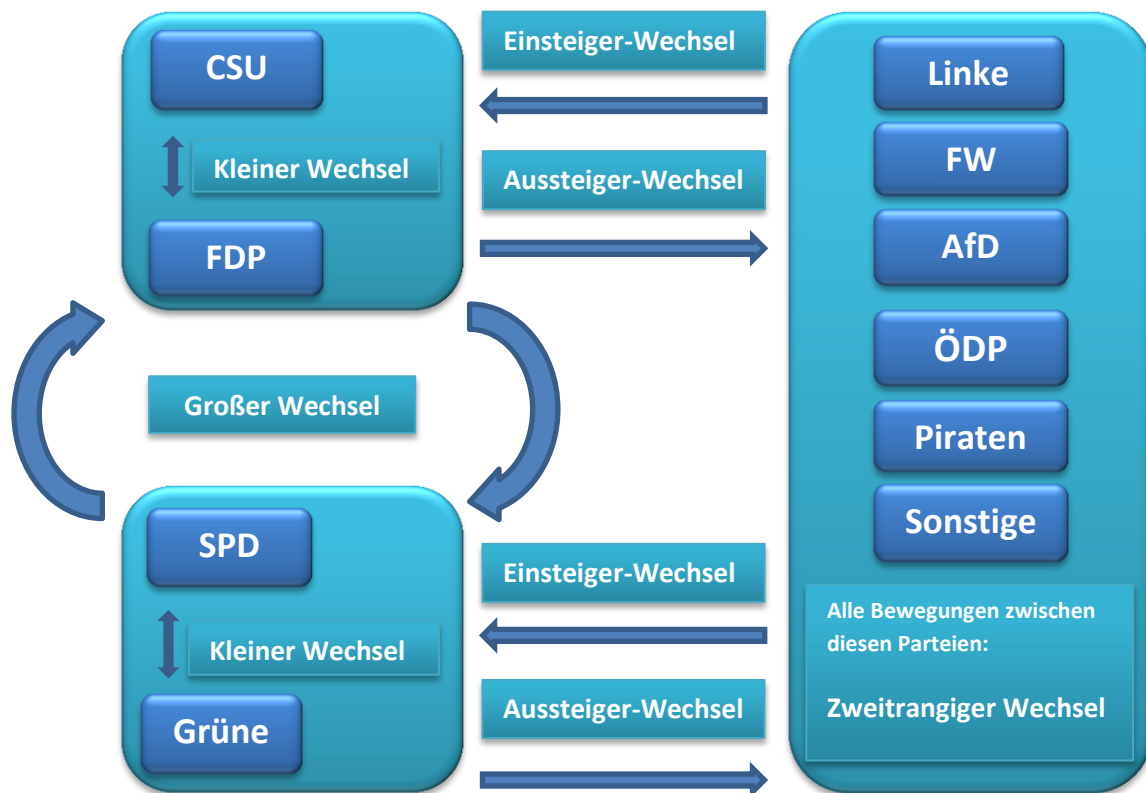
Abbildung 3.1.2: Abwanderung



Beispielbewegung: Abwanderung von der CSU

Darüber hinaus werden verschiedene allgemeine Wechsellmuster identifiziert. Aufbauend auf einer Einteilung von Roth und Wüst (2008) werden „große“, „kleine“, „Aussteiger-“, „Einsteiger-“ und „zweitrangige“ Wechsel unterschieden. Personen, die sich zwischen den politischen Lagern bewegen, vollziehen einen großen, Personen, die innerhalb eines Lagers verbleiben, vollziehen einen kleinen Wechsel. Unterschieden wird das bürgerliche Lager aus CSU und FDP, sowie das rot-grüne Lager aus SPD und Grünen. Die Kategorie der „Aussteiger“ umfasst Personen, die von einer Partei innerhalb, zu einer Partei außerhalb des etablierten Spektrums realistischer Koalitionslager wechseln, während „Einsteiger“ diese Art des Wechsels in die entgegengesetzte Richtung vollziehen. Als Teil des etablierten Spektrums realistischer Koalitionslager gelten alle Parteien, die seit der Gründung der Bundesrepublik mindestens einmal Teil der jeweils betrachteten Regierungsebene gewesen sind. Dies umfasst im vorliegenden Fall, sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene (Bayern), die Parteien CSU, SPD, FDP, sowie die Grünen. Zweitrangige Wechsel umfassen machtpolitisch weniger bedeutsame Bewegungen zwischen zwei Parteien außerhalb des etablierten Spektrums realistischer Koalitionslager. Es ergibt sich folgendes Bild:

Abbildung 3.1.3: Allgemeine Wechselmuster



In bisherigen Untersuchungen konnten insbesondere große Wechsel gut erklärt werden, über kleine Wechsel hingegen wurden nur wenige Erkenntnisse gewonnen. Schoen und Falter (2001: 85) vermuten hinter solchen Bewegungen innerhalb eines politischen Lagers vor allem Wahltaktik und zufälliges Schwanken bei grundlegend gleichbleibenden Präferenzen, betonen jedoch die Notwendigkeit weiterführender Forschung. Zu Aussteigern, Einsteigern und zweitrangigen Wechseln wurden bisher noch keinerlei spezifische Ergebnisse gewonnen. Eine auf Motiven basierte Betrachtung wurde einzig hinsichtlich einzelner Zu- und Abwanderungsbewegungen, im Rahmen der bereits vorgestellten deskriptiven Analysen von Hofrichter und Kunert (2009), sowie von Merz und Hofrichter (2013) vorgenommen. Die analytische und motiv-basierte Herangehensweise des vorliegenden Beitrages stellt somit in allen angesprochenen Bereichen ein Pionierprojekt dar.

3.2 Herleitung der Hypothesen

Aufbauend auf den zuvor beschriebenen Wechselbewegungen, können nun die entsprechenden Hypothesen eingeführt werden. Die Herleitung derselben basiert auf der Annahme, dass die Motivationen, die der Wahlentscheidung einer Person innerhalb des gleichen geografischen Kontextes zugrunde liegen, bei Bundes- und Landtagswahlen weitgehend deckungsgleich sind. Dabei soll durchaus nicht ausgeschlossen werden, dass eine gewisse „Autonomie“ der jeweiligen Wahltypen besteht, jedoch erscheint es plausibel, dass sich diese auf einige explizit bundes- oder

landespolitisch relevante Themenbereiche (vgl. Walter-Rogg 2013) oder bestimmte Kandidaten beschränkt. In der Folge ist davon auszugehen, dass sich auch die zentralen Motive bestimmter Wechselbewegungen, außerhalb dieser Themenbereiche oder Kandidaten, bei allen Bundes- und Landtagswahlen ähneln. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Zuschreibungen hinsichtlich themenspezifischer Kompetenzen der jeweiligen Parteien, innerhalb des gleichen geografischen Kontextes, mittelfristig und über die Art der Wahl hinweg konstant bleiben, während die Wählerpräferenzen stets situationsspezifischen Veränderungen unterliegen (vgl. Rattinger und Schoen 2009: 100). Erhöht sich beispielsweise für einen FDP-Wähler in der Münchener Innenstadt die Priorität der Sozialpolitik, so wird er, unabhängig davon, ob es sich dabei um eine Bundes- oder eine Landtagswahl handelt, zumindest mittelfristig, einen ähnlichen Wechsel (etwa zur SPD) vollziehen, während sich möglicherweise eine Person in einer ländlicheren Region oder in Ostdeutschland, für einen gänzlich anders gearteten Wechsel (etwa zu den Freien Wählern oder zur Linken) entscheiden würde.

Die folgenden Hypothesen beanspruchen somit allgemeine Gültigkeit für Kerngebiete westdeutscher Metropolregionen. Da langfristige Änderungen der Parteiprofile nicht ausgeschlossen werden können, gelten alle Aussagen, die von stabilen inhaltlichen Kompetenzzuweisungen gegenüber den Parteien abhängen, nur für die mittlere Frist. Hypothesen, deren Gültigkeit erwartungsgemäß davon abhängt, ob die betrachtete Wahl auf Bundes- oder auf Landesebene stattfindet, werden nicht berücksichtigt. Einzelne wahlspezifische Effekte, wie etwa der besondere Einfluss eines bestimmten Kandidaten, werden ebenfalls nicht betrachtet.

Zunächst werden fünf Hypothesen überprüft, die sich explizit den allgemeinen Wechselbewegungen widmen. Schoen und Falter (2001) stellen im Rahmen ihrer Analyse der Bundestagswahl 1998 fest, dass personelle Gründe stärker als inhaltliche Gründe den Ausschlag für „Interlagerwechsel“, also für Bewegungen von einem in ein anderes politisches Lager, geben. Mair (2008) würden diese Ergebnisse nicht überraschen, sieht er doch die Kernentwicklung moderner Demokratien im Wesentlichen in einer zunehmenden inhaltlichen Verschmelzung großer Parteien, in deren Folge die kontinuierliche Verstärkung einer charisma-basierten Kandidatenorientierung zu beobachten ist. Aus dieser Sicht erscheint es plausibel, dass nicht eine bestimmte Partei, sondern einzelne Kandidaten an die Regierung gewählt werden und die Nennung personeller Gründe die Wahrscheinlichkeit einer Wechselbewegung zwischen den beiden politischen Lagern erheblich erhöht. Hypothese 1.1 lautet deshalb:

H 1.1: Personelle Gründe führen zu einer deutlichen Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass ein großer Wechsel vollzogen wird.

Weniger absolute Vertreter des Personalisierungsansatzes wie Falter und Römmele (2002) würden argumentieren, dass bei durchaus stattfindender Prioritätsverschiebung hin zu den

Kandidaten, die ideologische und inhaltliche Orientierung der erwarteten politischen Outcomes ausschlaggebend für die Wahlentscheidung ist. Personelle Gründe stünden in diesem Fall also hauptsächlich im Mittelpunkt für Wechsel innerhalb eines politischen Lagers. Weiterhin ist davon auszugehen, dass Wähler oft die zukünftig zu erwartenden Koalitionen in ihre Wahlentscheidung miteinbeziehen (Blais et al. 2006, Bargsted / Kedar 2009), auch und insbesondere im deutschen Kontext (Gschwend 2007, Meffert et al. 2011). Bytzek (2013) zeigt gar, dass Koalitionspräferenzen oft über Parteipräferenzen stehen, viele Personen also weniger eine einzelne Partei, als vielmehr die grundlegende Orientierung eines politischen Lagers unterstützen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass Personen bei ihrer Wahlentscheidung stets danach streben werden, ihre Stimme nicht zu verschwenden (*wasted vote hypothesis*: Duverger 1954) und den Einfluss derselben auf den Ausgang der Wahl zu maximieren (Downs 1957). Kombiniert man diese Erkenntnisse, ist im vorliegenden Kontext eines Mehrparteiensystems mit klar kommunizierten Koalitionsabsichten zu erwarten, dass wahltaktisch motivierte Wechselwähler, je nach Chance auf Regierungsbeteiligung, zwischen den beiden Parteien des präferierten Lagers pendeln (vgl. auch Schoen 2000a: 702). Hypothese 1.2 lautet deshalb:

H 1.2: Wahltaktische Erwägungen und personelle Gründe führen zu einer deutlichen Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass ein kleiner Wechsel vollzogen wird.

Während große und kleine Wechsel bereits in einer Vielzahl von Analysen berücksichtigt wurden, gibt es über Aussteiger-, Einsteiger- und zweitrangige Wechsel bisher kaum verfügbare Erkenntnisse. Angesichts der Beschaffenheit des politischen Systems, bedeutet ein Aussteiger-Wechsel, dass die abgegebene Stimme nicht zur Regierungsbildung beitragen wird. Es erscheint plausibel, dass Personen, die bewusst darauf verzichten, eine potenzielle Regierung zu wählen, mit den zur Verfügung stehenden Parteien grundsätzlich unzufrieden sind oder seit der letzten Wahl schwerwiegende inhaltliche Konflikte mit jeder verfügbaren Partei der realistischen Koalitionslager entstanden sind. Hypothese 1.3 lautet deshalb:

H 1.3: Unzufriedenheit und Erwägungen über politische Inhalte führen zu einer deutlichen Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass ein Aussteiger-Wechsel vollzogen wird.

Ein „Wiedereinstieg“ in das politische Establishment hingegen hat den gegenteiligen Effekt: Wo zuvor bewusst auf die Wahl einer potenziellen Regierungspartei verzichtet wurde, wird diese Option nun wieder wahrgenommen. Neben der Möglichkeit, dass zuvor bestandene inhaltliche Konflikte mit einer bestimmten Partei im Laufe der vergangenen Legislaturperiode überwunden werden konnten, erscheint es plausibel, dass der Wunsch nach einer maximalen politischen Einflussnahme der Stimme die Wahrscheinlichkeit erhöht, einen Einsteiger-Wechsel zu vollziehen. Hypothese 1.4 lautet deshalb:

H 1.4: Wahltaktik und Erwägungen über politische Inhalte führen zu einer deutlichen Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass ein Einsteiger-Wechsel vollzogen wird.

Personen, die hingegen einen zweitrangigen Wechsel vollziehen, halten sich über zwei Legislaturperioden hinweg außerhalb der realistischen Koalitionslager auf. Es ist zu vermuten, dass dieser Art von Wahlverhalten eine vielseitige Unzufriedenheit zugrunde liegt, nicht nur gegenüber allen potenziellen Regierungsparteien, sondern auch gegenüber der zuvor gewählten Oppositionspartei. Es erscheint plausibel, dass hier entweder Politikverdrossenheit oder eine grundlegende ideologische Inkompatibilität mit der verfügbaren Parteienlandschaft die Wahlentscheidung prägen. Hypothese 1.5 lautet deshalb:

H 1.5: Politikverdrossenheit und grundlegende ideologische Inkompatibilität führen zu einer deutlichen Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass ein zweitrangiger Wechsel vollzogen wird.

In den folgenden Hypothesen wird der Fokus nicht mehr auf allgemeinen Wechselmustern, sondern auf einzelnen Motiven für die Zu- oder Abwanderung zu bestimmten Parteien oder Parteiengruppen liegen. Gründe, mit deren Nennung eine relevante Erhöhung der Eintrittswahrscheinlichkeit bestimmter Zuwanderungsbewegungen einhergeht, werden als „Pull-Motive“ bezeichnet, während Gründe, bei deren Nennung eine relevante Erhöhung der Eintrittswahrscheinlichkeit bestimmter Abwanderungsbewegungen beobachtet wird, als „Push-Motive“ bezeichnet werden.

Zunächst soll überprüft werden, welche Bewegungsmuster mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auf Wechselentscheidungen folgen, die auf Basis von Performanz-Bewertungen getroffen wurden. Bereits rationalistisch orientierte Vordenker wie Downs (1957) und Key (1966), aber auch eine Vielzahl aktueller Beiträge, etwa von Kühnel und Mays (2009: 324) oder von Healy und Malhotra (2013), betonen den Einfluss retrospektiver Leistungsbewertungen auf die Wahlentscheidung und stellen fest, dass die Evaluation von Regierungsleistungen wesentlich zur Orientierung der Wähler beiträgt. Auch in der weiteren Öffentlichkeit, beispielsweise bei den vielbeachteten Analysen des ARD-Deutschlandtrends von Infratest dimap, geht es deutlich häufiger darum, die Arbeit einer Regierung zu bewerten, als etwa die Arbeit einer einzelnen Partei³. In ebendiesen Befragungen, wird die Arbeit der jeweiligen Regierung in den letzten sechzehn Jahren, mit einer kurzen Ausnahme im August 2000, durchgehend von einer meist deutlichen Mehrheit der

³ Die Frage, die aus dem Standardkatalog der Erhebungen für den angesprochenen ARD-Deutschlandtrend gestellt wird, lautet: „Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?“ Fragen zu den Leistungen einzelner Parteien und insbesondere zu Oppositionsparteien, werden in der Regel nicht gestellt. (Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/regierungszufriedenheit>).

Personen negativ bewertet⁴. Im vorliegenden Kontext wird deshalb angenommen, dass Personen, die ihre Wechselwahl mit einer Performanz-Evaluation begründen, mit höherer Wahrscheinlichkeit aus dem Regierungslager kommen und die Leistung ihrer Ausgangspartei negativ bewerten. Hypothese 2 lautet:

H 2: Leistungsbewertungen stellen ein Push-Motiv für Regierungsparteien dar.

In der Herleitung von Hypothese 1.2 wurde bereits begründet, weshalb davon auszugehen ist, dass wahltaktische Erwägungen im Mittelpunkt für Wechsel innerhalb eines politischen Lagers stehen. In zwei weiteren Hypothesen soll dieses Motiv nun näher betrachtet werden. So ist im Kontext der üblichen Parteienkonstellationen bei der Bundestagswahl und Mehrheit der bundesdeutschen Landtagswahlen davon auszugehen, dass es je nach Lage der Stimmenverteilung in vorangegangenen Umfragen, innerhalb eines politischen Lagers eine klare Richtung gibt, die sich aus wahltaktischer Perspektive für einen Wechsel anbietet. Bestehen die politischen Lager aus einer (deutlich) größeren und einer kleineren Partei, so profitiert in der Regel innerhalb eines Lagers vor allem eine Partei von wahltaktisch motivierten Wechseln, nicht beide. Nach Gschwend (2007) stehen für eine strategische Wahl grundlegend zwei unterschiedliche Verfahrensweisen zur Verfügung, die „*Wasted Vote*“- und die „*Coalition Insurance*“-Strategie. Erstere besteht aus einem Wechsel zur größeren Partei des Koalitionslagers, um auszuschließen, dass die eigene Stimme verschwendet wird, während zweite in einem Wechsel zur kleineren Partei des Koalitionslagers besteht, um das Zustandekommen der gewünschten Koalition zu unterstützen. Wird Lager A nun im Vergleich zu Lager B schwächer oder in etwa gleich stark eingeschätzt, so bietet es sich an, innerhalb von Lager A einer „*Wasted Vote*“-Strategie zu folgen, von der kleineren zur größeren Partei zu wechseln und dadurch zumindest die Chancen für das Zustandekommen einer großen Koalition zu verbessern. Stellt sich die Lage umgekehrt dar, ist also Lager A stärker eingeschätzt als Lager B, so bietet sich ein Wechsel zur kleineren Partei an, um das Zustandekommen der Wunschkoalition zu unterstützen („*Coalition Insurance*“). Dies setzt eine rationalistische Präferenzhierarchie voraus, wonach, im Falle eines Scheiterns der Wunschkoalition A, eine große Koalition dem Zustandekommen von Koalition B vorgezogen wird. Dies ist nicht selbstverständlich, kann jedoch bereits bei Bargsted und Kedar (2009) gut belegt werden und erscheint im vorliegenden Kontext durchaus plausibel. Die Hypothesen 3.1 und 3.2 lauten deshalb⁵:

⁴ Siehe: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/regierungszufriedenheit/archiv>.

⁵ Da im betrachteten Kontext ein stärker und ein schwächer eingeschätztes Lager vorliegt, beziehen sich die Hypothesen nicht, wie zuvor in der Herleitung noch berücksichtigt, auf die Situation etwa gleich stark eingeschätzter Lager. Hierzu kann keine Aussage getroffen werden. Um Aussagen zu anderen Stärkeverhältnissen zu treffen, bieten sich weitere Untersuchungen in entsprechenden Kontexten an (s. Kapitel 7.4).

H 3.1: Wahltaktik ist ein Pull-Motiv für die große Partei des schwächer eingeschätzten Lagers, sowie für die kleine Partei des stärker eingeschätzten Lagers.

H 3.2: Wahltaktik ist ein Push-Motiv für die große Partei des stärker eingeschätzten Lagers, sowie für die kleine Partei des schwächer eingeschätzten Lagers.

Eine Ausnahme wird erwartet, sofern, wie im betrachteten Kontext, eine Sperrklausel besteht und die kleinere Partei eines Lagers davon bedroht ist, aus dem Parlament auszusteigen. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass, unabhängig vom Stärkeverhältnis der beiden Lager, eine taktische Wechselbewegung hin zur kleineren Partei zu verzeichnen sein wird, um die verbleibenden Stimmen bei der Koalitionsbildung nicht zu verlieren. Erscheint ein Aussteigen hingegen als sicher, so ist zu erwarten, dass diese so genannte „*Threshold Insurance*“-Strategie wieder der bereits vorgestellten „*Wasted Vote*“-Strategie weichen wird. Die FDP ist bei beiden betrachteten Wahlen an der Fünfprozenthürde gescheitert, im Vorfeld der Wahlen herrschte jedoch große Unklarheit darüber, ob ein solches Scheitern zu erwarten sei oder nicht. Bei der Betrachtung der Ergebnisse sollte dies im Hinterkopf behalten werden. Darüber hinaus gilt: Sollte die FDP langfristig aus dem politischen Wettbewerb der Bundesrepublik aussteigen und keine andere Partei den Platz als zweite bürgerliche Kraft einnehmen, so beschränken sich die Hypothesen 3.1 und 3.2 auf das rot-grüne Lager, wobei die Union in diesem Falle ein eigenes „Lager“ bilden würde, innerhalb dessen keine wahltaktischen Schwankungen möglich sind.

Die nächsten Hypothesen widmen sich den politischen Inhalten und dem Einfluss explizit genannter Streitthemen auf die Eintrittswahrscheinlichkeit bestimmter Wechselbewegungen. Zunächst werden drei Hypothesen zu so genannten „Pull-Issues“ eingeführt, also politischen Themen, deren explizite Nennung als Wechselgrund die Wahrscheinlichkeit der Zuwanderung zu einer bestimmten Partei oder Parteiengruppe in relevantem Maße erhöhen.

Merz und Hofrichter (2013: 112) stellen im Rahmen ihrer Analyse der Bundestagswahl 2009 fest, dass Personen, die Umwelt- und Klimapolitik im Kontext der betrachteten Wahl als (allgemein) wahlentscheidend eingestuft haben, überdurchschnittlich oft zu den Grünen gewechselt sind. Dies ist keine Überraschung, stellt die Umweltpolitik doch seit ihrer Gründung ein zentrales Identifikationsmerkmal der grünen Partei dar. Die Umfragen der German Longitudinal Election Study (GLES) zeigen, dass die Grünen von Seiten der Befragten für die Partei gehalten werden, welche Umwelt- und Klimafragen am deutlichsten priorisiert und

gegenüber wirtschaftlichem Wachstum Vorrang einräumt⁶. Es erscheint deshalb plausibel, dass die Ergebnisse von Merz und Hofrichter (2013) kein Zufall waren und im Falle einer expliziten Nennung von Umweltpolitik als Wechselgrund zumindest mittelfristig und unabhängig von der Art der Wahl von einer erhöhten Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden kann, dass ein Wechsel hin zu den Grünen stattgefunden hat. Hypothese 4.1 lautet deshalb:

H 4.1: Umweltpolitik stellt ein Pull-Issue für die Grünen dar.

Hinsichtlich der Wechselbewegungen zur FDP finden Merz und Hofrichter (2013: 113) eine überdurchschnittlich häufige Nennung von Steuerpolitik als wahlentscheidenden Aspekt. Auch hier erscheint dies eine folgerichtige Konsequenz der grundlegenden Ausrichtung der Partei darzustellen. Das Selbstverständnis der FDP gründet sich auf den klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts und besteht, in seiner aktuellen Ausführung, nicht zuletzt auch darin, die Verantwortung Einzelner zu stärken und individuelle Freiheiten zu gewährleisten. In der Folge bedeutet dies eine weitgehende Zurückhaltung des Staates, auch hinsichtlich der Höhe zu erhebender Steuern. Im Wahlprogramm der Partei für die Bundestagswahl 2013 wird diese Position in aller Deutlichkeit formuliert: „Denn mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertragsteuern an den Staat abzuführen, ist unverhältnismäßig und leistungsfeindlich.“⁷ Die Umfragen der GLES zeigen, dass diese Position auch bei den Wählern angekommen ist und von der FDP, stärker als von allen anderen Parteien, Steuersenkungen erwartet werden⁸. Es ist anzunehmen, dass sich die Mehrheit der Personen, die aufgrund steuerpolitischer Aspekte die Partei wechseln, davon eine zukünftige Senkung der Steuerlast erhoffen und somit das Selbstverständnis der FDP in diesem Bereich unterstützen. Hypothese 4.2 lautet deshalb:

H 4.2: Steuerpolitik stellt ein Pull-Issue für die FDP dar.

⁶ Bei den Umfragen der German Longitudinal Election Study (GLES) werden die Befragten aufgefordert, jede Partei auf einer Skala von 1 (Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels) bis 11 (Vorrang für Wirtschaftswachstum) einzustufen. Die Grünen erreichten bei den aktuellen Umfragen (Erhebungszeitraum: 29.07. bis 21.09. und 23.09. bis 23.12.2013) mit einem durchschnittlichen Wert von 2,59 den niedrigsten Wert. Es folgen die Linke (4,60), die SPD (5,30), die Unionsparteien (CDU: 6,73; CSU: 7,18) und die FDP (7,44). Hier und im Folgenden wird stets der kumulierte GLES-Datensatz aus Vor- und Nachwahlbefragung verwendet, um ein möglichst großes Sample zugrunde legen zu können.

⁷ Auszug aus dem Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2013: http://www.fdp.de/files/408/B_rgerprogramm_A5_Online_2013-07-23.pdf.

⁸ Die Befragten wurden aufgefordert, jede Partei auf einer Skala von 1 (Steuern und Abgaben senken) bis 11 (mehr sozialstaatliche Leistungen) einzustufen. Die FDP erreichte mit einem durchschnittlichen Wert von 4,05 den niedrigsten Wert. Es folgen die Unionsparteien (CDU: 4,79; CSU: 4,64), die SPD (6,98), die Grünen (7,40) und die Linke (7,89).

Die Zuwanderung zur SPD und zur Linken war bei der Bundestagswahl 2009 entscheidend geprägt durch Personen, die das Thema soziale Gerechtigkeit als wahlentscheidend eingestuft hatten (Merz / Hofrichter 2013: 112). Auch hier stellt dieses Thema für beide Parteien einen wichtigen Teil ihres Selbstverständnisses dar. Die sozialpolitische Orientierung einer Partei wird in der öffentlichen Wahrnehmung sehr stark mit der Links-Rechts-Dimension in Verbindung gebracht. In den Umfragen der GLES werden die SPD und die Linke, zusammen mit den Grünen und den Piraten, von der Mitte links eingeordnet, während die Unionsparteien, die FDP, sowie die AfD von der Mitte rechts verortet werden⁹. Es ist anzunehmen, dass sich die Mehrheit der Personen, die auf Basis sozialpolitischer Erwägungen wechseln, einen Ausbau sozialer Maßnahmen erhoffen und damit eine „linkere“ Position als zuvor vertreten. Folglich würde sich ein Wechsel zu oder zwischen den Parteien links der Mitte anbieten. Trotz der hierfür passenden Einstufung der Grünen und der Piraten, wird davon ausgegangen, dass die sozialpolitische Kernkompetenz aufgrund der jeweiligen Selbstdarstellung der Parteien im Zweifelsfall bei der SPD und der Linken, stärker als bei den Grünen oder den Piraten verortet wird und ein entsprechender Wechsel somit hauptsächlich ersteren Parteien zugutekommt. Hypothese 4.3 lautet deshalb:

H 4.3: Sozialpolitik stellt ein Pull-Issue für die SPD und die Linke dar.

Abschließend folgt eine Hypothese zu so genannten „Push-Issues“, also politischen Themen, deren explizite Nennung als Wechselgrund die Wahrscheinlichkeit der Abwanderung von einer bestimmten Partei oder Parteiengruppe erhöhen.

Ausgehend von der bereits angesprochenen Annahme, dass die Mehrheit der Personen, welche aufgrund steuerpolitischer Aspekte die Partei wechseln, davon eine zukünftige Senkung der Steuerlast erhoffen, erscheint es plausibel, dass diese Personen mehrheitlich von der SPD, den Grünen oder der Linken abwandern¹⁰. Für diejenigen, welche bei den vorangegangenen Wahlen die Linke gewählt haben, erscheint es jedoch angesichts der klar kommunizierten Prioritätsverteilung der Partei zugunsten sozialstaatlicher Leistungen wenig wahrscheinlich, dass in der darauffolgenden Wahl ein Wechsel mit dem Wunsch nach geringerer Steuerlast vollzogen wird. Für die Abwanderer der SPD und der Grünen wäre diese Option jedoch ohne weiteres vorstellbar. Hypothese 5.2 lautet deshalb:

H 5: Steuerpolitik stellt ein Push-Issue für die SPD und die Grünen dar.

⁹ Die Befragten wurden aufgefordert, jede Partei auf einer Links-Rechts-Skala von 1 (links) bis 11 (rechts) einzustufen. Die Unionsparteien erreichten bei den aktuellen einen durchschnittlichen Wert von 7,12 (CDU) und 7,86 (CSU), die FDP von 6,83 und die AfD von 6,90. Die SPD erreichte einen Wert von 4,68, die Piraten von 4,57, die Grünen von 4,30 und die Linke von 2,17.

¹⁰ Siehe Anmerkung 8. Von der FDP wird am häufigsten erwartet, Steuern und Abgaben senken zu wollen.

4 Datengrundlage und Operationalisierung

Zur Heranführung an den praktischen Teil der Arbeit, werden nun zunächst die verwendeten Daten und deren Erhebung vorgestellt. Es folgt die Einführung der verschiedenen Operationalisierungen, die zur Vorbereitung der geplanten Analyse vorgenommen wurden.

4.1 Erhebungsdetails und Umfang

Die vorliegenden Daten wurden im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsprojektes zur Methodenentwicklung bei der Schätzung von Wählerwanderungen in München, im Laufe der Bundestagswahl und der bayrischen Landtagswahl 2013 erhoben. In einer Zusammenarbeit des statistischen Beratungslabors am Institut für Statistik und des Lehrstuhls für Empirische Politikforschung und Policy Analysis am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München wurde an ausgewählten Wahllokalen eine Nachwahlbefragung durchgeführt und die gewonnenen Daten für Folgeprojekte, wie die vorliegende Abschlussarbeit, zur Verfügung gestellt. Das Projekt wurde von Infratest dimap sowie von Seiten des statistischen Amtes der Stadt München gefördert und von der Universitätsleitung mit dem LMU Lehrinnovationspreis 2013 ausgezeichnet.

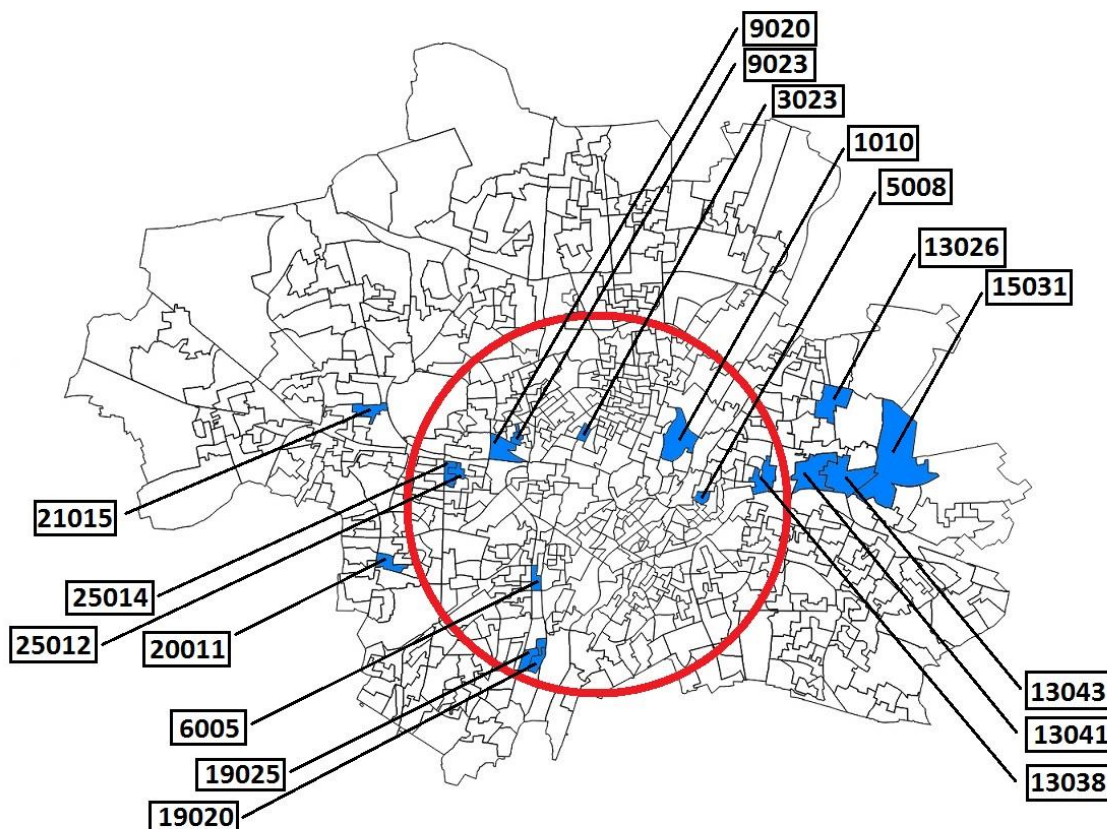
Die Auswahl der Befragungsorte wurde im Rahmen einer geschichteten Clusterstichprobe ermittelt. Dabei wurde die Annahme zugrunde gelegt, dass Wahl- bzw. Stimmbezirke¹¹ mit einer ähnlichen sozialen Struktur, ein ähnliches Wechselverhalten zeigen. Bei der Clusterbildung wurden fünf zentrale Faktoren berücksichtigt: Die Altersstruktur, der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund, die Geschlechterverteilung, die Religionsstruktur, sowie der Anteil an Personen, die in Miete wohnen. Stimmbezirke, deren Zuschnitt sich zwischen den beiden betrachteten Zeitpunkten veränderte, wurden mithilfe einer Zuordnungstabelle des statistischen Amtes der Stadt München in möglichst konstante Gebiete zusammengefasst. Aus 702 offiziell eingeteilten Stimmbezirken wurden 650 zeitkonstante Einheiten gebildet. Die Zahl der verfügbaren Wahlorte reduzierte sich dadurch von 198 auf 188. Einem PAM-Algorithmus¹² folgend, wurde eine ideale Anzahl von zwei bis drei Clustern ermittelt. Obwohl keine territorialen, sondern ausschließlich sozioökonomische Informationen verwendet wurden, ergab sich eine Einteilung, die aufgrund ihres klaren geografischen Verlaufs, eindeutig den Innen- und Außenraum der Stadt

¹¹ Die Bezeichnung dieser Einheiten variiert bei Bundes- und Landtagswahlen, die Einteilung der Bezirke ist jedoch im Rahmen der vorliegenden Analyse identisch. Im Folgenden wird deshalb nur von Stimmbezirken gesprochen, gemeint sind damit jeweils die Stimmbezirke bei der Landtagswahl und die Wahlbezirke bei der Bundestagswahl.

¹² Siehe hierzu: Kaufman, L. / Rousseeuw, P. (1987) – Clustering by means of medoids. In: Dodge, Y. (Hrsg.) - Statistical Data Analysis based on the L_1 -Norm and related Methods. North-Holland, S. 405 - 416.

bezeichnet. Innerhalb der beiden Cluster wurden die Orte für die Befragungen jeweils zufällig ausgewählt. Wahllokale, die bereits von anderen Instituten, beispielsweise für die Nachwahlbefragungen von Infratest dimap, ausgewählt worden waren, konnten dabei nicht berücksichtigt werden. Für die Stichprobenziehung verblieben 77 mögliche Befragungsorte in Cluster 1 und 54 Orte in Cluster 2. Da ein Wahlort meist mehrere Stimmbezirke abdeckt, wurde für jeden ausgewählten Ort eine weitere Zufallsauswahl getroffen, um die zu befragenden Einheiten zu ermitteln. In der Regel wurde ein Stimmbezirk ausgewählt. Bestand ein Wahllokal jedoch aus sechs oder mehr Einzelbezirken, so wurden zwei Bezirke ausgewählt. Insgesamt ergab sich eine zufällige Zusammenstellung von 11 Bezirken im Innenraum und 6 Bezirken im Außenraum der Stadt. An insgesamt 14 Befragungsorten wurde dann jeweils eine Vollerhebung der entsprechenden Stimmbezirke durchgeführt. Der Umfang der Befragung entsprach dem Maximum der zur Verfügung stehenden Ressourcen. Abbildung 4.1 zeigt die genaue Lage der jeweiligen Bezirke, sowie die Trennlinie für die Zuordnung zu den jeweiligen Clustern.

Abbildung 4.1: Ausgewählte Stimmbezirke



Eigene Darstellung. Grafik basiert auf den interaktiven Karten der Stadt München (verfügbar auf den Seiten des statistischen Amtes: <http://www.muenchen.de/statamt>), sowie der Bearbeitung von Alina Karmann, Lisa Mundry und Jenny Steindl im Rahmen des Anfängerpraktikums 2013/14 im Statistischen Beratungslabor der LMU. Vortrag: Deskription der Landtagswahl-Erinnerungsfrage bei der Bundestagswahl, [S. 2].

Die Interviews wurden in Anlehnung an die Vorgehensweise von Greiner und Quinn (2010) von etwa 70 Studierenden der LMU und unter der Leitung von insgesamt 14 Team-Captains durchgeführt. Captains und Interviewer wurden im Vorlauf der Befragungen eingehend geschult, um den professionellen Ablauf des Projektes sicherzustellen. Die Erhebung der Daten erfolgte durch einen Fragebogen, der von Seiten der Befragten selbständig und anonym ausgefüllt und in eine eigens zum Zwecke der Befragung bereitgestellte und versiegelte Urne eingeworfen werden sollte. Mit einem T-Shirt der Universität bekleidet, positionierten sich die Interviewer in der Nähe des Ausgangs der jeweiligen Abstimmungsräume, um die Wähler nach Verlassen desselben ansprechen zu können. Die verwendeten Fragebögen wurden nach dem Vorbild etablierter Fragebögen, von Infratest dimap und der German Longitudinal Election Study (GLES), im Rahmen eines interdisziplinären Seminars entwickelt. Der Fokus lag dabei auf der Vermeidung von Suggestivfragen und darauf, die wichtigsten Fragen auf nur einer Seite unterzubringen, um mit der leicht ersichtlichen Kürze des Fragebogens die Teilnahmebereitschaft der Wähler zu fördern¹³. Bei der Bundestagswahl wurden insgesamt 7122 Personen, bei der Landtagswahl insgesamt 6522 Personen befragt. Dies entspricht einer Unit-Response-Rate von 69,7 Prozent bei der Bundestagswahl und 71,5 Prozent bei der Landtagswahl. Aufgefächert auf die entsprechenden Bezirke ergibt sich folgendes Bild:

¹³ Die vollständigen Fragebögen der jeweiligen Erhebungen sind auf der beigelegten Daten-CD zu finden.

Tabelle 4.1.1: Umfang der Befragung und Unit-Response

Wahl- bzw. Stimmbezirk		Bundestagswahl		Landtagswahl	
Nummer	Stadtviertel und Adresse des Wahllokals	Befragte Wähler	Response-Rate	Befragte Wähler	Response-Rate
1010	Altstadt-Lehel, Seeaustraße 1	544	84,2%	419	78,9%
3023	Maxvorstadt, Dachauer Straße 98	421	75,4%	344	74,8%
5008	Au-Haidhausen, Kirchenstraße 6	445	67,2%	457	73,4%
6005	Sendling, Engelhardstraße 26	373	65,6%	313	60,9%
9020	Neuhausen-Nymphenburg, Hirschbergstraße 33	99	55,6%	129	70,9%
9023		406	63,8%	418	71,6%
13026	Bogenhausen, Ostpreußenstraße 88	499	68,8%	468	70,8%
13038	Bogenhausen, Stuntzstraße 55	491	77,1%	417	74,6%
13041	Bogenhausen, Benningsenstraße 6	480	73,1%	417	72,0%
13043	Bogenhausen, Fritz-Lutz-Straße 24	463	69,6%	472	79,7%
15031	Trudering-Riem, Theodor-Kober-Straße 1	489	79,3%	424	82,0%
19020	Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln, Boschetsrieder Straße 35	363	68,4%	192	38,2%
19025		448	66,0%	464	75,4%
20011	Hadern, Großhaderner Straße 50	498	75,8%	466	78,8%
21015	Pasing-Obermenzing, Oselstraße 21	434	69,3%	428	71,9%
25012	Laim, Fürstenrieder Straße 30	340	55,9%	377	73,2%
25014		329	57,6%	317	63,7%
Insgesamt (N)		7122	69,7%	6522	71,5%

Response-Raten wurden auf Basis der Anzahl abgegebener Stimmen im jeweiligen Bezirk berechnet. Diese sind auf den Seiten des statistischen Amtes der Stadt München öffentlich zugänglich: <http://www.muenchen.de/statamt..>

Die Teilnahmebereitschaft variiert bei der Bundestagswahl zwischen 55,6 und 84,2 Prozent, sowie bei der Landtagswahl zwischen 60,9 und 82,0 Prozent der Wähler. Stimmbezirk 19020 stellt bei der Landtagswahl einen deutlichen Ausreißer nach unten dar. Insgesamt wurde die Befragung gut angenommen und die Unit-Response-Raten sind weitgehend zufriedenstellend. Hinsichtlich der Bereitschaft die gestellten Fragen, nach der Entscheidung an der Befragung teilzunehmen, auch tatsächlich zu beantworten, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 4.1.2: Item-Response

Bundestagswahl		Landtagswahl	
Vollständig ausgefüllte Fragebögen	82,1%	Vollständig ausgefüllte Fragebögen	87,5%
Angaben zur Bundestagswahl 2013	98,9%	Angaben zur Landtagswahl 2013	99,4%
Angaben zur Bundestagswahl 2009	94,5%	Angaben zur Landtagswahl 2008	98,27%
Befragte insgesamt (N)	7122	Befragte insgesamt (N)	6522

Bei beiden Wahlen hat die überwiegende Mehrheit der Befragten ihren Fragebogen vollständig ausgefüllt. Bei der Bundestagswahl fällt dieser Anteil etwas geringer aus, vermutlich weil hier der verwendete Fragebogen aus zwei Seiten bestand, während bei der Landtagswahl nur eine Seite zu bearbeiten war. Die unmittelbar relevanten Informationen zur aktuellen und vorangegangenen Wahlentscheidung wurden jedoch bei beiden Wahlen von deutlich über 90 Prozent der Befragten angegeben.

Probleme der Recall-Befragung

Da es sich bei der Erhebung der Daten um eine Nachwahlbefragung handelt, wurde zur Beantwortung der Frage nach der Entscheidung bei den vorangegangenen Wahlen eine korrekte Rückerinnerung erwartet. Bei der Bundestagswahl wurde gefragt:

Wie war das bei der letzten Bundestagswahl im September 2009: Haben Sie damals mit Ihrer Zweitstimme eine andere Partei gewählt? Falls ja, welche Partei haben Sie 2009 gewählt?

Bei der Landtagswahl wurde gefragt:

Wie war das bei der letzten Landtagswahl im September 2008: Haben Sie damals mit Ihrer Zweitstimme eine andere Partei gewählt? Falls ja, welche Partei haben sie 2008 gewählt?

Diese so genannte *Recall*-Frage nach einer vergangenen Wahlentscheidung bringt einige Probleme mit sich. So wurde bereits mehrfach erwiesen, dass Angaben über vergangene Wahlentscheidungen nicht immer korrekt sind. Bereits Himmelweit, Biberian und Stockdale (1978) zeigen, dass eine fehlerfreie Erinnerung mit steigender Zeitspanne zwischen zwei Wahlen immer unwahrscheinlicher wird. Waldahl und Aardal (1982) bezweifeln ebenfalls, ob sich die Befragten immer an ihr zurückliegendes Stimmverhalten erinnern können und zeigen in einer späteren Untersuchung, dass dies tatsächlich nicht der Fall ist (Waldahl / Aardal 2000). Neben der oft fehlerhaften Erinnerung wird hier auch deutlich, dass viele Befragte einer perzipierten sozialen Erwünschtheit erliegen und unabhängig von ihrem tatsächlichen Wahlverhalten konsistente Angaben machen. Konkret wird also die vermeintliche Rückerinnerung oft aus aktuellen politischen Präferenzen abgeleitet. Diese Verzerrung kann sowohl bewusst, also trotz vollständiger

Erinnerung, als auch auf Basis von lediglich unterbewusst wahrgenommener sozialer Erwünschtheit stattfinden. Dieses *Streamlining* von Angaben setzt eine Wechselwahl voraus, so dass fehlerhafte Antworten insbesondere in diesem Wählersegment zu vermuten sind. Falter und Schoen bestätigen dies in verschiedenen Beiträgen und zeigen, dass durch die Recall-Methode die tatsächliche Anzahl von Wechselwählern generell unterschätzt wird¹⁴ (Falter / Schoen 2000, Schoen 2000b, Schoen / Falter 2001). Dies gilt vor allem für lagerübergreifende Wechsel, während lagerinterne Wechsel weniger stark unterschätzt werden (Schoen 2000b).

Dennoch ist die Recall-Befragung bis heute eine der dominierenden Erhebungstechniken in der Wahlforschung. Dies mag einerseits daran liegen, dass der finanzielle wie auch der logistische Aufwand im Vergleich zu anderen Methoden, etwa der Panel-Befragung, vergleichsweise gering ausfällt. Andererseits stehen insbesondere für neue und innovative Untersuchungen oft nur Daten dieser Art zur Verfügung und sofern die zuvor erwähnten Unterschätzungen bei der Interpretation der Ergebnisse mitgedacht werden, können, trotz der oben genannten Probleme von Recall-Daten, häufig valide Ergebnisse gewonnen werden. Im Falle der vorliegenden Arbeit wären Daten ohne Bias, etwa Panel-Daten, zwar schön gewesen, jedoch existieren diese nicht und eine Erhebung derselben war im Rahmen des zugrundeliegenden Forschungsprojektes nicht möglich. Da der Fokus der Analyse zudem weniger auf dem Umfang von Wechselbewegungen als auf deren Motivationen liegt, sollten die gewonnenen Ergebnisse nur verschwindend gering unter fehlgeleiteten Erinnerungen des vorangegangenen Wahlverhaltens leiden. Schließlich ist nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass Personen, deren Erinnerung an die vorangegangene Wahlentscheidung fehlerhaft ist, aus strukturell anderen Gründen wechseln, als solche, die sich richtig erinnern. Ein systematischer *Recall-Bias* hinsichtlich der Art der Begründungen erscheint somit eher unwahrscheinlich.

Erhebung der Wechselgründe

Aufbauend auf der Recall-Frage nach der vorangegangenen Wahlentscheidung wurde bei beiden Erhebungen nach dem konkreten Entscheidungsgrund gefragt, sofern ein effektiver Wechsel stattgefunden hat. Dazu wurde ein offenes Frageformat gewählt, um eine Begrenzung der Antwortalternativen zu verhindern und einen etwaigen Einfluss der Frageformulierung auf das Antwortverhalten der Befragten zu minimieren. Darüber hinaus, bieten offene Fragen Raum für subjektive Kontexte, wodurch detailliertere Informationen gewonnen, sowie etwaige neue Dimensionen von Begründungen berücksichtigt werden können, die für das Design einer geschlos-

¹⁴ In ihren Recall-Daten für Westdeutschland (Ostdeutschland) finden Schoen und Falter (2001) einen Wechselwähler-Anteil von insgesamt 21,3 Prozent (30,4 Prozent), während sie in ihren Panel-Daten einen Anteil von 30,5 Prozent (39,7 Prozent) finden.

senen Frage nicht bedacht worden wären (Swyngedouw 2001). Bei der Bundestagswahl wurde gefragt:

Warum haben Sie sich bei der heutigen Bundestagswahl für eine andere Partei entschieden als 2009?

Bei der Landtagswahl wurde gefragt:

Warum haben Sie sich bei der heutigen Landtagswahl für eine andere Partei entschieden als 2008?

Der zusätzliche Zeitaufwand für die Kodierung der offenen Frage wurde dabei in Kauf genommen. Ebenso müssen Einschränkungen im Falle von Analphabetismus, sowie hinsichtlich einer etwaigen kognitiven Unzugänglichkeit der eigenen Handlungsmotivation von Seiten einiger Befragter hingenommen werden (Swyngedouw 2001). Obwohl keine Antwortalternativen vorgegeben werden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auf Basis von Medienrezeptionen oder kulturellen Regeln eine Rationalisierung stattfindet und Antworten beispielsweise auch hier einer perzipierten sozialen Erwünschtheit angepasst werden. Dieses Problem ist jedoch im Rahmen einer Befragung niemals vollständig lösbar und wird durch die offene Frage zumindest minimiert (Blumenstiel / Rattinger 2012). In einigen Fällen war anhand der Antwortformulierung zu erkennen, dass der Begründung einige wichtige Informationen fehlten, die von Seiten der Befragten vermutlich als selbstverständlich vorausgesetzt wurden. Dies war jedoch selten, sodass insgesamt die Vorteile der geringen Einflussnahme auf die Begründungen stärker erscheinen, als die Nachteile, die durch die offene Frageformulierung entstanden sind.

Dateneingabe und Kodierung

Die Eingabe, Kontrolle und Kodierung der erhobenen Daten wurde durch studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte der beteiligten Lehrstühle vorgenommen und folgte zuvor festgelegten Regeln. Eine detaillierte Übersicht über die vorhandenen Variablen in den beiden Datensätzen ist auf der beigelegten Daten-CD zu finden. Die im weiteren Verlauf der Arbeit vorgenommenen Operationalisierungen basieren ausschließlich auf diesen Daten.

4.2 Operationalisierungen

Im Folgenden werden die grundlegenden Operationalisierungen der durchzuführenden Analyse vorgestellt. Zunächst werden die abhängigen Variablen eingeführt und die Klassifikation der Wechselbewegungen vorgestellt. Im zweiten Teil wird ein Kategorisierungsschema für die angegebenen Wechselgründe der Befragten vorgestellt und die darauf basierenden unabhängigen Variablen abgeleitet. Zuletzt werden noch einige weitere strukturelle Faktoren eingeführt, die im Rahmen der Analyse berücksichtigt werden.

Abhängige Variablen: Klassifikation der Wechselbewegungen

Die abhängigen Variablen der Analyse sind die verschiedenen Typen der Wechselwahl. Aufbauend auf den entsprechenden Spezifikationen aus Kapitel 3.1 wird hier zunächst für jede mögliche Zuwanderung zu einer Partei, sowie für jede mögliche Abwanderung von einer Partei, jeweils eine binäre Variable erstellt. Darüber hinaus werden insgesamt sechs binäre Variablen erstellt, die jeweils das Vorliegen oder Nichtvorliegen einer entsprechenden allgemeinen Wechselbewegung markieren.

Tabelle 4.2.1: Abhängige Variablen

Variable	Ausprägungen	Inhalt
Zuwanderung		
Zu CSU	{0, 1}	Es liegt kein Wechsel zu der entsprechenden Partei vor (Ausprägung 0) vs. Es liegt ein Wechsel zu der entsprechenden Partei vor (Ausprägung 1)
Zu SPD	{0, 1}	
Zu Grüne	{0, 1}	
Zu FDP	{0, 1}	
Zu Linke	{0, 1}	
Zu FW	{0, 1}	
Zu Piraten	{0, 1}	
Zu Sonstige	{0, 1}	
Zu AfD (nur BTW)	{0, 1}	
Zu ÖDP (nur LTW)	{0, 1}	
Abwanderung		
Exit CSU	{0, 1}	Es liegt kein Wechsel weg von der entsprechenden Partei vor (Ausprägung 0) vs. Es liegt ein Wechsel weg von der entsprechenden Partei vor (Ausprägung 1)
Exit SPD	{0, 1}	
Exit Grüne	{0, 1}	
Exit FDP	{0, 1}	
Exit Linke	{0, 1}	
Exit Sonstige	{0, 1}	
Exit Piraten (nur BTW)	{0, 1}	
Exit FW (nur LTW)	{0, 1}	
Exit ÖDP (nur LTW)	{0, 1}	
Allgemeine Wechselbewegungen		
Großer Wechsel	{0, 1}	Es liegt kein Wechsel der entsprechenden allgemeinen Art vor (Ausprägung 0) vs. Es liegt ein Wechsel der entsprechenden allgemeinen Art vor (Ausprägung 1)
Kleiner Wechsel	{0, 1}	
Aussteiger-Wechsel	{0, 1}	
Einsteiger-Wechsel	{0, 1}	
Zweitrangiger Wechsel	{0, 1}	

Unabhängige Variablen: Klassifikation der Wechselgründe

Um eine analytische Herangehensweise hinsichtlich der Antworten auf die offene Frage nach dem Wechselgrund zu ermöglichen, war die Ausarbeitung eines Kategorienschemas notwendig. Ein geeignetes Schema wurde bereits im Vorlauf der vorliegenden Arbeit selbst entwickelt und die individuellen Angaben in beiden Datensätzen entsprechend kodiert.

Grundlagen und Vorarbeit: Ausarbeitung der Kategorien

Mit dem Gedanken an die zuvor vorgestellten Theorien der Wahlentscheidung und aufbauend auf Kühnel und Mays (2009), sowie auf Blumenstiel und Rattinger (2012), wurden mit dem politischen Personal und politischen Sachthemen zunächst die wichtigsten Determinanten des Michigan-Modells in jeweils einer Hauptkategorie festgelegt. Hier wurden Befragte eingeordnet, deren Wechselentscheidung aufgrund bestimmter Kandidaten, beziehungsweise aufgrund einzelner Issues oder der generellen Ausrichtung des Wahlprogramms einer Partei, gefallen ist. Hinzu kommt eine dritte Hauptkategorie für die Bewertung der allgemeinen Performanz einer Partei (vgl. Kühnel / Mays 2009: 319). Bereits Weißels (2007: 406 ff) betonte die große und zunehmende Wichtigkeit einer retrospektiven Performanz-Evaluation für die Wechselwahl. Insbesondere negative Leistungsbewertungen geben häufig den Ausschlag für die Entscheidung, der zuletzt gewählten Partei dieses Mal die Stimme zu verweigern. Personen wurden dieser Kategorie zugeordnet, wenn die politische Leistung oder das öffentliche Auftreten einer Partei (beispielsweise auch ein politischer Skandal) als Wechselgrund angegeben wurde. Eine vierte Hauptkategorie wurde eingeführt, um eine dezidiert subjektive Komponente der Leistungsbewertung berücksichtigen zu können. Hier wurden Personen eingeordnet, die eine persönliche Unzufriedenheit mit der Politik im Allgemeinen oder einer bestimmten Partei empfinden und aus diesem Grund eine veränderte Wahlentscheidung getroffen haben. Hinzu kommt eine fünfte und ausdrücklich rationalistisch orientierte Kategorie für wahltaktische Erwägungen (vgl. Blumenstiel / Rattinger 2012: 268-273). Personen fallen in diese Kategorie, wenn der Wechselgrund eine explizit berechnende Komponente beinhaltet, etwa durch die Wahl oder Nichtwahl einer Partei aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde oder durch das Splitten der Stimmen um eine bestimmte Wunschkoalition zu ermöglichen. Darüber hinaus wurden drei weitere Hauptkategorien für sonstige Gründe eingeführt. In jeweils separaten Kategorien wurden erstens unleserliche und offensichtlich nicht ernst gemeinte Angaben, zweitens organisatorische Gründe des Wechsels und drittens sonstige Gründe, etwa das Empfinden einer Wahlpflicht oder die Begründung der Entscheidung auf Basis der Ergebnisse des *Wahl-O-Mat*¹⁵ abgedeckt.

Die wichtigsten Hauptkategorien wurden durch verschiedene Unterkategorien ergänzt um eine genauere Einordnung der Angaben zu ermöglichen. Das politische Personal wurde eingeteilt in die Kandidaten im Allgemeinen, die Spitzenkandidaten, sowie jeweils die namentliche Nennung der Kanzler- oder Ministerpräsidentenkandidaten. Eine zweite Unterkategorie ermöglicht die Abstufung zwischen einer negativen und einer positiven Bewertung der jeweiligen Nennung. Die Hauptkategorie zu politischen Sachfragen wurde eingeteilt in nicht weiter spezifizierte oder

¹⁵ Der *Wahl-O-Mat* ist eine Dienstleistung der Bundeszentrale für Politische Bildung und dient vielen Deutschen als Orientierungshilfe im Vorlauf von Wahlen. Zu finden unter: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat>.

sonstige Inhalte einer Partei, beispielsweise in Form ihres Wahlprogramms, sowie in acht weitere relevante Themen (vgl. Merz / Hofrichter 2013: 109): Europapolitik, Steuerpolitik, Familienpolitik, Datenschutz, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, sowie Bildungspolitik. Die retrospektive Leistungsevaluation wurde lediglich unterteilt in eine positive und eine negative Bewertung, während im Falle des zweiten die Erwähnung politischer Skandale mithilfe einer zweiten Unterkategorie gesondert herausgestellt wurde. Die subjektive Unzufriedenheit wurde unterteilt in allgemeine und nicht weiter begründete Angaben, in Politikverdrossenheit, in Unzufriedenheit bei der Vertretung persönlicher Interessen, sowie in Unzufriedenheit mit der ideologischen Ausrichtung einer Partei und ihrer Politik. Als politikverdrossen wurden Personen eingeteilt, wenn der angegebene Wechselgrund von einer grundlegenden Skepsis am politischen System und der Gesamtheit der Parteien geprägt ist. Sie wechseln aus wahrgenommener Alternativlosigkeit und Protest (vgl. Blumenstiel / Rattinger 2012: 268-273). Personen, deren persönliche Interessen durch die zuletzt gewählte Partei nicht mehr vertreten werden, sei es durch veränderte Standpunkte der Partei oder durch Veränderungen der eigenen Lage, fallen in die Unterkategorie „Persönliche Interessen“. Personen, welche durch die zuletzt gewählte Partei prinzipielle, gesamtgesellschaftliche Interessen bedroht sehen, etwa durch einen eigenen ideologischen Wandel oder eine ideologisch gewandelte Politik dieser Partei, fallen in die Kategorie „Ideologische Ausrichtung“. Sie wechseln aus Protest gegen die grundlegende Ausrichtung der zuvor gewählten Partei, haben jedoch eine klare Alternative vor Augen. Die Hauptkategorie zu wahltaktischen Erwägungen wurde unterteilt in allgemeine Wahltaktik, etwa die Wahl oder Nichtwahl einer Partei aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde, in das Verhindern einer absoluten Mehrheit der Union beziehungsweise der CSU, in die taktische Wahl zur Herbeiführung eines Regierungswechsels, in das Ermöglichen und Verhindern einer großen Koalition, sowie in die Wahl zum Zweck einer Stärkung der Opposition.

Um diese detaillierte Einteilung der Wechselmotive korrekt zu operationalisieren, wurden drei kategoriale Variablen erstellt, die jeweils die entsprechende Hauptkategorie und, sofern vorhanden, die zutreffenden Unterkategorien und zweiten Unterkategorien eines Wechselgrundes markieren:

Tabelle 4.2.2: Übersicht über die Kategorie-Variablen

Variable	Ausprägungen
Hauptkategorie	{1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8}
Unterkategorie	{0, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8}
Unterkategorie 2	{0, 1, 2, 3, 4, 5}

Die Kodierung der Kategorien erfolgte dann manuell, im Vorlauf und nicht ausschließlich zum Zwecke dieser Arbeit. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit, werden nur solche Einteilungen verwendet, die zur Überprüfung der Hypothesen benötigt werden. Die Gesamtübersicht über die Kodierung aller zuvor vorgestellten Kategorien befindet sich im Anhang.

Anwendung der Kategorisierung auf den relevanten Kontext

In der konkreten Vorbereitungsphase der vorliegenden Analyse werden aus diesen kategorialen Variablen zunächst fünf Dummy-Variablen für die relevanten Hauptkategorien gebildet. In einer weiteren Variablen werden alle Nennungen berücksichtigt, die keiner relevanten Hauptkategorie zuzuordnen sind. Hinsichtlich der Unzufriedenheit und der politischen Inhalte wird zur Prüfung der zuvor eingeführten Hypothesen eine weitere Unterteilung benötigt, sodass weitere neun Dummy-Variablen hinzukommen. Insgesamt werden folgende Einteilungen erstellt:

Abbildung 4.2: Binäre Variablen der genannten Wechselmotive

Hauptkategorie-Dummies	Ausprägungen		Unterkategorie-Dummies I	Ausprägungen
Unzufriedenheit	{0; 1}	➔	Nicht weiter spezifiziert	{0; 1}
Performance	{0; 1}		Politikverdrossenheit	{0; 1}
Personal	{0; 1}		Persönliche Interessen	{0; 1}
			Ideologische Ausrichtung	{0; 1}
Issues	{0; 1}	➔	Unterkategorie-Dummies II	Ausprägungen
Wahltaktik	{0; 1}		Sonstige Issues	{0; 1}
Sonstige Gründe	{0; 1}		Europa	{0; 1}
			Steuerpolitik	{0; 1}
			Sozialpolitik	{0; 1}
			Umweltpolitik	{0; 1}

Diese Variablen geben nun jeweils an, ob ein entsprechendes Wechselmotiv genannt wurde oder nicht. Personen, die etwa auf Basis sozialpolitischer Erwägungen gewechselt haben, erhalten sowohl im Hauptkategorie-Dummy „Issues“, als auch im Unterkategorie-Dummy „Sozialpolitik“ die Ausprägung „1“. Nennungen des Wahlprogramms fallen, zusammen mit einzelnen spezifischen Nennungen, etwa zur Familienpolitik oder zum Datenschutz, unter „Sonstige Issues“. Unklare Angaben, organisatorische Gründe und sonstige Gründe, wie etwa das Empfinden einer Wahlpflicht oder die Begründung der Entscheidung auf Basis des Wahl-O-Mat, werden unter „Sonstige Gründe“ zusammengefasst. Die Referenzkategorie bilden Personen, die keinen Grund angegeben haben. Mehrfachnennungen waren überraschend selten, wurden jedoch vollständig berücksichtigt. Insgesamt haben bei der Bundestagswahl 23 von 2043, bei der Landtagswahl 18 von 1699 effektiven Wechselwählern mehr als einen Grund angegeben.

Kontrollvariablen

Darüber hinaus werden alle weiteren verfügbaren Faktoren in die Untersuchung aufgenommen, von denen ein gewisser Einfluss auf die Eintrittswahrscheinlichkeit einer bestimmten Wechselbewegung zu erwarten ist. Bereits in Kapitel 2.5 wurde die Relevanz geografischer Bedingungen für das Wahlverhalten betont (Hirsch 1968, Greer/Greer 1976, Walter-Rogg 2013). Die Ergebnisse der Clusteranalyse zur Auswahl der Untersuchungseinheiten im Vorlauf der hier zugrundeliegenden Datenerhebung (siehe Kapitel 4.1) liefert ein weiteres Indiz dafür, dass die geografische Zuordnung einer Person im Kontext der Wahlentscheidung und damit auch im Kontext der Wechselwahl, Beachtung finden sollte¹⁶. Eine Dummy-Variable kontrolliert deshalb, ob eine Person im Innen- oder im Außenraum der Stadt wohnt¹⁷. Zusätzlich werden das Alter und das Geschlecht der Befragten in die Untersuchung aufgenommen, da auch hier ein Einfluss auf das Wechselverhalten nicht ausgeschlossen werden kann. Insgesamt werden drei Kontrollvariablen berücksichtigt:

¹⁶ Zur Erinnerung: Obwohl bei der Bildung der Cluster im Vorlauf der Datenerhebung keine territorialen, sondern ausschließlich sozioökonomische Aspekte berücksichtigt wurden, ergaben sich zwei Cluster, die aufgrund ihres klaren geografischen Verlaufs, eindeutig als Innen- und Außencluster bezeichnet werden können.

¹⁷ Darüber hinaus könnte an dieser Stelle, ausgehend von der zuvor eingeführten Annahme unterschiedlichen Begründungsverhaltens zwischen Kerngebieten und erweitertem Umland (siehe Kapitel 2.5), überprüft werden, ob solche Unterschiede auch zwischen dem Innen- und dem Außenraum des Kerngebietes zu erkennen sind. Die dafür benötigten Interaktionsterme würden jedoch die Übersichtlichkeit der Analyse stark beeinträchtigen und den beschränkten Umfang dieser Arbeit überschreiten. Es bleibt eine interessante wahlgeografische Forschungsperspektive (siehe Kapitel 7.4).

Tabelle 4.2.3: Kontrollvariablen

Variable	Ausprägungen	Inhalt
Wahlgeografie		
Cluster 2 (Außenraum)	{0, 1}	Die Person wohnt im Innenraum der Stadt (Ausprägung 0) vs. Die Person wohnt im Außenraum der Stadt (Ausprägung 1)
Alter und Geschlecht		
Alter (zentriert)	{1; 2; 3; 4; 5; 6; 7; 8; 9} – mean	<p>Eine kategoriale Variable gibt die Altersgruppe an, in der sich eine Person befindet:</p> <p> <i>Gruppe 1: 21 bis 24 Jahre</i> <i>Gruppe 6: 45 bis 49 Jahre</i> <i>Gruppe 2: 25 bis 29 Jahre</i> <i>Gruppe 7: 50 bis 59 Jahre</i> <i>Gruppe 3: 30 bis 34 Jahre</i> <i>Gruppe 8: 60 bis 69 Jahre</i> <i>Gruppe 4: 35 bis 39 Jahre</i> <i>Gruppe 9: über 70 Jahre</i> <i>Gruppe 5: 40 bis 44 Jahre</i> </p> <p>Zur Erleichterung der Interpretation wird das Alter der Befragten mit dem jeweiligen arithmetischen Mittel über die Altersgruppen (BTW: 5,15; LTW: 5,45) zentriert</p>
Geschlecht	{0; 1}	Die Person ist weiblich (Ausprägung 0) vs. Die Person ist männlich (Ausprägung 1)

Die Verfügbarkeit weiterer Kontrollvariablen auf Individualebene, etwa der Bildungsstand, die Parteiidentifikation oder das politische Interesse der Befragten, wären an dieser Stelle sicherlich nicht unzuträglich gewesen. Im Rahmen der Exit-Poll Befragung war die Erhebung weiterer Informationen jedoch nicht möglich, ohne den maximalen Umfang einer solchen Befragung zu überschreiten.

5 Methode und Modellspezifikation

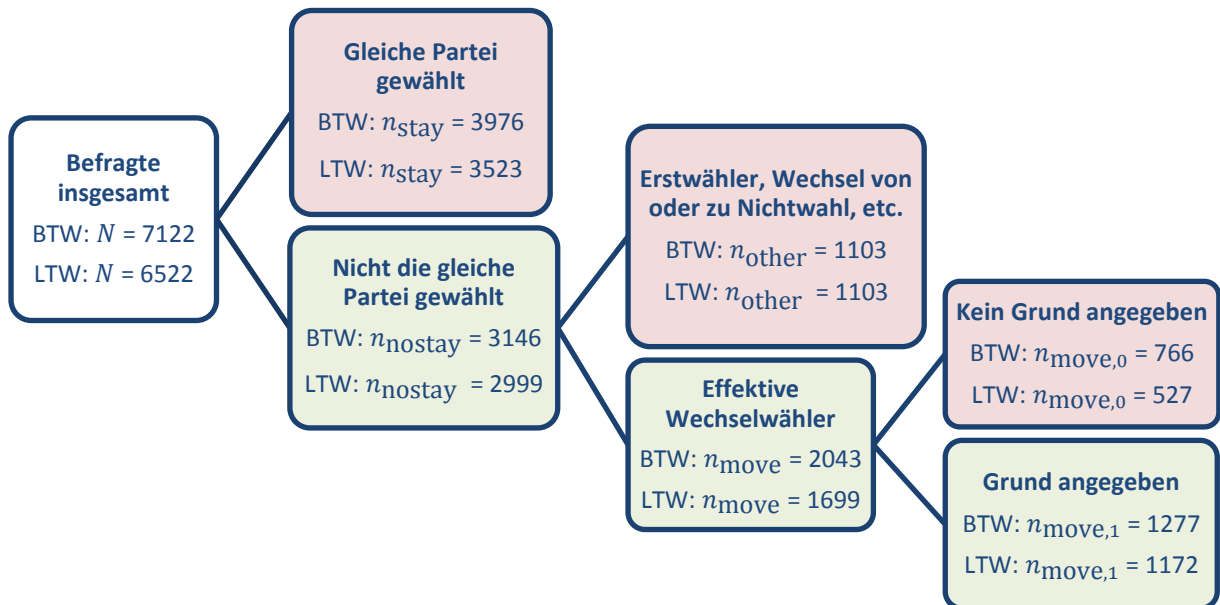
Entsprechend der zugrundeliegenden Daten wird im Folgenden ein geeignetes statistisches Modell hergeleitet, um eine aussagekräftige Analyse zu ermöglichen. Im ersten Teil werden die Grundlagen der Datenstruktur auf Basis eines einfachen Mover-Stayer-Modells beschrieben, bevor im zweiten Teil die Herleitung des konkreten Analysedesigns erfolgen wird.

5.1 Erläuterung der Datenstruktur

So genannte Mover-Stayer-Modelle stellen eine Erweiterung einfacher Markov-Ketten-Modelle dar. Sie eignen sich im Besonderen dafür, eine bestimmte Art unbeobachteter Heterogenität innerhalb einer Population zu untersuchen. Erste Anwendungen stammen von Blumen et al. (1955), sowie von Goodman (1961). Es wird davon ausgegangen, dass die Population aus zwei latenten Gruppen besteht: Eine Stayer-Gruppe, deren Wahrscheinlichkeit auf den Eintritt der

untersuchten Veränderung stets bei null liegt, sowie eine Mover-Gruppe, deren Wahrscheinlichkeitsverteilung einem regulären Markov-Prozess folgt. Die Struktur der zugrundeliegenden Daten gestaltet sich ganz ähnlich, jedoch sind die Gruppen hier nicht latent, sondern lassen sich leicht identifizieren: *Stayer* (n_{stay}) sind Personen, die angegeben haben, bei den vorangegangenen und bei den aktuellen Wahlen jeweils die gleiche Partei gewählt zu haben, *Mover* (n_{move}) sind Personen, die angegeben haben, bei den vorangegangenen und bei den aktuellen Wahlen jeweils verschiedene Parteien gewählt zu haben. Die Gruppe der Mover unterteilt sich weiterhin in Personen, die den Grund ihrer Wechselwahl angegeben haben ($n_{\text{move},1}$) und solche, die diesen Grund nicht angegeben haben ($n_{\text{move},0}$). Abbildung 5.1.1 bietet einen Überblick über die Zusammensetzung der jeweiligen Gruppen in den vorliegenden Datensätzen:

Abbildung 5.1: Zusammensetzung der Mover und Stayer



Insgesamt wurden bei der Bundestagswahl 7122 Personen und bei der Landtagswahl 6522 Personen befragt. Davon haben jeweils etwas mehr als die Hälfte der Personen die gleiche Partei gewählt wie in der vorangegangenen Wahl (n_{stay}), etwas weniger als die Hälfte der Personen, haben jeweils nicht die gleiche Partei gewählt (n_{nostay}). Diese sind weiter zu unterteilen in effektive Wechselwähler (n_{move}) und in Personen, die aus anderen Gründen nicht die gleiche Partei gewählt haben (n_{other}). Bei beiden Wahlen haben etwa zwei Drittel der effektiven Wechselwähler einen Grund für ihre Entscheidung angegeben ($n_{\text{move},1}$).

Zur Spezifikation eines Mover-Stayer-Modells nach Vermunt (2004) könnte man nun von einer Reihe an kategorialen Variablen $(y_{i,t})_{t \in [1,T], i \in [1,N]}$ ausgehen, wobei $y_{i,t}$ beispielsweise die Wahlentscheidung von Person i zum Zeitpunkt t darstellen kann, wobei t einen bestimmten Zeitpunkt, beispielsweise eine bestimmte politische Wahl, markiert. Ist kein Zeitpunkt t notiert, so bezeichnet y_i die Wahlentscheidungen von Person i über alle Zeitpunkte hinweg. Hinzu kommt

eine latente Dimension X , mit zwei Ausprägungen ($x_i \in \{\text{move}; \text{stay}\}$). Das entsprechende Markov-Modell hätte nun die Form:

$$P(y_i) = \sum_{x_i \in \{\text{move}; \text{stay}\}} \left(P(x_i) P(y_{i,1} | x_i) \prod_{t=2}^T P(y_{i,t} | y_{i,t-1}, x_i) \right)$$

Die Annahme, dass Personen mit $x_i = \text{stay}$ ihre Wahlentscheidung nicht ändern, wird dabei ausgedrückt durch $P(y_{i,t} | y_{i,t-1} = y_{i,t}, x_i = \text{stay}) = 1 \forall t$.

Modelle dieser Art eignen sich dazu, Übergangswahrscheinlichkeiten, beispielsweise von Wechselwählern zu berechnen, ohne diese dabei in Abhängigkeit von den vorherigen Entscheidungen der Personen zu betrachten. In der vorliegenden Analyse soll die Vorstellung eines Mover-Stayer-Modells jedoch lediglich dazu dienen, die vorhandene Datenstruktur (s. Abbildung 5.1) zu verinnerlichen, schließlich sollen keine Übergangswahrscheinlichkeiten, sondern die Veränderungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten bestimmter Wechselbewegungen auf Basis individueller Motive berechnet werden.

5.2 Logistische Regression zur Analyse der Wechselwahl

Das verwendete Analysedesign beschränkt den Fokus deshalb auf die effektiven Wechselwähler (n_{move}). Personen, die bei beiden Wahlen die gleiche Partei (n_{stay}) oder bei einer der beiden Wahlen keine konkrete Partei gewählt haben (n_{other}), werden nicht in die Untersuchung miteinbezogen. Das verwendete Sample besteht somit aus 2043 effektiven Wechselwählern bei der Bundestagswahl und 1699 bei der Landtagswahl. Da alle betrachteten Wechselbewegungen (siehe Tabelle 4.2.1) einen kategorialen Charakter und ein nominales Skalenniveau aufweisen, können alle berücksichtigten Beobachtungen eindeutig abgrenzbaren und sich gegenseitig ausschließenden Kategorien zugeordnet werden, die Ausprägungen jedoch nicht in eine sinnvoll interpretierbare Reihenfolge gebracht werden. Für kategoriale abhängige Variablen dieser Art kann der jeweilige Anteil einer Ausprägung $\{0; 1; 2; \dots\}$ als Eintrittswahrscheinlichkeit des damit verbundenen Ereignisses interpretiert werden. In diesem Falle bietet sich die Verwendung der logistischen Regression an (vgl. Kohler / Kreuter 2012a: 354ff.), eine Methode, die bereits in der einschlägigen Literatur zur Wechselwahl rege Verwendung finden konnte (u.a. Schoen 2000a; Schoen / Falter 2001; Weißels 2007) und in der Regel ähnlichen Ansätzen, etwa der Verwendung einer Probit-Linkfunktion, vorgezogen wird¹⁸. Logistische Regressionsmodelle dienen

¹⁸ Der Unterschied zwischen den verschiedenen Linkfunktionen liegt in den getroffenen Annahmen über die Varianz des Fehlerterms. Während die hier verwendete Logit-Linkfunktion annimmt, dass die Varianz der Fehler einer Extremwertverteilung folgt, liegt der Probit-Linkfunktion die Annahme einer Standardnormalverteilung der Fehlervarianz zugrunde. Auch die Verwendung anderer Linkfunktionen wäre grundlegend denkbar, soll jedoch an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden.

dazu, logarithmierte Chancen für den Eintritt eines bestimmten Ereignisses zu berechnen. Den Eintritt des betrachteten Ereignisses markiert dabei beispielsweise eine dichotome abhängige Variable, in der Regel mit der Ausprägung 1, den Nichteintritt mit der Ausprägung 0. Die Wahrscheinlichkeit für den Eintritt dieses Ereignisses sei $P(Y = 1)$. Die geschätzte Eintrittschance kann somit dargestellt werden, als $Odds = \frac{P(Y=1)}{1-P(Y=1)}$. Zur Spezifikation eines logistischen Regressionsmodells (vgl. Kohler / Kreuter 2012a: 346-350) werden nun logarithmierte *Odds*¹⁹, so genannte *Logits* berechnet: $L = \ln(Odds) = \ln\left(\frac{P(Y=1)}{1-P(Y=1)}\right)$. Diese sind nicht begrenzt ($L \in \mathbb{R}$) und symmetrisch um den Nullpunkt. Sie können als Linearkombination dargestellt werden und eignen sich somit als Zielgröße für das angestrebte Modell. Die Gleichung der binomialen logistischen Regression, kann dargestellt werden als:

$$L_i = \beta_0 + \beta_1 x_{1,i} + \beta_2 x_{2,i} + \dots + \beta_k x_{k,i}$$

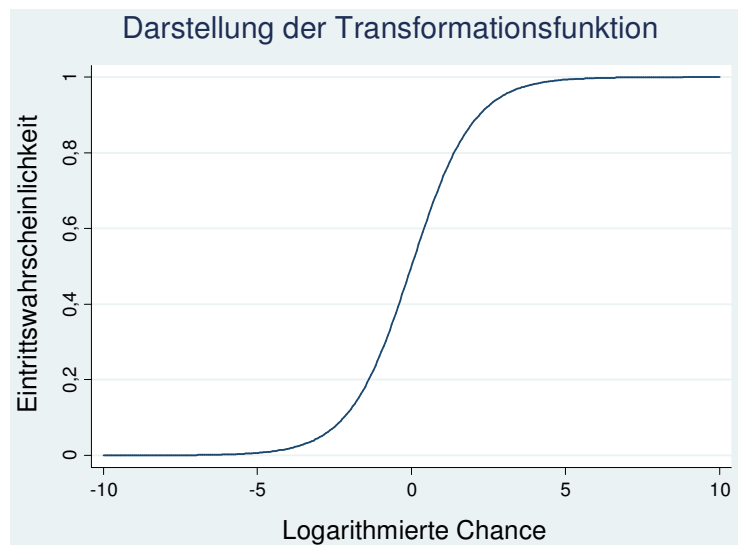
Das Modell schätzt nun den Einfluss der unabhängigen Variablen auf die logarithmierte Chance, dass die abhängige Variable die Ausprägung 1 annimmt. Die Beta-Koeffizienten geben an, wie sich die *Logits* bei einer marginalen Veränderung der jeweiligen Einflussfaktoren und unter Konstanthaltung aller anderen Faktoren ändern. Die Interpretation dieser logarithmierten Chancen ist wenig anschaulich, jedoch können von hier aus problemlos die konkreten geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeiten berechnet werden:

$$P_i(Y = 1) = \frac{e^{L_i}}{1 + e^{L_i}}$$

Diese Transformationsfunktion führt stets zu Werten zwischen 0 und 1. Sie kann einfach dargestellt werden und bietet eine gute Übersicht über den Zusammenhang zwischen den Logits und den konkreten vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten:

¹⁹ Das Verhältnis zweier *Odds*, wird als *Odds-Ratio* bezeichnet und wird oft zur Veranschaulichung von Ergebnissen im Rahmen logistischer Regressionen herangezogen. Das Verhältnis der Vorhergesagten Chancen, dass ein Ereignis eintritt ($Y = 1$), im Vergleich dazu, dass dieses Ereignis nicht eintritt ($Y = 0$), kann berechnet werden, indem man die jeweiligen Odds miteinander dividiert: $Odds\text{-}Ratio = \left(\frac{P(Y=1)}{1-P(Y=1)}\right) / \left(\frac{P(Y=0)}{1-P(Y=0)}\right)$.

Abbildung 5.2: Transformation logarithmierter Chancen



Eigene Darstellung, nach Kohler / Kreuter 2012a: 350.

Die bisherigen Ausführungen beschreiben lediglich den binomialen Fall. Handelt es sich bei der abhängigen Variablen jedoch um eine nominalskalierte kategoriale Variable mit mehr als zwei Ausprägungen, so muss die hier vorgestellte Regressionsformel erweitert werden. Es müssen nun die Eintrittswahrscheinlichkeiten jeder Kategorie j der abhängigen Variablen, in Abhängigkeit zu den Werten der erklärenden Variablen berechnet werden. Eine Möglichkeit wäre die Berechnung von $j - 1$ binomialen Regressionen. Um ein eindeutiges Modell spezifizieren zu können, müssen sich jedoch die geschätzten Wahrscheinlichkeiten der j Alternativen zu 1 addieren. Diese zentrale Notwendigkeit wird erfüllt, sofern ein simultanes, multinomial angelegtes Modell spezifiziert wird. Dabei ist es notwendig, dass eine Ausprägung der abhängigen Variablen als Referenzkategorie behandelt wird und alle Koeffizienten dieser Alternative auf 0 gesetzt werden. Liegt etwa eine abhängige Variable mit vier Kategorien {CSU, SPD, Grüne, Linke} vor, wird zunächst eine beliebige Partei als Referenz festgelegt, beispielsweise die CSU ($rc = 1$). Die übrigen Kategorien bilden die Alternativen $j = 2$, $j = 3$ und $j = 4$. Die Wahrscheinlichkeit für den Eintritt einer Alternative j sei nun $P(Y = j)$. Die geschätzte Eintrittschance ist nun immer relativ zur Referenzkategorie und kann dargestellt werden, als Relative-Risk $j = \frac{P(Y=j)}{P(Y=1)}$. Wie im Rahmen der logarithmierten Odds für den binomialen Fall, werden nun logarithmierte relative Risiken²⁰ (Logits) berechnet: $L_j = \ln(\text{Relative-Risk}_j) = \ln\left(\frac{P(Y=j)}{P(Y=1)}\right)$. Die entsprechende Regres-

²⁰ Auch hier können, analog zu den Odds-Ratios im binären Fall, Chancenverhältnisse zwischen zwei Alternativen und relativ zur Referenzkategorie, so genannte Relative-Risk-Ratios, berechnet werden: $\text{Relative-Risk-Ratio}_{j,k} = \left(\frac{P(Y=j)}{P(Y=1)}\right) / \left(\frac{P(Y=k)}{P(Y=1)}\right)$.

sionsgleichung ist eine einfache Erweiterung des binomialen Ansatzes und kann dargestellt werden als:

$$L_{ij} = \beta_{j,0} + \beta_{j,1}x_{1,i} + \beta_{j,2}x_{2,i} + \dots + \beta_{j,k}x_{k,i}$$

Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der Alternativen können nun ebenfalls analog zum binären Fall berechnet werden, durch:

$$P_i(Y = j) = \frac{e^{L_{i,j}}}{1 + \sum_{n=2}^4 e^{L_{i,n}}}$$

Die Eintrittswahrscheinlichkeit der Referenzkategorie ergibt sich aus den Berechnungen für die restlichen Alternativen:

$$P_i(Y = rc) = 1 - P_i(Y = 2) - P_i(Y = 3) - P_i(Y = 4)$$

Die Beta-Parameter werden sowohl im binomialen, wie auch im multinomialen Fall mit der hierfür effizientesten Methode, dem Maximum-Likelihood-Prinzip ermittelt. Dabei wird ein komplexes Schätzverfahren angewandt, um die Wahrscheinlichkeit zu maximieren, dass die berechneten Koeffizienten möglichst nahe an ihrem wahren Wert liegen (vgl. Kohler / Kreuter 2012a: 351-354). In der folgenden Analyse werden verschiedene logistische Regressionsmodelle zur Erklärung bestimmter Wechselbewegungen spezifiziert. Dabei werden sowohl binomiale als auch multinomiale Betrachtungen vorgenommen.

6 Analyse und Ergebnisse

Im diesem Teil der Arbeit werden die in Kapitel 3.2 vorgestellten Hypothesen anhand verschiedener Analysen überprüft. Zunächst wird im Rahmen einer deskriptiven Betrachtung der Daten ein Überblick über Art und Umfang der verschiedenen Wechselbewegungen, sowie über die Verteilung der angegebenen Wechselgründe geschaffen. Es folgt eine multivariate Analyse unter Verwendung der vorgestellten binomialen und multinomialen logistischen Regression.

6.1 Deskriptive Analyse der Daten

Aus der Zusammensetzung der Mover- und Stayer-Gruppen in Abbildung 5.1 war zu erkennen, dass bei beiden Wahlen jeweils etwa 30 Prozent aller Befragten einen effektiven Wechsel vollzogen haben. Nur etwas mehr als die Hälfte aller Befragten hat bei beiden Wahlen die gleiche Partei gewählt. Diese Zahlen stehen im Einklang mit den Ergebnissen von Rattinger und Schoen (2009), die zeigen, dass langfristige Stammwähler in Westdeutschland mit etwa einem Drittel eine Minderheit bilden und sich mindestens die Hälfte aller Wähler über vier Wahlen hinweg mindestens für zwei verschiedene Parteien entschieden haben. Die vorliegenden Daten scheinen somit die grundlegende These zu bestärken, dass generell von einer erheblichen Wechselbereitschaft in der deutschen Wählerschaft auszugehen ist und eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung zumindest potenzielle Wechselwähler darstellen (vgl. Rattinger 2007, Rattinger / Schoen

2009). Die „Flugsand“-Argumentation (Kienzl 1964: 38), wonach Wechselwähler weitgehend orientierungslos sind und aufgrund ihrer politischen Uninteressiertheit zufällige Entscheidungen treffen, erscheint bereits an dieser Stelle stark zweifelhaft.

Art und Umfang der Wechselbewegungen

Durch eine genauere Betrachtung der Wählerströme zwischen den verfügbaren Parteien, können nun die jeweiligen Zugewinne und Verluste bei den beiden Wahlen identifiziert werden. Die Bewegungen sind sowohl in ganzen Zahlen, als auch in Prozent der effektiven Wechselwähler insgesamt angegeben. Markiert sind jeweils die Nettogewinner (grün) und Nettoverlierer (rot), sowie die größten Wechselbewegungen (Anteil $\geq 5,0$ Prozent, orange).

Tabelle 6.1.1: Wechselbewegungen bei der Bundestagswahl

Bundestagswahl											
2013											
2009		CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD	FW	Piraten	Sonstige	Summe
	CSU	-	102 5,0%	65 3,2%	29 1,4%	15 0,7%	64 3,1%	17 0,8%	19 0,9%	23 0,1%	334 16,3%
	SPD	115 5,6%	-	18 0,9%	93 4,6%	63 3,1%	40 2,0%	15 0,7%	19 0,9%	17 0,8%	380 18,6%
	FDP	356 17,4%	59 2,9%	-	33 1,6%	18 0,9%	81 4,0%	16 0,8%	16 0,8%	13 0,6%	592 29,0%
	Grüne	86 4,2%	279 13,7%	15 0,7%	-	83 4,1%	36 1,8%	7 0,3%	39 1,9%	27 1,3%	572 28,0%
	Linke	4 0,2%	18 0,9%	1 0,0%	12 0,6%	-	10 0,5%	2 0,1%	2 0,1%	5 0,2%	54 2,6%
	Piraten	9 0,4%	14 0,7%	2 0,1%	5 0,2%	5 0,2%	14 0,7%	4 0,2%	-	3 0,1%	56 2,7%
	Sonstige	19 0,9%	5 0,2%	0 0,0%	5 0,2%	1 0,0%	18 0,9%	3 0,1%	4 0,2%	-	55 2,7%
	Summe	589 28,8%	477 23,3%	101 4,9%	177 8,7%	185 9,1%	263 12,9%	64 3,1%	99 4,8%	88 4,3%	2043 100,0%

Angaben in ganzen Zahlen und in Prozent der effektiven Wechselwähler

Zunächst fällt auf, dass bei der Bundestagswahl die prozentual höchsten Anteile der Zuwanderer bei den beiden großen Parteien liegen, während die größten Anteile der Abwanderer von den kleinen Parteien der beiden Lager kommen. Die FDP und die Grünen sind dadurch auch die großen Nettoverlierer der Bundestagswahl, während alle anderen Parteien mehr Wähler hinzugewinnen, als sie abgeben. Die CSU geht als großer Gewinner aus den Wanderungsbewegungen hervor. Mit einem Abwanderer-Anteil von 16,3 Prozent und einem Anteil von 28,8 Prozent an

den Zuwanderern kann die Partei deutlich von den Wechselwählern profitieren. Die SPD kann zwar ebenfalls viele Wähler hinzugewinnen (23,3 Prozent der Zuwanderer), jedoch entfallen auch 18,8 Prozent der Abwanderer auf die SPD, sodass die Nettobilanz der Partei deutlich geschmälert wird. Als zweiter großer Gewinner ist die erstmalig angetretene AfD zu nennen. Sie kann auf Anhieb 12,9 Prozent der Wechselwähler auf sich versammeln und verzeichnet mit einem Plus von 263 Personen den höchsten Nettogewinn.

Mit Anteilen von 13,7 und 17,4 Prozent verlaufen die deutlich größten Wechselbewegungen erwartungsgemäß innerhalb der beiden politischen Lager, jeweils von der kleinen zur großen Partei. Mit einigem Abstand folgen die Wechsel zwischen den beiden großen Parteien, in beide Richtungen jeweils mit einem Anteil von etwa 5 Prozent. Die AfD gewinnt mit 145 Personen mehr als die Hälfte ihrer Zuwanderer aus dem bürgerlichen Lager, kann mit 76 Personen jedoch auch einen nennenswerten Zufluss aus dem rot-grünen Lager verzeichnen.

Tabelle 6.1.2: Wechselbewegungen bei der Landtagswahl

Landtagswahl											
2013											
2008		CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	FW	ÖDP	Piraten	Sonstige	Summe
	CSU	-	138 8,1%	67 3,9%	25 1,5%	9 0,5%	67 3,9%	15 0,9%	9 0,5%	14 0,8%	344 20,2%
	SPD	80 4,7%	-	23 1,4%	89 5,2%	20 1,2%	43 2,5%	20 1,2%	21 1,2%	8 0,5%	304 17,9%
	FDP	175 10,3%	74 4,4%	-	20 1,0%	7 0,4%	38 2,2%	5 0,3%	8 0,4%	11 0,6%	338 19,9%
	Grüne	60 3,5%	346 20,4%	11 0,6%	-	38 2,2%	45 2,6%	25 1,5%	33 1,9%	4 0,2%	562 33,1%
	Linke	2 0,1%	24 1,4%	1 0,1%	7 0,4%	-	4 0,2%	3 0,2%	11 0,6%	2 0,1%	54 3,2%
	FW	12 0,7%	19 1,1%	6 0,4%	7 0,4%	0 0,0%	-	3 0,2%	3 0,2%	3 0,2%	53 3,1%
	ÖDP	4 0,2%	3 0,2%	2 0,1%	6 0,4%	1 0,1%	2 0,1%	-	2 0,1%	1 0,1%	21 1,2%
	Sonstige	6 0,4%	5 0,3%	0 0,0%	4 0,2%	2 0,1%	3 0,2%	1 0,1%	2 0,1%	-	23 1,4%
	Summe	339 20,0%	609 35,8%	110 6,5%	158 9,3%	77 4,5%	202 11,9%	72 4,2%	89 5,2%	43 2,5%	1699 100,0%

Angaben in ganzen Zahlen und in Prozent der effektiven Wechselwähler

Bei der Landtagswahl können die gleichen Nettoverlierer identifiziert werden, wie bei der Bundestagswahl: Auch hier verlieren die kleinen Parteien der beiden Lager deutlich mehr Wähler als

sie hinzugewinnen. Im Unterschied zur Bundestagswahl kann bei der Landtagswahl jedoch die SPD den deutlich größten Nettogewinn verzeichnen. Insgesamt 35,8 Prozent der Zuwanderer entscheiden sich für die Partei, während nur 17,9 Prozent der Abwanderer auf die SPD entfallen. Angesichts der großen Popularität von SPD-Spitzenkandidat Christian Ude in der Metropolregion München, die nicht zuletzt durch seine langjährige Tätigkeit als Oberbürgermeister der Stadt zu erklären ist, überrascht dieses Ergebnis nicht²¹. Die Freien Wähler können mit einem Nettogewinn von 149 Personen ebenfalls deutlich profitieren und die erstmalig angetretenen Piraten versammeln auf Anhieb 5,2 Prozent der Zuwanderer auf sich. Bei der CSU gleichen sich die Zugewinne und die Verluste fast vollständig aus.

Die größten Wechselbewegungen verlaufen auch bei der Landtagswahl eindeutig innerhalb der beiden politischen Lager, jeweils von der kleinen zur großen Partei. Die CSU kann stark von den Abwanderern der FDP profitieren, muss aber gleichzeitig deutlich mehr Wähler an die SPD abgeben (138 Personen), als von dort kommen (80 Personen). Der Wählerstrom von der SPD zu den Grünen nimmt ebenfalls über 5 Prozent der Wechselbewegungen ein, jedoch wird dieser von der Gegenbewegung (20,4 Prozent) mehr als deutlich überlagert. Die Freien Wähler gewinnen in weitgehend gleichem Umfang von allen Parteien der etablierten politischen Lager hinzu, während die Piraten fast zwei Drittel ihrer Zuwanderer aus dem rot-grünen Lager beziehen. Aus diesen konkreten Wählerströmen können nun die jeweiligen Anteile der allgemeinen Wechselbewegungen ermittelt werden. Abbildung 6.1.3 gibt einen Überblick über die Verteilungen:

Tabelle 6.1.3: Allgemeine Wechselbewegungen bei Bundes- und Landtagswahl

Allgemeine Wechselbewegungen			
	<i>Bundestagswahl</i>		<i>Landtagswahl</i>
Große Wechsel	457	(22,4%)	431 (25,4%)
Kleine Wechsel	793	(38,8%)	677 (39,8%)
Aussteiger-Wechsel	628	(30,7%)	440 (25,9%)
Einsteiger-Wechsel	94	(4,6%)	108 (6,4%)
Zweitrangige Wechsel	71	(3,5%)	43 (2,5%)
Summe	2043	(100,0%)	1699 (100,0%)

Angaben jeweils in ganzen Zahlen und in Prozent der effektiven Wechselwähler

Die anteilige Häufigkeitsverteilung der Bewegungsmuster ist bei beiden Wahlen weitgehend identisch: Der kleine Wechsel ist mit einem Anteil von jeweils knapp 40 Prozent das häufigste

²¹ Auch im weiteren Verlauf der Analyse, wird immer wieder deutlich werden, dass die Kandidatur von Christian Ude einen nachweisbaren Einfluss auf das Wahlverhalten im Großraum München ausgeübt hat.

allgemeine Bewegungsmuster, gefolgt von Aussteiger-, großen, Einsteiger- und zweitrangigen Wechseln. Bei der Bundestagswahl liegt der Anteil der Aussteiger-Wechsel etwa 5 Prozentpunkte höher als bei der Landtagswahl, bei etwa 30 Prozent. Hier liegen wiederum geringfügig höhere Anteile der großen, kleinen und Einsteiger-Wechsel vor. Erwartungsgemäß finden somit die anteilig häufigsten Wechsel innerhalb eines Lagers statt, während nur etwa ein Viertel der Wähler in das entgegengesetzte Lager wechseln. Zweitrangige Wechsel sind, ebenfalls erwartungsgemäß, eher selten. Überraschend hoch fällt der Anteil der Aussteiger-Wechsel aus: Etwas mehr als ein Viertel, bei der Bundestagswahl sogar knapp ein Drittel der effektiven Wechselwähler kommen aus dem etablierten Spektrum²² und entscheiden sich für eine Partei außerhalb der realistischen Koalitionslager. Die Gegenbewegung in Form von Einsteiger-Wechsel hingegen findet kaum statt. Sowohl bei der Bundestagswahl, als auch bei der Landtagswahl ist somit eine deutliche Abwanderung aus dem politischen *Establishment* zu erkennen.

Insgesamt kommen sich die Wanderungsbewegungen der beiden Wahlen sehr nahe, wodurch die Annahme bestärkt wird, dass das Wechselverhalten bei Bundes- und Landtagswahlen, außerhalb einiger explizit bundes- oder landespolitisch relevanter Themengebiete, sowie einzelner Kandidaten, durchaus vergleichbar ist. Der große Unterschied liegt in der größeren Stärke der SPD bei der Landtagswahl und der damit einhergehenden Schwäche der CSU. Angesichts der bereits angesprochenen regionalen Implikationen durch die Kandidatur von Christian Ude entspricht dies den Erwartungen.

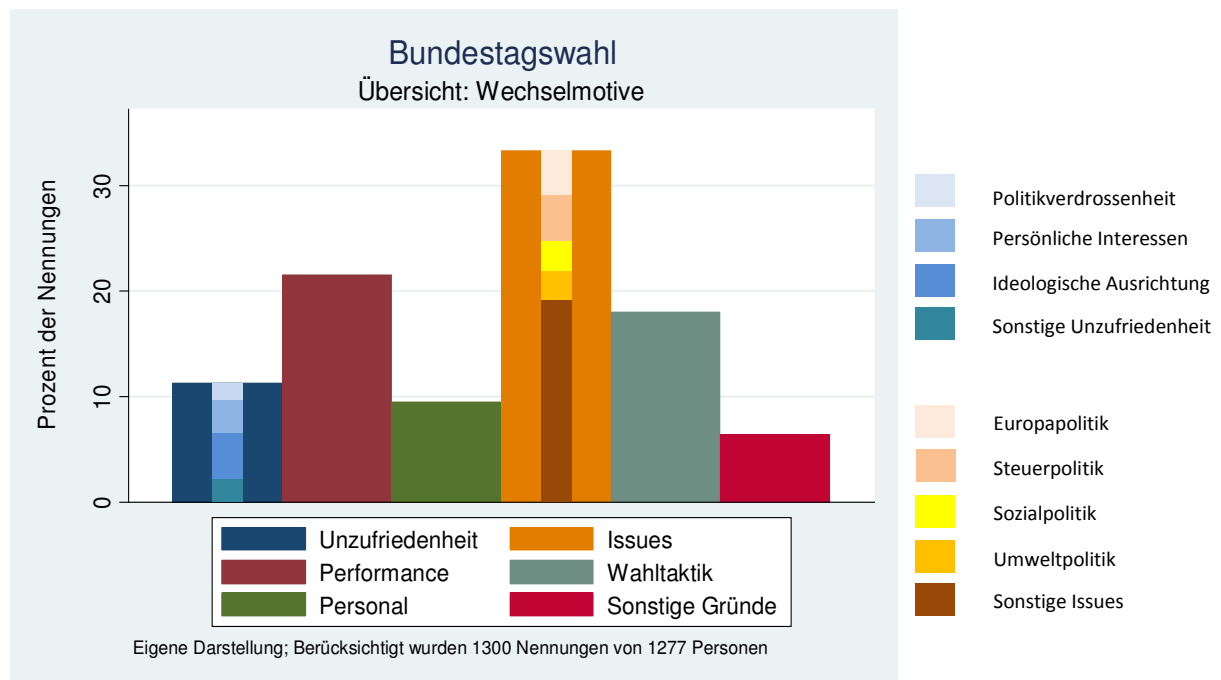
Verteilung der Wechselmotive

Bevor jedoch im Rahmen der statistischen Analyse einzelne Motive identifiziert werden, die jeweils die Wahrscheinlichkeit einer bestimmten Wechselbewegung erhöhen oder senken, soll zunächst ein deskriptiver Überblick über die Verteilung der angegebenen Wechselgründe vermittelt werden. Die folgenden Grafiken zeigen die prozentualen Anteile der jeweiligen Nennungen. Personen, die keinen Grund genannt haben, sind hier nicht berücksichtigt. Da die überwiegende Mehrheit der Wechselwähler nur einen Grund genannt haben²³, können die angegebenen Prozentanteile der Nennungen auch approximativ als Anteile der Befragten gelesen werden.

²² Zur Erinnerung: Als Teil des etablierten Spektrums realistischer Koalitionslager gelten alle Parteien, die seit der Gründung der Bundesrepublik mindestens einmal Teil der jeweils betrachteten Regierungsebene gewesen sind. Dies umfasst im vorliegenden Fall, sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene (Bayern), die Parteien CSU, SPD, FDP, sowie die Grünen.

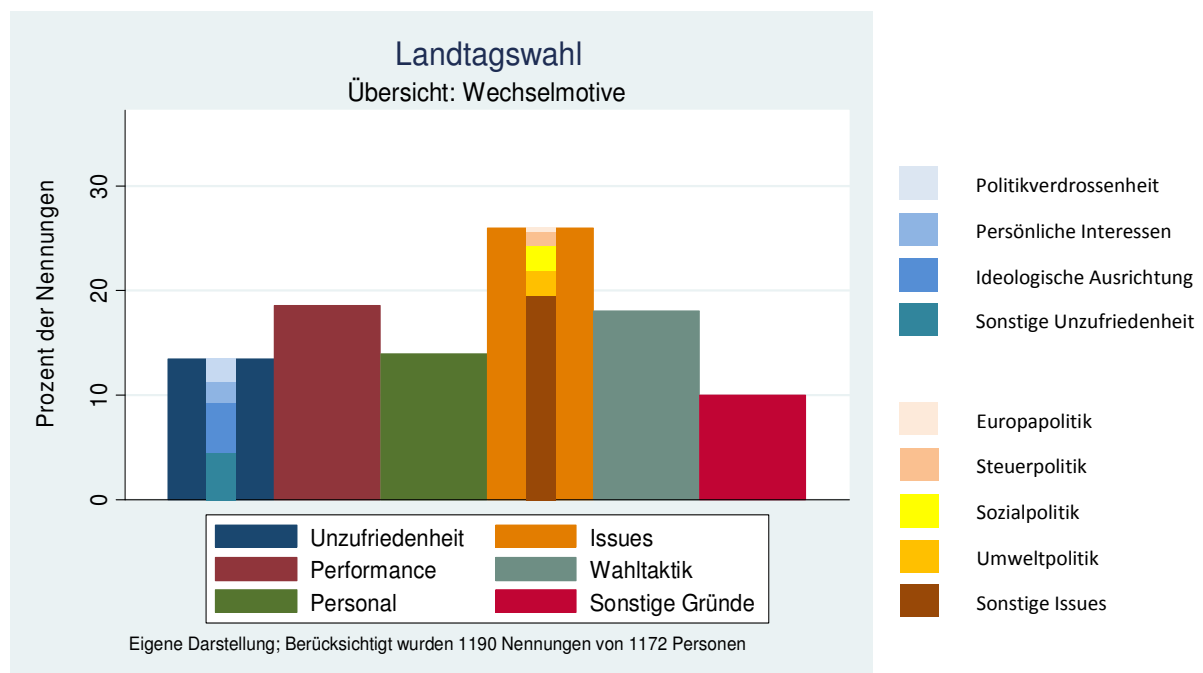
²³ Zur Erinnerung: Insgesamt haben bei der Landtagswahl 18 von 1699 und bei der Bundestagswahl 23 von 2043 effektiven Wechselwählern mehr als einen Grund angegeben.

Abbildung 6.1.1: Verteilung der Wechselmotive bei der Bundestagswahl



Betrachtet man die Verteilung der Wechselmotive bei der Bundestagswahl, fällt zunächst auf, dass inhaltliche Gründe mit beachtlichem Abstand das wichtigste Wechselmotiv darstellen. Insgesamt ein Drittel aller genannten Gründe sind inhaltlicher Art. Europapolitik und Steuerpolitik sind die häufigsten explizit genannten Issues und nehmen jeweils knapp 5,0 Prozent aller Nennungen ein, gefolgt von Sozialpolitik und Umweltpolitik mit jeweils knapp 2,5 Prozent. Der verbleibende Anteil inhaltlicher Begründungen entfällt hauptsächlich auf nicht weiter spezifizierte Angaben, auf das Wahlprogramm einer Partei, oder auf vereinzelte Nennungen sonstiger spezifischer Themen und liegt bei 19,7 Prozent. Insgesamt 21,5 Prozent der Angaben entfallen auf Leistungsbewertungen und 18,0 Prozent auf wahltaktische Erwägungen. Unzufriedenheit und personelle Gründe nehmen jeweils einen Anteil von etwa 10 Prozent der Nennungen ein, während sich erstere unterteilt in Unzufriedenheit mit der ideologischen Ausrichtung einer Partei (4,9 Prozent), Unzufriedenheit bei der Vertretung persönlicher Interessen, Politikverdrossenheit, sowie in nicht weiter spezifizierte Nennungen (jeweils etwa 2 Prozent). Die Summe aller sonstigen Gründe liegt bei 6,4 Prozent.

Abbildung 6.1.2: Verteilung der Wechselmotive bei der Landtagswahl

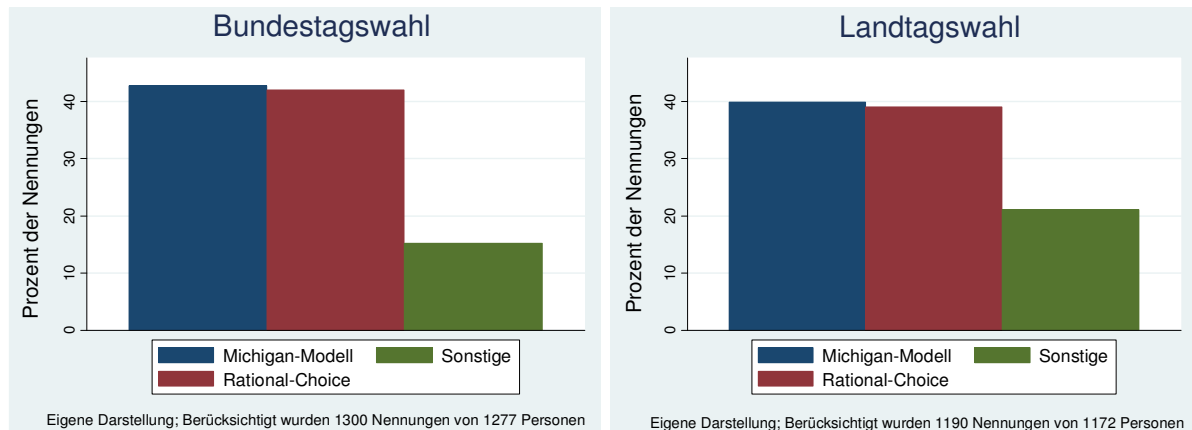


Auch bei der Landtagswahl stellen die inhaltlichen Gründe, wenn auch der Abstand weniger deutlich ausfällt, das wichtigste Wechselmotiv dar. Insgesamt ein Viertel aller genannten Gründe sind inhaltlicher Art. Im Unterschied zur Bundestagswahl sind jedoch Sozialpolitik und Umweltpolitik mit jeweils etwa 2 Prozent die häufigsten explizit genannten Issues, während steuerpolitisch und europapolitisch motivierte Nennungen eine geringere Rolle spielen. Der verbleibende Anteil inhaltlicher Begründungen entfällt auch bei der Landtagswahl hauptsächlich auf nicht weiter spezifizierte Angaben, auf das Wahlprogramm einer Partei, oder auf vereinzelte Nennungen sonstiger spezifischer Themen und liegt bei 20,4 Prozent. Es folgen, ähnlich wie bei der Bundestagswahl, Leistungsbewertungen und wahltaktische Erwägungen mit einem Anteil von jeweils knapp 20 Prozent der Nennungen. Unzufriedenheit und personelle Gründe spielen bei der Landtagswahl eine etwas größere Rolle, sie nehmen jeweils etwa 14 Prozent der Nennungen ein. Erstere lässt sich wiederum einteilen in Unzufriedenheit mit der ideologischen Ausrichtung einer Partei (4,5 Prozent), in nicht weiter spezifizierte Nennungen (4,0 Prozent), sowie in Unzufriedenheit bei der Vertretung persönlicher Interessen und Politikverdrossenheit (jeweils etwa 2,5 Prozent). Die Summe aller sonstigen Gründe liegt bei 10,0 Prozent.

Insgesamt gestalten sich die Verteilungen der Wechselmotive, wie schon zuvor die Verteilungen der Wechselbewegungen, bei beiden Wahlen sehr ähnlich. Dies impliziert, dass nicht nur das Wahlverhalten, sondern auch die Begründungen von Parteiwechseln, bei Bundes- und Landtagswahlen durchaus vergleichbar sind. Diese Implikation wird den folgenden statistischen Analysen als Annahme zugrunde liegen und sollte deshalb bei der Betrachtung derselben stets im Hinterkopf behalten werden.

Ausgehend von den vorliegenden Ergebnissen können zudem bereits an dieser Stelle interessante Rückschlüsse auf die Geltungskraft der einleitend vorgestellten Theorien der Wahlentscheidung gezogen werden. Sowohl die Relevanz der Determinanten des Michigan-Modells (siehe Kapitel 1.2), als auch die Bedeutung der maßgebenden Einflussfaktoren in den rationalistischen Erklärungsansätzen (siehe Kapitel 1.3), wird anhand der vorliegenden Daten sehr deutlich. Ein Blick auf Abbildung 6.1.3 macht dies deutlich:

Abbildung 6.1.3: Determinanten der Wahlentscheidung



Die sozialpsychologischen Determinanten des Michigan-Modells werden in den vorliegenden Daten durch inhaltlich und personell motivierte Wechselmotive repräsentiert und markieren bei beiden Wahlen etwa 40 Prozent der Nennungen. Performanz-Bewertungen und wahltaktische Erwägungen stellen als rationalistische Determinanten ebenfalls einen überraschend hohen Anteil von knapp 40 Prozent der Nennungen dar. Hinzu kommen einige Personen in der Hauptkategorie Unzufriedenheit, deren Wechsel mit der unzureichenden Vertretung ihrer persönlichen Interessen begründet wurde. Da hier ebenfalls eine klare Absicht der Nutzenmaximierung erkennbar ist, können diese Personen zu den rationalistischen Wählern hinzugezählt werden. Insgesamt können in den vorliegenden Daten jeweils knapp 80 Prozent der Nennungen, und damit auch approximativ 80 Prozent der Wechsel, mit einer dieser beiden Theorien der Wahlentscheidung erklärt werden.

6.2 Statistische Analyse der Daten

Nachdem im Rahmen der deskriptiven Auswertungen ein erster Überblick über die zugrundeliegenden Daten gewonnen werden konnte, folgt nun die multivariate statistische Analyse. Dabei werden verschiedene logistische Regressionsmodelle (siehe Kapitel 5.2) zur Erklärung bestimmter Wechselbewegungen spezifiziert. Es wird angenommen, dass die Begründungen für Parteiwechsel bei Landtags- und Bundestagswahlen in der Regel weitgehend gleich strukturiert sind (siehe Kapitel 3.2 und 6.1) und somit anhand der vorliegenden Untersuchung allgemeingültige Regeln für Wahlen auf Bundes- und Landesebene in Kerngebieten westdeutscher Metropolregi-

onen identifiziert werden können. Überdies wird vorausgesetzt, dass die betrachteten Wahlen dem „Normalfall“ entsprechen und somit dafür geeignet sind, innerhalb des vorliegenden Kontextes der Metropolregion München, auf allgemeingültige Aussagen zu schließen. Dies ist weitgehend gegeben, wenn auch keine Wahl frei von wahlspezifischen Effekten ist. Insbesondere bei der Landtagswahl liegt es nahe, einen positiven Effekt der Kandidatur von Christian Ude zu erwarten. Auch hinsichtlich der erfolgreichen Kandidatur von Angela Merkel und der umstrittenen Steuerpolitik der Grünen bei der Bundestagswahl, sowie der überdurchschnittlich negativen Leistungsbewertungen der FDP bei beiden Wahlen, sind wahlspezifische Effekte nicht auszuschließen. Dies sollte jedoch keine Gefahr für die Güte der Ergebnisse darstellen, sofern die besondere Charakteristik der jeweils betrachteten Wahl bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet wird. Für alle spezifizierten Modelle werden die vollständigen Regressionstabellen dargestellt, während sich die detaillierte Betrachtung der Veränderungen vorhergesagter Eintrittswahrscheinlichkeiten lediglich auf die direkte Relevanz für die Prüfung der jeweiligen Hypothesen beschränkt. Identifizierte Effekte werden im Rahmen aller folgenden Berechnungen als relevant eingestuft, sofern die erzeugten Veränderungen der Eintrittswahrscheinlichkeiten mindestens 15 Prozent betragen. Eine weiterführende Dokumentation der relevanten Ergebnisse befindet sich im Anhang.

Allgemeine Wechselbewegungen

Entsprechend der Hypothesen 1.1 bis 1.5 wird zunächst überprüft, welche Motive die Wahrscheinlichkeit, dass eine bestimmte allgemeine Wechselbewegung vollzogen wird, in relevantem Ausmaß beeinflussen. Dazu werden insgesamt zehn binomiale logistische Regressionsmodelle spezifiziert, jeweils ein Modell für jedes der fünf Bewegungsmuster, für jede der beiden betrachteten Wahlen. Es ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 6.2.1: Allgemeine Wechselbewegungen

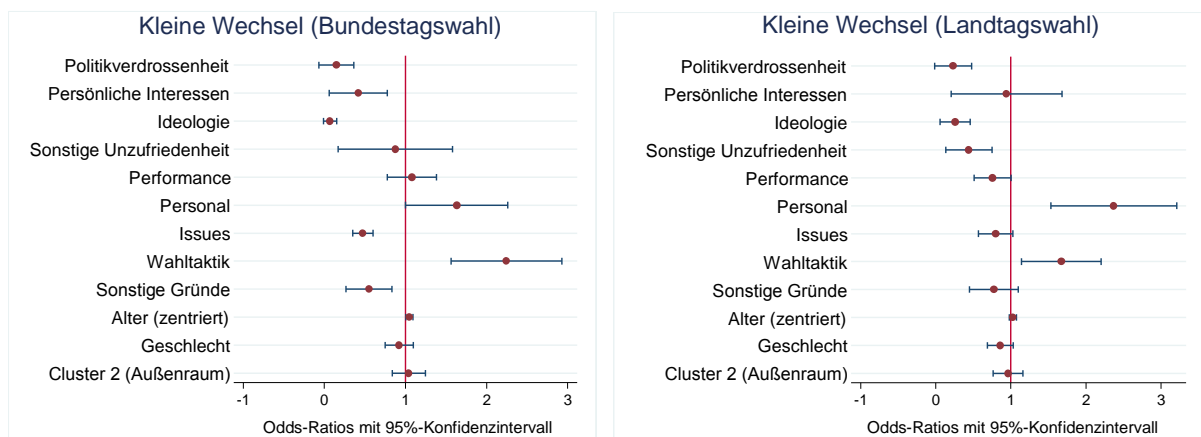
	Modellgruppe I: Große Wechsel		Modellgruppe II: Kleine Wechsel		Modellgruppe III: Aussteiger-Wechsel		Modellgruppe IV: Einsteiger-Wechsel		Modellgruppe V: Zweitrangige Wechsel	
	BTW BNL1	LTW BNL2	BTW BNL3	LTW BNL4	BTW BNL5	LTW BNL6	BTW BNL7	LTW BNL8	BTW BNL9	LTW BNL10
Unzufriedenheit:										
Politik- verdrossenheit	-0,51 (0,63)	-0,61 (0,50)	-1,91** (0,75)	-1,47*** (0,55)	1,27*** (0,44)	1,71*** (0,39)	0,04 (1,04)	0,47 (0,64)	0,98 (0,65)	-
Persönliche Interessen	1,12*** (0,37)	0,22 (0,42)	-0,87** (0,44)	-0,06 (0,40)	-0,34 (0,44)	-0,17 (0,51)	0,85 (0,64)	0,03 (0,76)	-	-0,06 (1,05)
Ideologie	0,40 (0,29)	0,32 (0,31)	-2,67*** (0,60)	-1,35*** (0,39)	1,43*** (0,27)	1,31*** (0,30)	-0,92 (1,03)	-1,30 (1,03)	-0,59 (0,74)	-
Sonstige Un- zufriedenheit	0,05 (0,48)	-0,01 (0,34)	-0,13 (0,41)	-0,82** (0,36)	0,49 (0,41)	0,90*** (0,32)	-	0,28 (0,55)	-	-0,76 (1,03)
Performance	0,09 (0,17)	0,21 (0,17)	0,07 (0,14)	-0,28* (0,17)	0,07 (0,16)	0,46** (0,18)	-0,20 (0,39)	-0,63 (0,40)	-1,61*** (0,60)	-1,29** (0,62)
Personal	0,69*** (0,21)	-0,24 (0,21)	0,49** (0,20)	0,86*** (0,18)	-1,23*** (0,30)	-0,87*** (0,27)	-0,86 (0,73)	-0,31 (0,40)	-	-2,03** (1,02)
Issues	0,24* (0,14)	-0,19 (0,16)	-0,75*** (0,13)	-0,23 (0,15)	0,59*** (0,13)	0,70*** (0,16)	0,25 (0,29)	-0,24 (0,31)	-0,58* (0,34)	-1,31** (0,54)
Wahltaktik	-0,69*** (0,22)	-0,59*** (0,20)	0,81*** (0,16)	0,51*** (0,16)	-0,74*** (0,20)	-0,22 (0,21)	0,84*** (0,31)	0,54* (0,28)	-0,69 (0,45)	-1,27** (0,62)
Sonstige Gründe	-0,30 (0,32)	-0,24 (0,24)	-0,60** (0,26)	-0,26 (0,21)	0,59** (0,24)	0,53** (0,23)	0,70 (0,47)	0,16 (0,39)	0,17 (0,49)	-0,19 (0,50)
Konstante	-1,15*** (0,11)	-0,97*** (0,12)	-0,34*** (0,10)	-0,31*** (0,11)	-1,01*** (0,11)	-1,43*** (0,13)	-3,35*** (0,25)	-2,57*** (0,22)	-3,36*** (0,26)	-3,50*** (0,34)
Alter (zentriert)	-0,03 (0,02)	-0,00 (0,03)	0,05** (0,02)	0,03 (0,02)	-0,01 (0,02)	-0,02 (0,03)	-0,11** (0,05)	-0,01 (0,05)	0,00 (0,05)	-0,01 (0,07)
Geschlecht	-0,31*** (0,11)	-0,18 (0,11)	-0,08 (0,10)	-0,15 (0,10)	0,16 (0,10)	0,28** (0,12)	0,34 (0,22)	-0,06 (0,20)	0,73*** (0,26)	0,87** (0,34)
Cluster 2 (Außenraum)	-0,03 (0,11)	0,21* (0,12)	0,04 (0,10)	-0,04 (0,11)	0,01 (0,11)	-0,13 (0,12)	-0,19 (0,24)	-0,13 (0,21)	0,11 (0,26)	-0,01 (0,32)
McPhadden R^2	0,02	0,01	0,06	0,04	0,05	0,05	0,03	0,02	0,04	0,06
Prob > LR- χ^2	0,00	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,26	0,00	0,00
Beobachtungen	1975	1682	1975	1682	1975	1682	1949	1682	1798	1599

BNL = Binomiale logistische Regression; Standardfehler in Klammern;

Signifikanzniveaus: * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$

Betrachtet man die gewonnenen Ergebnisse, so fällt zunächst auf, dass bei einigen Wechselbewegungen deutlichere Effekte erkennbar sind als bei anderen. Eindeutige Effekte können vor allem bei der Erklärung von kleinen und von Aussteiger-Wechseln identifiziert werden. Die Modelle BNL3 und BNL4 zeigen, dass Personen, die einen Wechselgrund aus der Kategorie Personal oder Wahltaktik angeben, sowohl bei der Bundestagswahl als auch bei der Landtagswahl, mit erhöhter Wahrscheinlichkeit einen kleinen Wechsel vollziehen. Wähler, die mit der ideologischen Ausrichtung ihrer Ausgangspartei unzufrieden oder generell politikverdrossen sind, vollziehen mit geringerer Wahrscheinlichkeit einen kleinen Wechsel als andere. Ein Blick auf die Verhältnisse der vorhergesagten Chancen verdeutlicht dies:

Abbildung 6.2.1: Odds-Ratios für kleine Wechsel

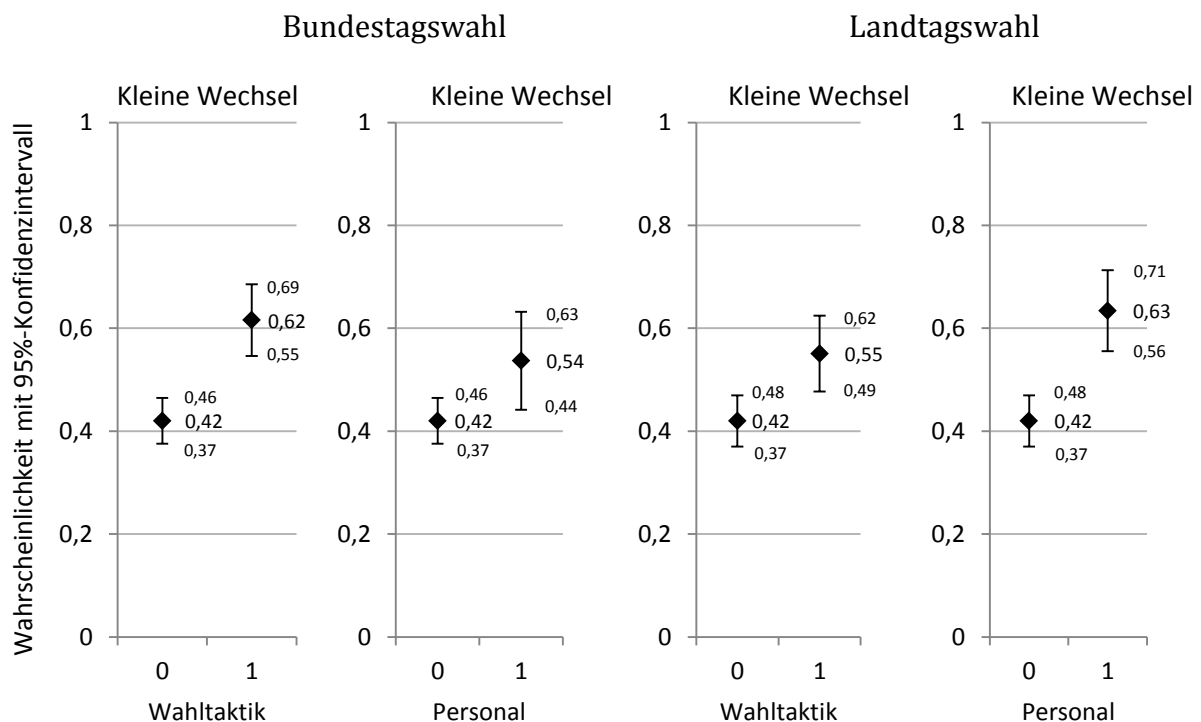


Bei der Bundestagswahl erhöht sich die Chance, einen kleinen Wechsel zu vollziehen, im Vergleich dazu, einen Wechsel anderer Art zu vollziehen und unter Konstanthaltung²⁴ aller anderen Variablen, um den Faktor 1,63, wenn die Person anstatt keinen Grund anzugeben, auf Basis personeller Gründe wechselt, und um den Faktor 2,25, wenn die Person aufgrund wahltaktischer Erwägungen wechselt. Bei der Landtagswahl liegt der Personal-Faktor etwas höher bei 2,37 und der Wahltaktik-Faktor etwas niedriger bei 1,67. Wenn eine Person aufgrund von Politikverdrossenheit, grundlegender Unzufriedenheit mit der ideologischen Ausrichtung der Partei oder sonstiger Unzufriedenheit wechselt, sinkt bei beiden Wahlen die relative Chance auf einen kleinen Wechsel. Diese Chancenverhältnisse treffen jedoch noch keine Aussage über die Veränderungen der konkreten vorhergesagten Eintrittswahrscheinlichkeiten²⁵. Betrachtet man diese für die beiden eindeutig positiven Einflussfaktoren, ergibt sich folgendes Bild:

²⁴ Alle folgenden Aussagen zur Auswertung der Regressionsergebnisse gelten, entsprechend der Funktionsweise der Modelle, unter Konstanthaltung aller anderen Variablen (weibliche Person mittleren Alters, die im Innenraum der Stadt wohnen und keinen Grund angegeben haben).

²⁵ In allen folgenden Modellen wird die ausführliche Darstellung der Odds-Ratios deshalb übersprungen. Eine vollständige Darstellung aller relevanten Chancenverhältnisse befindet sich im Anhang.

Abbildung 6.2.2: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für kleine Wechsel



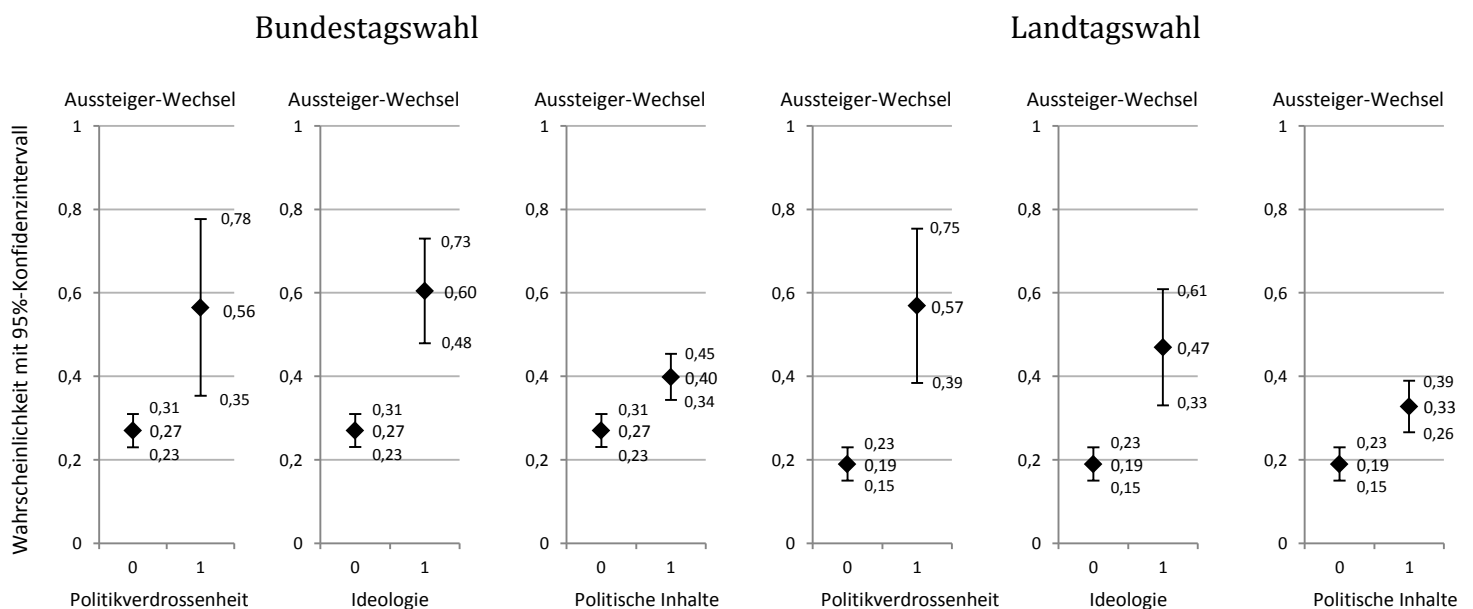
Die *Ausgangswahrscheinlichkeit*²⁶, dass eine Person einen kleinen Wechsel vornimmt, liegt bei beiden Wahlen etwa bei 42 Prozent. Durch die Nennung eines wahltaktischen Wechselgrundes steigt diese Wahrscheinlichkeit um 20 Prozentpunkte bei der Bundestagswahl und um 13 Prozentpunkte bei der Landtagswahl. Liegen dem Wechsel personelle Erwägungen zugrunde, so steigt die Eintrittswahrscheinlichkeit um 12 Prozentpunkte bei der Bundestagswahl und um 21 Prozentpunkte bei der Landtagswahl. In allen Fällen erhöhen sich die Wahrscheinlichkeiten um mindestens ein Drittel, im Falle der Wahltaktik sogar um etwas mehr als die Hälfte. Die berechneten positiven Effekte haben somit, zumindest auf Basis der jeweiligen Punktschätzungen, erhebliche Auswirkungen darauf, ob ein kleiner Wechsel vollzogen wird oder nicht. Betrachtet man die Grenzen der Konfidenzintervalle, so können zumindest für den Einfluss der Wahltaktik bei der Bundestagswahl und den Einfluss personeller Gründe bei der Landtagswahl eindeutige Mindeststeigerungen über 15 Prozent identifiziert werden, während sich der Einfluss wahltaktischer Erwägungen bei der Landtagswahl möglicherweise auf ein nicht relevantes Minimum beschränkt und ein gegenteiliger Effekt personeller Gründe bei der Bundestagswahl nicht ausgeschlossen werden kann. Wenn die Ergebnisse auch wenig eindeutig sind, so deuten die Berechnungen doch insgesamt darauf hin, dass Hypothese 1.2 weitgehend zutrifft und sowohl wahltaktische Erwägungen, als auch personelle Gründe zu einer deutlichen Erhöhung

²⁶ Gemeint ist hier und immer, wenn im Folgenden die Rede von einer Ausgangswahrscheinlichkeit ist, die Wahrscheinlichkeit, dass eine weibliche Person mittleren Alters, die im Innenraum der Stadt gewählt hat und keinen Grund für ihre Entscheidung genannt hat, einen entsprechenden Wechsel vornimmt.

der Wahrscheinlichkeit führen, dass ein kleiner Wechsel vollzogen wird. Um Aussagen mit größerer Sicherheit treffen zu können sind jedoch, insbesondere hinsichtlich des Einflusses personeller Begründungen, weitere Untersuchungen notwendig.

Hinsichtlich der Aussteiger-Wechsel zeigen die Berechnungen deutlich, dass Personen, die aus Politikverdrossenheit, aufgrund der ideologischen Ausrichtung der Ausgangspartei, oder auf Basis politischer Inhalte die Partei wechseln, bei beiden Wahlen mit höherer Wahrscheinlichkeit einen Wechsel aus den etablierten Koalitionslagern hinaus vornehmen. Personen, deren Wechselmotive wahltaktische oder personelle Erwägungen aufzeigen, entscheiden sich hingegen mit geringerer Wahrscheinlichkeit für einen solchen Wechsel. Betrachtet man auch hier die vorhergesagten Eintrittswahrscheinlichkeiten, ergibt sich folgendes Bild:

Abbildung 6.2.3: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für Aussteiger-Wechsel



Die jeweiligen Ausgangswahrscheinlichkeiten liegen bei 27 (Bundestagswahl) und 19 Prozent (Landtagswahl). Für Personen, deren Wechselmotiv auf Politikverdrossenheit oder auf eine grundlegende ideologische Unvereinbarkeit mit der Ausgangspartei schließen lässt, steigt diese Wahrscheinlichkeit jeweils approximativ um den Ausgangswert. Im Falle politikverdrossener Wechsler bei der Landtagswahl, erhöht sich diese gar um das Doppelte des Ausgangswertes, von 19 auf 57 Prozent. Der Effekt inhaltlicher Erwägungen fällt mit einer Erhöhung um jeweils etwa 13 Prozentpunkte im Vergleich deutlich geringer aus, jedoch stellt dies in beiden Fällen noch immer eine erhebliche Steigerung, um 48 Prozent bei der Bundestagswahl und um 74 Prozent bei der Landtagswahl, dar. Nimmt man hier den „pessimistischen Blick“ auf die Konfidenzintervalle ein und vergleicht die obere Intervall-Grenze der Ausgangswerte, mit der unteren Grenze der Effektberechnungen, so muss man feststellen, dass sich der Issues-Effekt bei beiden Wahlen auf ein Minimum von 3 Prozentpunkten beschränken könnte. Dies entspräche lediglich

einer Steigerung um 10 bzw. 13 Prozent und wäre damit an der Grenze zur Relevanz anzusiedeln. Die Ideologie-Effekte halten diesem Blick stand, im Falle der Politikverdrossenheit kann zumindest bei der Landtagswahl eine eindeutige und relevante Steigerung um mindestens 70 Prozent nachgewiesen werden. In Summe reichen die hier gefundenen Indizien aus, um Hypothese 1.3 weitgehend zu bestätigen: Unzufriedenheit führt in Form von Politikverdrossenheit und Ideologie, zu einer deutlichen Steigerung der Wahrscheinlichkeit, dass ein Aussteiger-Wechsel vollzogen wird. Ein relevanter Issues-Effekt kann nicht eindeutig nachgewiesen werden, ist jedoch zumindest sehr wahrscheinlich.

Über die zentralen Begründungen für große, Einsteiger- und zweitrangige Wechsel können auf Basis dieser Daten keine zuverlässigen Aussagen getroffen werden. Bezüglich der Einsteiger kann zwar gezeigt werden, dass Personen, die aus wahltaktischen Gründen die Partei wechseln, bei beiden Wahlen mit höherer Wahrscheinlichkeit einen entsprechenden Wechsel vollziehen, jedoch kann, aufgrund der Größe der Konfidenzintervalle, bei keiner der beiden Wahlen ein eindeutiger Effekt auf die Veränderung der Eintrittswahrscheinlichkeiten nachgewiesen werden. Im Falle der Landtagswahl kann zudem die Nullhypothese, dass keiner der Koeffizienten einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable ausübt, hinsichtlich der Einsteiger-Wechsel nicht abgelehnt werden ($\text{Prob} > \text{LR-}\chi^2 = 0,26$). Die Hypothesen 1.1, 1.4 und 1.5 können somit nicht bestätigt werden. Es lässt sich jedoch festhalten: Wird aus wahltaktischen Erwägungen gewechselt, so ist dies mit geringerer Wahrscheinlichkeit ein großer Wechsel. Zweitrangige Wechsel werden eher von Männern und eher nicht auf Basis von Leistungsbewertungen unternommen.

Zu- und Abwanderungsbewegungen

Im Folgenden wird von allgemeinen Wechselbewegungen Abstand genommen und untersucht, welche Motive die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass eine Bewegung von oder zu einer bestimmten Partei oder Parteiengruppe unternommen wird. Der Fokus wird dabei zunächst auf Leistungsevaluationen liegen, in weiteren Analysen werden wahltaktische Erwägungen und verschiedene politische Streitthemen in den Vordergrund gerückt.

Leistungsbewertungen

Zunächst wird die Hypothese geprüft, dass leistungsorientierte Wahlentscheidungen in der Regel zuungunsten von Regierungsparteien ausfallen und somit bei den betroffenen Parteien zu einer erhöhten Abwanderungswahrscheinlichkeit führen. Dazu werden insgesamt zwei multinomiale logistische Regressionen spezifiziert, jeweils ein Modell für jede der betrachteten Wahlen. Es ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 6.2.2: Leistungsbewertungen

	MNL 1: Bundestagswahl		MNL 2: Landtagswahl	
	Exit CSU	Exit FDP	Exit CSU	Exit FDP
<i>Referenz: Abwanderung von Nicht-Regierungsparteien</i>				
Unzufriedenheit	0,47** (0,23)	-0,13 (0,22)	0,60*** (0,22)	0,23 (0,23)
Performance	-0,09 (0,22)	0,71*** (0,16)	0,43** (0,21)	0,90*** (0,19)
Personal	-1,83*** (0,52)	-0,05 (0,21)	-0,22 (0,23)	-1,13*** (0,30)
Issues	-0,37** (0,17)	-0,79*** (0,15)	-0,28 (0,19)	-1,00*** (0,22)
Wahltaktik	-0,28 (0,21)	-0,49*** (0,19)	0,06 (0,20)	-0,64*** (0,24)
Sonstige Gründe	-0,31 (0,34)	-0,40 (0,29)	-0,62** (0,30)	-0,41 (0,27)
Konstante	-1,24*** (0,13)	-0,80*** (0,11)	-1,46*** (0,14)	-1,48*** (0,15)
Alter (zentriert)	-0,04 (0,03)	-0,05** (0,02)	0,00 (0,03)	-0,05 (0,03)
Geschlecht	0,08 (0,13)	0,19* (0,11)	0,37*** (0,13)	0,53*** (0,13)
Cluster 2 (Außenraum)	0,37*** (0,13)	0,50*** (0,11)	0,45*** (0,13)	0,62*** (0,14)
McPhadden R^2	0,04		0,05	
Prob > LR- χ^2	0,00		0,00	
Beobachtungen	1975		1682	

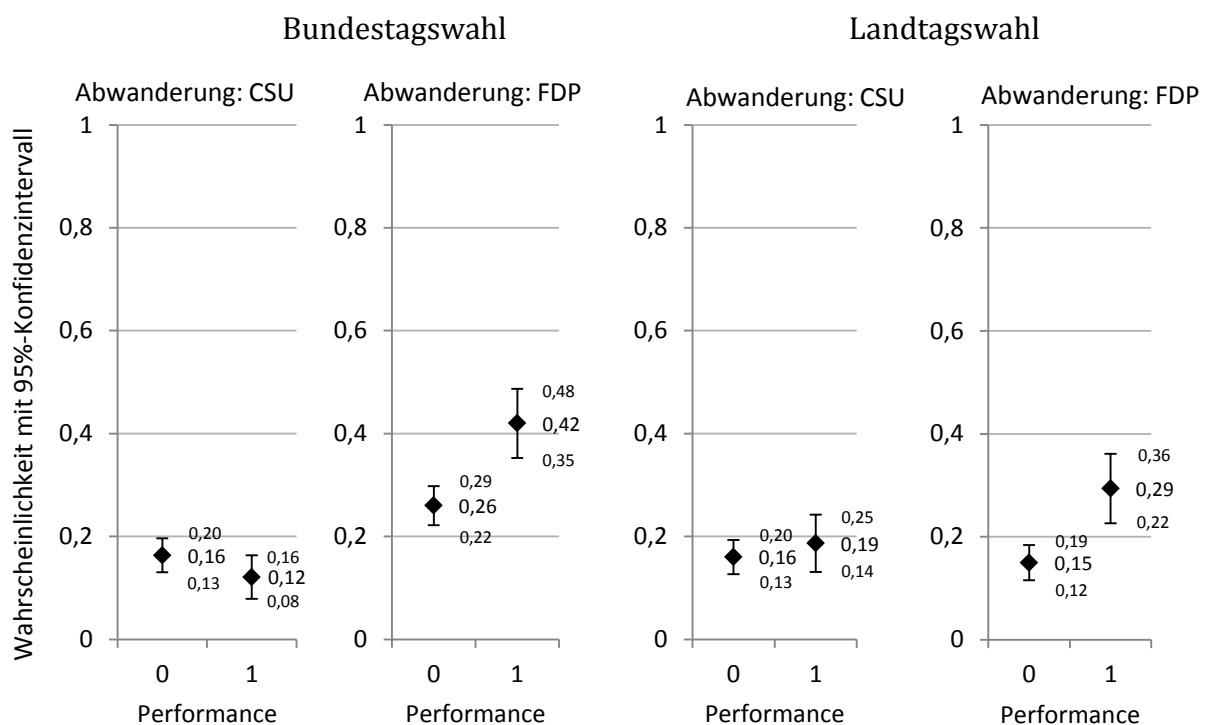
MNL = Multinomiale logistische Regression; Standardfehler in Klammern;

Signifikanzniveaus: * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$

Bei der Landtagswahl zeigen die Ergebnisse, dass Personen, die auf Basis von Leistungsbewertungen die Partei wechseln, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit von der CSU oder der FDP, als von einer Nicht-Regierungspartei abwandern. Bei der Bundestagswahl gilt dies nur für die FDP. Angesichts der ungewöhnlich hohen Zufriedenheitswerte mit der Arbeit von Angela

Merkel im Vorlauf der Bundestagswahl 2013²⁷, erscheint es zunächst plausibel, dass diese Zufriedenheit auf die Performanz-Evaluation der Union übertragen wird und es sich hierbei um einen wahlspezifischen Effekt handeln könnte. Der deutlich negative Effekt personeller Wechselmotive auf die Abwanderungswahrscheinlichkeit der CSU bei der Bundestagswahl scheint einen solchen „Merkel-Effekt“ generell zu bestätigen. Wirft man jedoch einen genaueren Blick auf die Veränderungen der Eintrittswahrscheinlichkeiten, ist diese Interpretation nicht zu halten.

Abbildung 6.2.4: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für Abwanderung aus dem Regierungslager



Der positive Effekt der Leistungsbewertungen auf die Abwanderungswahrscheinlichkeit der CSU im Vergleich zu Nicht-Regierungsparteien ist auf Landesebene mit einer Steigerung von nur 3 Prozentpunkten nicht von relevanter Größe. Betrachtet man hier die Grenzen der Konfidenzintervalle, kann nicht einmal ein relevanter gegenteiliger Effekt ausgeschlossen werden. Leistungsevaluationen stellen somit kein relevantes Push-Motiv für die CSU dar, sondern lediglich für die FDP. Hier kann eine Steigerung der Abwanderungswahrscheinlichkeit um jeweils etwa 15 Prozentpunkte identifiziert werden. Betrachtet man die Grenzen der Konfidenzintervalle, so ergibt sich in beiden Fällen eine Mindeststeigerung um mehr als 15 Prozent. Angesichts dieser Ergebnisse, erscheint es eher plausibel, dass es sich aufgrund der

²⁷ In den Umfragen des ARD-Deutschlandtrends durch Infratest dimap liegt Angela Merkel im Zufriedenheits-Ranking deutscher Spitzenpolitiker deutlich auf Platz 1, sowohl im unmittelbaren (August 2013), als auch im längeren Vorlauf der Wahlen (seit Januar 2013). Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend>.

schweren Krise der FDP im Vorlauf beider der untersuchten Wahlen²⁸, hinsichtlich des starken Effekts von Leistungsbewertungen auf die Abwanderung der Partei um einen zeitspezifischen Effekt handelt. Hypothese 2 wird somit abgelehnt: Leistungsevaluationen stellen kein relevantes Push-Motiv für Regierungsparteien dar. Es lässt sich jedoch festhalten: Personen, die auf Basis von Leistungsbewertungen wechseln, haben im Wahljahr 2013 mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit die FDP verlassen. Weiterhin zeigen die Berechnungen, dass Personen, die bei der Bundestagswahl aus personellen Gründen eine Partei verlassen, mit deutlich niedrigerer Wahrscheinlichkeit von der CSU abwandern. Ein Blick auf die Kategorisierung dieser Nennungen zeigt, dass mehr als die Hälfte der betrachteten Personen explizit aufgrund von Angela Merkel gewechselt sind. Die überwiegende Mehrheit der übrigen Personen hat ihre personelle Nennung nicht weiter spezifiziert, sodass ebenfalls eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, dass Angela Merkel gemeint ist. Es liegt somit nahe, dass der identifizierte Effekt hauptsächlich auf Angela Merkel zurückzuführen ist und hier ein relevanter wahlspezifischer Kandidaten-Einfluss besteht. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass bei der Landtagswahl eher Männer und bei beiden Wahlen eher Personen im Außenraum der Stadt von den jeweiligen Regierungsparteien abwandern.

Wahltaktik

Entsprechend der Hypothesen 3.1 und 3.2, wird nun überprüft, ob Wechselwähler, deren Wahlentscheidung auf Basis wahltaktischer Erwägungen getroffen wurde, tatsächlich mit erhöhter Wahrscheinlichkeit zu der großen Partei des jeweils schwächer eingeschätzten Lagers, sowie der kleinen Partei des jeweils stärker eingeschätzten Lagers wechseln, beziehungsweise ob auch umgekehrt ein positiver Effekt der Wahltaktik auf die Abwanderungswahrscheinlichkeit der großen Partei des stärker eingeschätzten Lagers und der kleinen Partei des schwächer eingeschätzten Lagers zu erkennen ist. Dazu werden insgesamt vier multinomiale logistische Regressionen spezifiziert, jeweils ein Modell für die beiden relevanten Parteienkombinationen und jede der beiden betrachteten Wahlen. Es ergibt sich folgendes Bild:

²⁸ Im Januar des Wahljahres 2013 sind nach Befragungen des ARD-Deutschlandtrends durch Infratest dimap 44 Prozent der Befragten der Meinung, dass die FDP als Partei insgesamt nicht mehr gebraucht werde. Gar 78 Prozent sind der Meinung, dass die Probleme der Partei nicht alleine durch den Rücktritt der Spitzenkandidaten gelöst werden können. Die FDP befindet sich in der Sonntagsfrage über die längste Zeit der Vorwahlperiode, von Januar bis September 2013, unter 5 Prozent und schafft schließlich, weder bei der bayrischen Landtagswahl, noch bei der Bundestagswahl den Sprung in das neu gewählte Parlament. (Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend>).

Tabelle 6.2.3: Wahltaktik

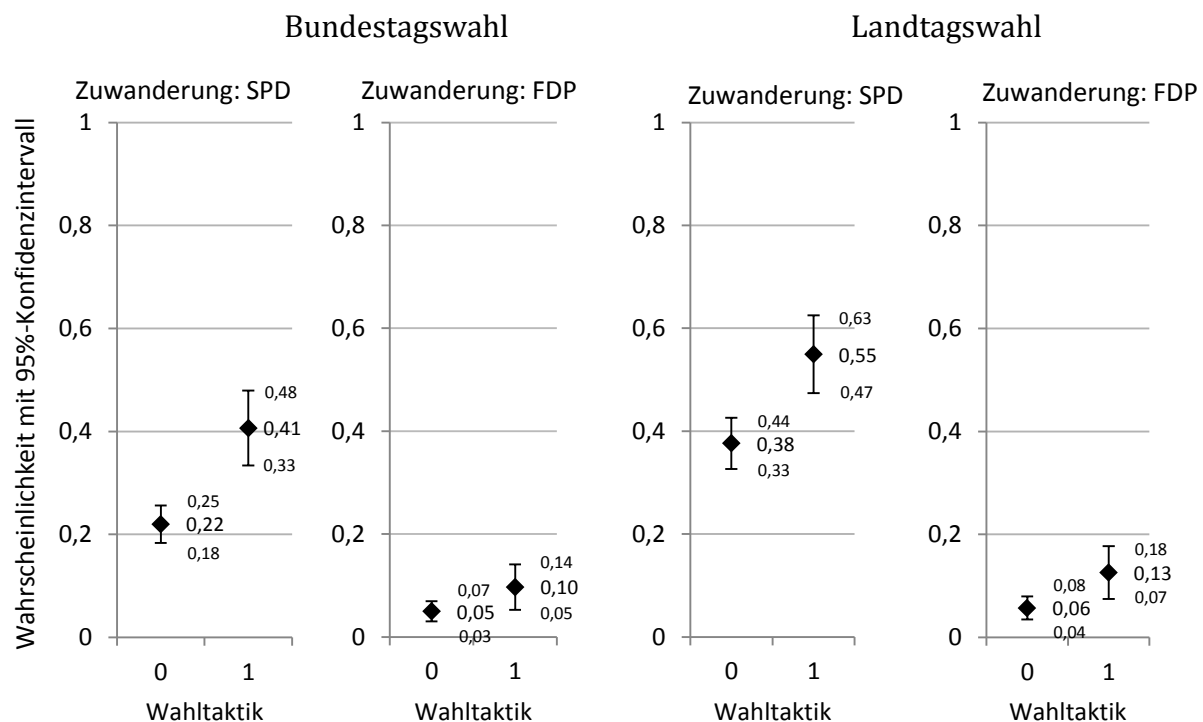
	Modellgruppe I: Pull-Effekte				Modellgruppe II: Push-Effekte			
	MNL 1: Bundestagswahl		MNL 2: Landtagswahl		MNL 3: Bundestagswahl		MNL 4: Landtagswahl	
	Zu SPD	Zu FDP	Zu SPD	Zu FDP	Exit CSU	Exit Grüne	Exit CSU	Exit Grüne
<i>Referenz:</i>	<i>Zu CSU, Grüne, Linke oder Sonstige</i>				<i>Zu SPD, FDP, Linke oder Sonstige</i>			
Unzufriedenheit	-0,09 (0,23)	-1,03* (0,61)	-0,13 (0,20)	-0,74 (0,45)	0,51** (0,22)	-0,03 (0,23)	0,48** (0,22)	-0,16 (0,23)
Performance	0,09 (0,17)	-0,65 (0,40)	-0,50*** (0,18)	-1,60*** (0,53)	-0,47** (0,21)	-0,16 (0,17)	-0,07 (0,21)	-0,56*** (0,20)
Personal	0,12 (0,24)	-0,44 (0,53)	1,47*** (0,20)	0,37 (0,42)	-1,82*** (0,52)	-0,05 (0,22)	0,62** (0,25)	1,23*** (0,21)
Issues	0,20 (0,15)	-0,56* (0,33)	-0,27* (0,16)	-0,62* (0,33)	0,10 (0,17)	0,66*** (0,14)	0,16 (0,20)	0,55*** (0,16)
Wahltaktik	1,02*** (0,17)	1,04*** (0,28)	0,90*** (0,18)	1,28*** (0,27)	0,18 (0,22)	0,79*** (0,17)	0,57*** (0,22)	0,83*** (0,19)
Sonstige Gründe	-0,16 (0,31)	-0,13 (0,54)	-0,18 (0,23)	-0,44 (0,46)	-0,16 (0,34)	0,06 (0,28)	-0,48 (0,31)	0,09 (0,23)
Konstante	-1,22*** (0,11)	-2,68*** (0,22)	-0,38*** (0,12)	-2,23*** (0,23)	-1,19*** (0,13)	-0,64*** (0,11)	-1,07*** (0,15)	-0,24* (0,12)
Alter (zentriert)	0,02 (0,02)	-0,02 (0,05)	-0,03 (0,02)	0,10** (0,05)	-0,01 (0,03)	0,03 (0,02)	0,00 (0,03)	-0,04 (0,03)
Geschlecht	-0,06 (0,11)	0,12 (0,21)	-0,21** (0,11)	0,14 (0,21)	-0,09 (0,13)	-0,34*** (0,11)	0,07 (0,13)	-0,40*** (0,12)
Cluster 2 (Außenraum)	-0,17 (0,11)	0,03 (0,22)	-0,32*** (0,11)	0,04 (0,21)	0,09 (0,13)	-0,32*** (0,11)	0,10 (0,13)	-0,47*** (0,12)
McPhadden R^2	0,02		0,06		0,03		0,04	
Prob > LR- χ^2	0,00		0,00		0,00		0,00	
Beobachtungen	1975		1682		1975		1682	

MNL = Multinomiale logistische Regression; Standardfehler in Klammern,

Signifikanzniveaus: * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$

Die Berechnungen zeigen, dass Wechselwähler, die ihre Entscheidung wahltaktisch begründen, bei beiden Wahlen mit höherer Wahrscheinlichkeit zur SPD oder zur FDP wechseln, als zu einer anderen Partei. Um diese Effekte genauer unter die Lupe zu nehmen, bietet es sich auch hier an, einen Blick auf die vorhergesagten Eintrittswahrscheinlichkeiten zu werfen.

Abbildung 6.2.5: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Zuwanderung zu SPD und FDP

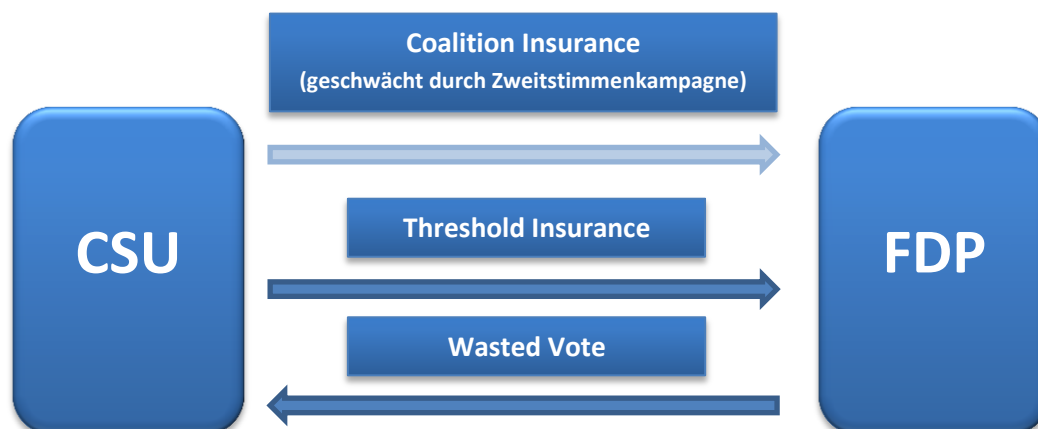


Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person einen Wechsel zur SPD vornimmt, erhöht sich bei der Bundestagswahl von 22 auf 41 Prozent, sofern ein wahltaktisch motivierter Wechsel vorliegt. Bei der Landtagswahl ist die Ausgangswahrscheinlichkeit mit 38 Prozent bereits deutlich höher, die Veränderung auf 55 Prozent fällt jedoch etwas kleiner aus. Betrachtet man die Grenzen der Konfidenzintervalle, so kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Effekte in Wahrheit geringer ausfallen. Zumindest im Falle der Bundestagswahl kann jedoch eine eindeutige und relevante Steigerung um mindestens 32 Prozent nachgewiesen werden. Die Ausgangswahrscheinlichkeiten für einen Wechsel zur FDP fallen, aufgrund der geringen Zahl entsprechender Fälle²⁹ bei beiden Wahlen deutlich niedriger aus (Bundestagswahl: 5 Prozent; Landtagswahl: 6 Prozent). Dennoch sind die verhältnismäßigen Erhöhungen auf 10 Prozent bei der Bundestagswahl und auf 13 Prozent bei der Landtagswahl erheblich und kennzeichnen jeweils eine Steigerung der Punktschätzungen um etwa 100 Prozent. Betrachtet man wiederum die Grenzen der Konfidenzintervalle für die jeweilige Zuwanderung zur FDP, so kann bei beiden Wahlen nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Effekt in Wahrheit auf ein nicht relevantes Minimum beschränkt. Eine mögliche Erklärung hierfür, liegt jedoch im Kontext der betrachteten Wahlen. Bei der bayrischen Landtagswahl musste die Partei mit nur 3 Prozent der Stimmen eine deutliche Niederlage einstecken. Die Vermutung liegt nahe, dass die durchgehend sehr negative

²⁹ Man betrachte den hohen negativen Wert der jeweiligen Konstanten für die Zuwanderung zur FDP (Bundestagswahl: -2,68; Landtagswahl: -2,23).

Wahrnehmung der Partei in der Öffentlichkeit³⁰ dazu führte, dass die FDP bei dieser Wahl weniger als bisher üblich von Stimmensplitting profitieren konnte. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, warb die Partei im Vorlauf der Bundestagswahl damit, dass die Zweitstimme für die FDP die „echte Merkel-Stimme“ sei. Ein Scheitern der FDP an der Fünfprozenthürde würde, so die Argumentation des Spitzenkandidaten Rainer Brüderle, dem bürgerlichen Lager als Ganzes schaden. Die Kampagne stieß jedoch sowohl in der Öffentlichkeit, als auch bei den Unionsparteien auf wenig Verständnis und Vertreter letzterer verkündeten öffentlich, dass die „Merkel-Stimme“ alleine der Union zustehe³¹. In Summe erscheint es plausibel, dass die Zweitstimmenkampagne der FDP eher den gegenteiligen Effekt hatte und potenzielle Stimmensplitter dazu bewegt hat, auf Bundesebene erst recht beide Stimmen für die Union abzugeben. Im Vorfeld beider Wahlen und insbesondere nach dem Nichteinzug in den bayrischen Landtag, ist darüber hinaus auch davon auszugehen, dass einige strategische Wähler das Scheitern der Partei an der Fünfprozenthürde als sicher genug betrachteten, um nicht für die FDP zu stimmen. Man muss in der vorliegenden Situation also zusätzlich mit einem gewissen „Wasted Vote“-Effekt rechnen, der den ohnehin durch die Zweitstimmenkampagne geschwächten „Coalition Insurance“- und „Threshold Insurance“-Effekten entgegenwirkt. Abbildung 6.2.6 zeigt ein plausibles Bild des Zusammenwirkens verschiedener wahltaktisch motivierter Bewegungen innerhalb des bürgerlichen Lagers:

Abbildung 6.2.6: Wahltaktisch motivierte Bewegungen innerhalb des bürgerlichen Lagers



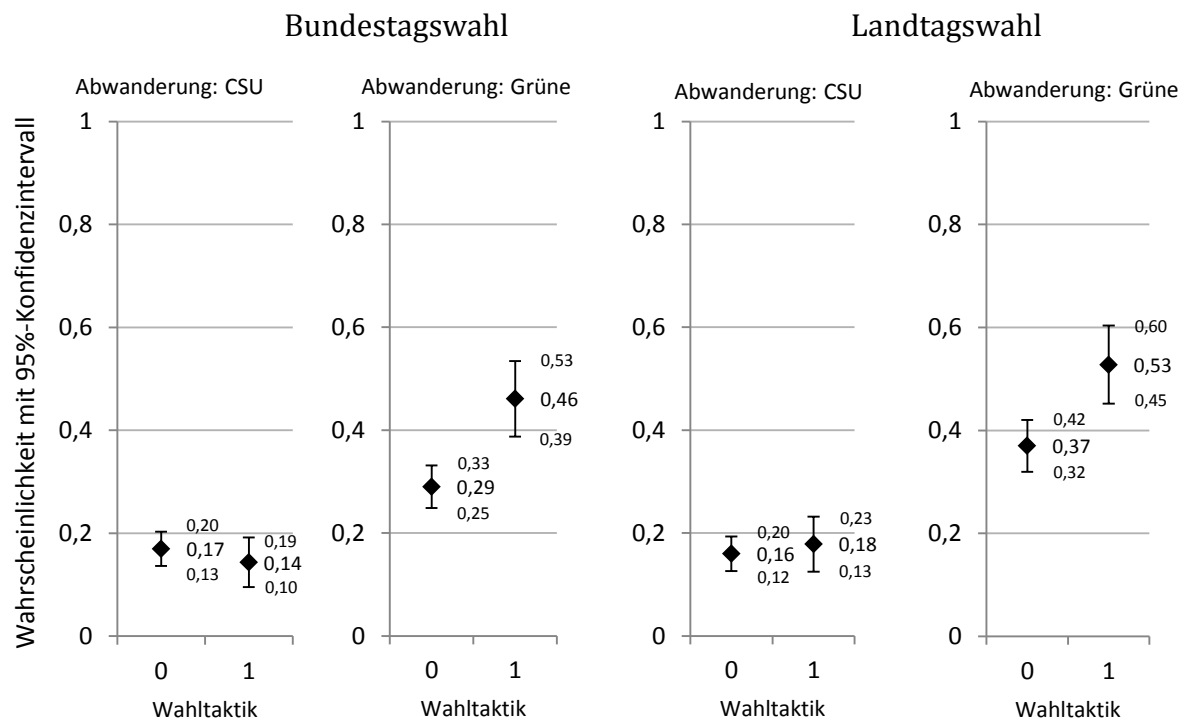
³⁰ In den Umfragen des Bayern-Trend durch Infratest dimap liegt die FDP im Zufriedenheitsranking der politischen Parteien vor der Landtagswahl durchgehend auf dem letzten Platz. Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/bayern/laendertrend/2013>.

³¹ Insbesondere auch Angela Merkel selbst, im Rahmen einer expliziten Aufforderung, die wenige Tage vor der Bundestagswahl in Form eines „Briefes an die Wähler“ an viele deutsche Haushalte verschickt wurde. Nachzulesen unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-wirbt-in-wahlbrief-um-beide-stimmen-fuer-cdu-a-923150.html>.

Ausgehend von diesen Bewegungen, steht im Kontext beider Wahlen eine ungewöhnlich geringe Fallzahl an Zuwanderern zur FDP zur Verfügung, wodurch die Ausgangswahrscheinlichkeiten und die totalen Erhöhungen sehr gering ausfallen und eine eindeutige Messung des verhältnismäßig erheblichen positiven Effektes wahltaktischer Erwägungen auf die Zuwanderung zur FDP nicht möglich ist. Ein relevanter „Coalition Insurance“-Effekt auf die Zuwanderung zur kleinen Partei des stärker eingeschätzten Lagers kann somit nicht eindeutig nachgewiesen werden, jedoch erscheint es angesichts der Ergebnisse und unter Berücksichtigung der besonderen Konstellation der Ereignisse sehr wahrscheinlich, dass ein solcher Effekt tatsächlich in relevantem Ausmaß besteht und im Regelfall auch eindeutig nachweisbar gewesen wäre. Hypothese 3.1 wird somit, trotz der fehlenden Eindeutigkeit der vorliegenden Berechnungen, mit weitgehender Sicherheit bestätigt: Wahltaktik ist ein Pull-Motiv für die schwächer eingeschätzte große Partei und die kleine Partei des stärker eingeschätzten Lagers.

Betrachtet man die Ergebnisse der zweiten Modellgruppe, bestätigen sich diese Einschätzungen. Die Ergebnisse der Regression zeigen zunächst, dass Personen, die bei der Landtagswahl einen taktischen Wechsel vollziehen, mit höherer Wahrscheinlichkeit von der CSU oder den Grünen abwandern, als von einer anderen Partei. Bei der Bundestagswahl gilt dies nur für die Grünen. Folgt man der bisherigen Argumentationslogik zur Krisensituation der FDP, bedeutet dies in der Konsequenz auch, dass die CSU bei beiden Wahlen und insbesondere bei der Bundestagswahl unrepräsentativ wenige wahltaktisch motivierte Abwanderer zu verzeichnen hat. Betrachtet man die vorhergesagten Eintrittswahrscheinlichkeiten, so kann hinsichtlich der CSU tatsächlich bei keiner der beiden Wahlen ein nennenswerter positiver Effekt wahltaktischer Erwägungen auf die Abwanderung identifiziert werden.

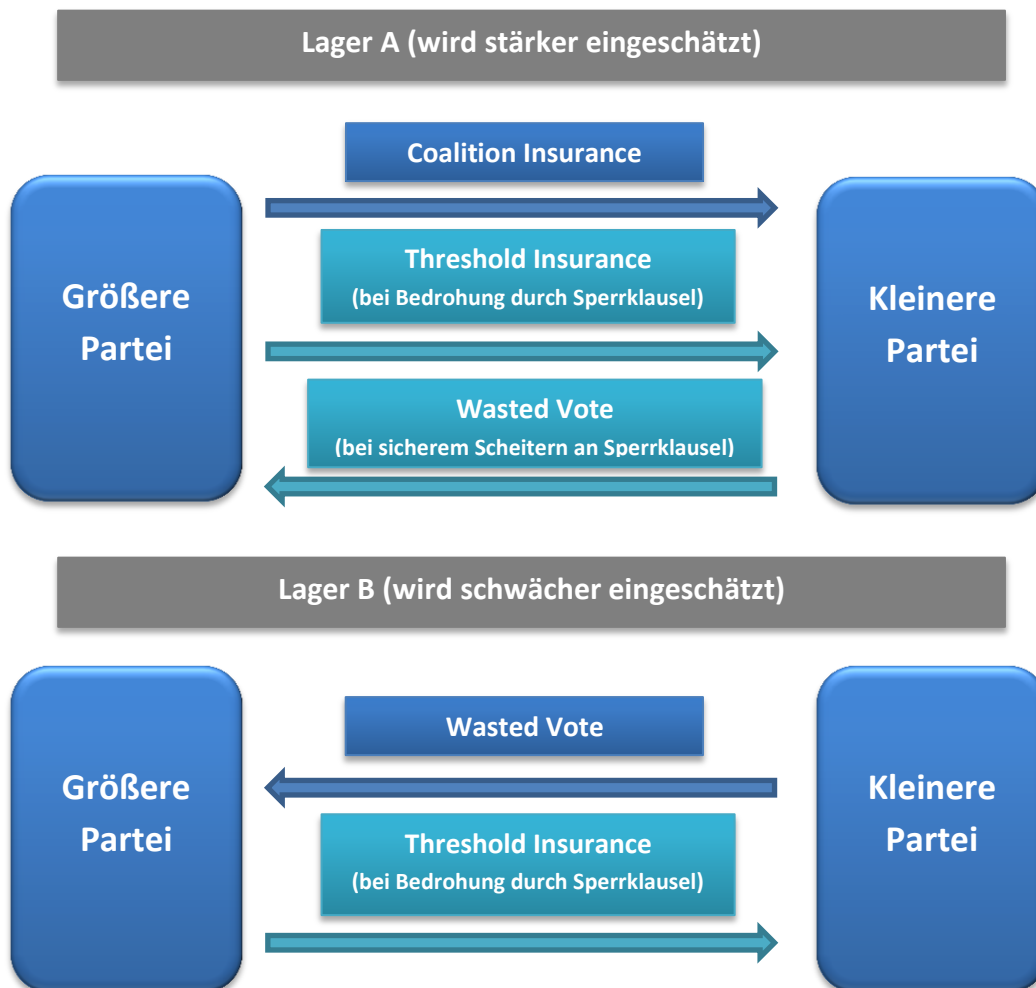
Abbildung 6.2.7: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Abwanderung von CSU und Grüne



Ein Blick auf die Konfidenzintervalle der Abwanderungsbewegungen der CSU macht deutlich, dass hier kein relevanter Effekt nachgewiesen werden kann. Hinsichtlich der Grünen ist jedoch ein deutlicher Effekt erkennbar. Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass eine Person die Grünen verlässt, erhöht sich bei der Bundestagswahl von 29 auf 46 Prozent, sofern ein wahltaktisch motivierter Wechsel vorliegt. Bei der Landtagswahl ist die Ausgangswahrscheinlichkeit mit 37 Prozent bereits geringfügig höher und die Veränderung auf 53 Prozent fällt ebenfalls etwas größer aus. In beiden Fällen steigt die Eintrittswahrscheinlichkeit deutlich, um etwa zwei Drittel. Zwar zeigen auch hier die Grenzen der Konfidenzintervalle, dass die Effekte in Wahrheit deutlich geringer ausfallen könnten, jedoch kann in beiden Fällen eine eindeutige Erhöhung des Ausgangswertes, um mindestens 18 Prozent bei der Bundestagswahl und um mindestens 7 Prozent bei der Landtagswahl nachgewiesen werden. Wenn auch eine möglicherweise nur 7-prozentige Erhöhung unter der Grenze der Relevanz zu verorten wäre und die Messungen zur Abwanderung von der CSU im Allgemeinen wenig eindeutig sind, so zeigt sich doch, angesichts der nachweisbar erheblichen Erhöhung der Abwanderungswahrscheinlichkeit der Grünen bei der Bundestagswahl und der wahlspezifischen Besonderheit durch die Krisensituation der FDP, eine durchgehende und plausible Tendenz. Hypothese 3.2 kann somit nicht eindeutig bewiesen werden, jedoch können wichtige Hinweise gefunden werden, dass sowohl ein „Coalition Insurance“- als auch ein „Wasted Vote“-Effekt in relevantem Maße vorliegt und Wahltaktik ein Push-Motiv für die stärker eingeschätzte große Partei, sowie für die kleine Partei des schwächer eingeschätzten Lagers darstellt. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Um hinsichtlich der komplexen Bewegungen strategischer Wähler genauere Aussagen treffen zu

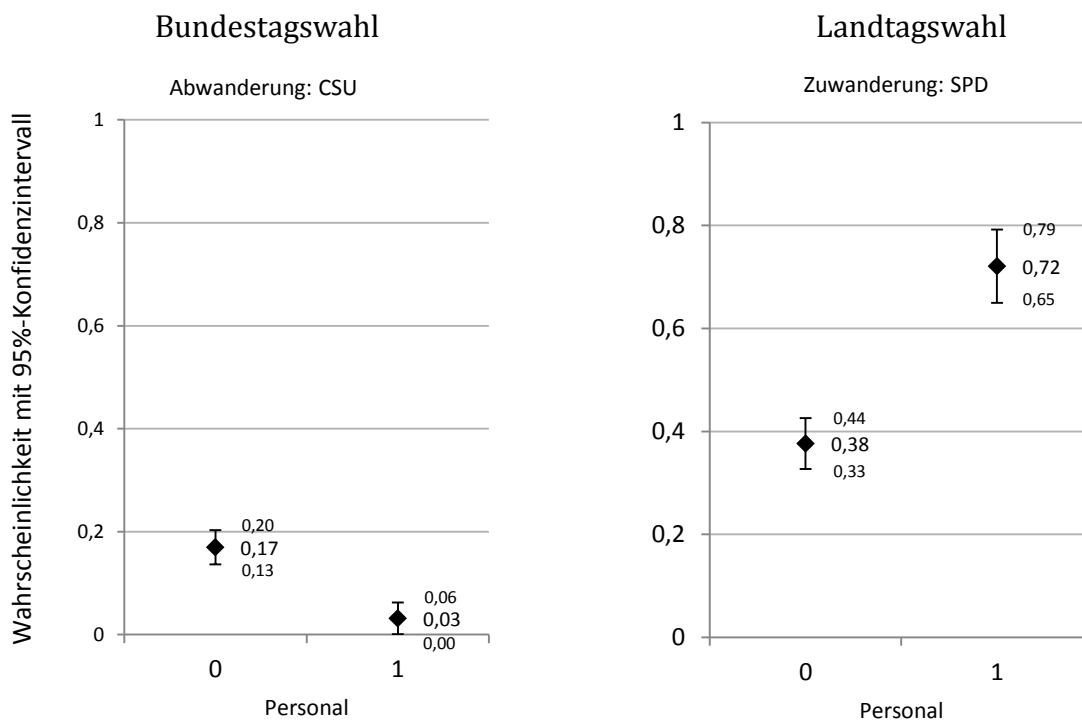
können, sind weitere Untersuchungen nötig. Dennoch konnte im Rahmen der vorliegenden Analyse ein plausibles Bild der Gesamtstruktur wahltaktisch motivierter Wechselbewegungen gezeichnet werden. Diese kann wie folgt dargestellt werden:

Abbildung 6.2.8: Gesamtstruktur wahltaktisch motivierter Wechselbewegungen



Darüber hinaus lässt sich festhalten: Personen, die aus personellen Gründen die Partei wechseln, verlassen bei der Bundestagswahl mit geringerer Wahrscheinlichkeit und bei der Landtagswahl mit höherer Wahrscheinlichkeit die CSU. Dies bestärkt erneut den zuvor bereits vermuteten „Merkel-Effekt“. Um bei der Landtagswahl von einem entgegengesetzten „Seehofer-Effekt“ sprechen zu können, ist das gemessene Ergebnis nicht eindeutig genug. Hier kann jedoch ein eindeutig positiver Personal-Effekt auf die Zuwanderung zur SPD, sowie auf die Abwanderung von den Grünen identifiziert werden. Ein Blick auf die Kategorisierung dieser Nennungen zeigt, dass etwa drei Viertel der betrachteten Personen explizit aufgrund von Christian Ude gewechselt sind. Es liegt deshalb nahe, dass dieser positive Effekt hauptsächlich auf die Kandidatur von Christian Ude zurückzuführen ist, wie bereits im Rahmen der deskriptiven Auswertungen (siehe Kapitel 6.1) vermutet werden konnte. Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten bieten einen Überblick über den Umfang der identifizierten Personal-Effekte:

Abbildung 6.2.9: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten zur Identifikation von Personal-Effekten



Die Abwanderungswahrscheinlichkeit der CSU sinkt bei der Bundestagswahl von 17 auf 3 Prozent, sofern Wechsel aus personellen Gründen vorliegt. Betrachtet man die Grenzen der Konfidenzintervalle, so beträgt die Senkung der Wahrscheinlichkeit noch immer mindestens 54 Prozent des Ausgangswertes. Bei der Landtagswahl kann, hinsichtlich der Zuwanderung zur SPD, eine Erhöhung der Eintrittswahrscheinlichkeit von 38 auf 72 Prozent identifiziert werden. Betrachtet man wiederum die Grenzen der Konfidenzintervalle, so kann auch hier noch immer eine Steigerung der Wahrscheinlichkeit um mindestens 48 Prozent des Ausgangswertes nachgewiesen werden. In beiden Fällen bleiben die Effekte in relevantem Ausmaß bestehen, sofern analog strukturierte Modelle aus der entgegengesetzten Perspektive spezifiziert werden, im Falle der CSU also die Zuwanderung und im Falle der SPD die Abwanderung betrachtet wird. Weiterhin zeigen die Ergebnisse, dass Personen, die auf Basis inhaltlicher Erwägungen wechseln, eine höhere, Frauen und Personen aus der Innenstadt hingegen eine geringere Wahrscheinlichkeit aufweisen, die Grünen zu verlassen. Dies gilt für beide Wahlen.

Politische Inhalte

Die folgenden Analysen widmen sich den politischen Inhalten und dem Einfluss explizit genannter Streitthemen auf die Eintrittswahrscheinlichkeit bestimmter Wechselbewegungen. Zunächst werden verschiedene Pull-Issues identifiziert und die Hypothesen 4.1 bis 4.3 überprüft. Eine weitere Analyse widmet sich den Push-Issues und der Prüfung von Hypothese 5.

Analyse der Pull-Issues

Entsprechend der Hypothesen 4.1 bis 4.3, wird überprüft, welche relevanten Issue-Effekte auf die Zuwanderungsbewegungen zu den Grünen, der FDP, sowie der SPD und der Linken identifiziert werden können. Dazu werden für jede der betrachteten Wahlen drei Regressionen spezifiziert, jeweils ein binomiales Modell für die Zuwanderung zu den Grünen und zur FDP und ein multinomiales Modell für die Zuwanderung zur SPD und der Linken. Es ergibt sich folgendes Bild:

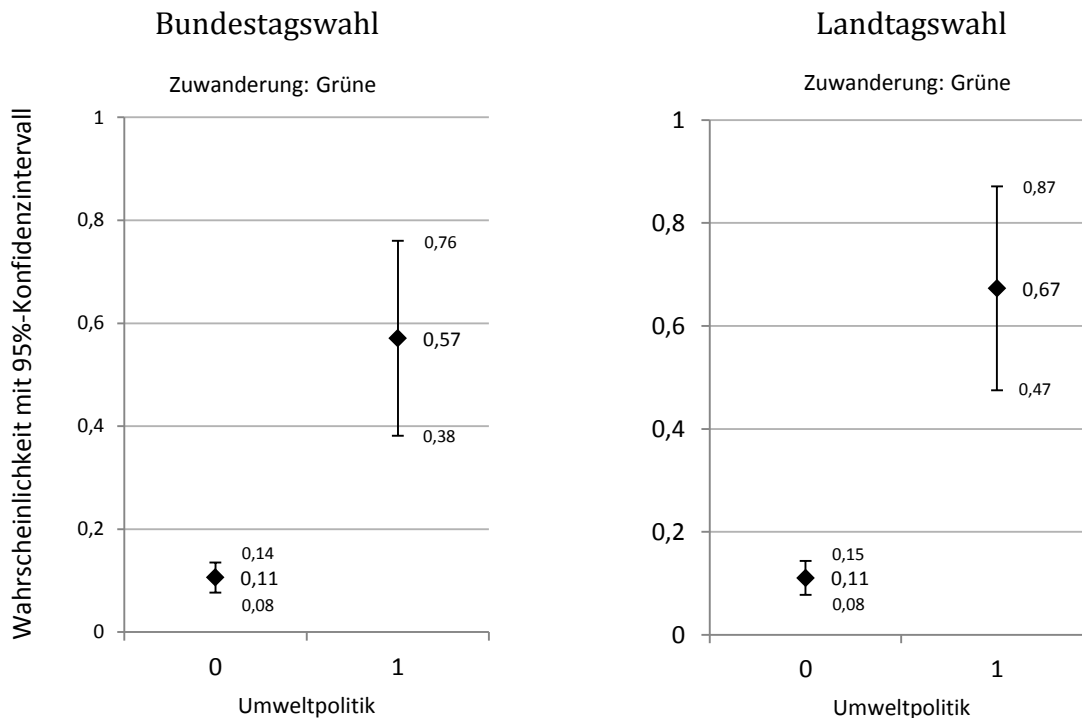
Tabelle 6.2.4: Pull-Issues

	Modellgruppe I: Bundestagswahl				Modellgruppe II: Landtagswahl			
	BNL 1	BNL 2	MNL 1		BNL 3	BNL 4	MNL 2	
	Zu Grüne	Zu FDP	Zu SPD	Zu Linke	Zu Grüne	Zu FDP	Zu SPD	Zu Linke
<i>Referenz:</i>	-	-	<i>Zu CSU, Grüne, FDP oder Sonstige</i>		-	-	<i>Zu CSU, Grüne, FDP oder Sonstige</i>	
Unzufriedenheit	0,01 (0,31)	-1,02* (0,61)	-0,06 (0,23)	-0,15 (0,33)	-0,43 (0,34)	-0,69 (0,45)	-0,05 (0,20)	0,32 (0,40)
Performance	-0,34 (0,27)	-0,69* (0,39)	0,12 (0,17)	-0,01 (0,25)	-0,26 (0,28)	-1,45*** (0,53)	-0,40** (0,18)	0,04 (0,38)
Personal Issues	0,26 (0,32)	-0,47 (0,53)	0,09 (0,24)	-0,63 (0,44)	-0,48 (0,34)	-0,38 (0,40)	1,41*** (0,19)	-0,29 (0,64)
<i>Europapolitik</i>	-	-	-2,04*** (0,73)	-	-	-	-	-
<i>Steuerpolitik</i>	-0,72 (0,62)	0,76 (0,46)	0,41 (0,31)	-0,93 (0,74)	-	0,68 (0,78)	0,24 (0,54)	-
<i>Sozialpolitik</i>	-	-0,49 (1,03)	1,86*** (0,48)	2,17*** (0,54)	-1,37 (1,10)	-	0,56 (0,59)	3,49*** (0,57)
<i>Umweltpolitik</i>	2,40*** (0,40)	-	-1,39* (0,74)	-	2,78*** (0,47)	-0,40 (1,04)	-2,53** (1,03)	-
<i>Sonstige Issues</i>	-0,59** (0,30)	-0,87* (0,44)	0,42** (0,17)	0,37 (0,24)	-0,06 (0,26)	-0,55 (0,36)	-0,10 (0,17)	-0,03 (0,39)
Wahltaktik	-0,07 (0,27)	0,72*** (0,27)	0,92*** (0,17)	0,18 (0,28)	-0,27 (0,29)	0,87*** (0,25)	0,64*** (0,17)	-0,19 (0,47)
Sonstige Gründe	-0,22 (0,44)	-0,10 (0,54)	-0,16 (0,31)	0,03 (0,40)	-0,20 (0,36)	-0,38 (0,45)	-0,16 (0,23)	-0,29 (0,56)
Konstante	-2,11*** (0,16)	-2,96*** (0,22)	-1,17*** (0,12)	-1,95*** (0,17)	-2,05*** (0,18)	-2,77*** (0,22)	-0,36*** (0,12)	-2,10*** (0,25)
Alter (zentriert)	-0,11*** (0,04)	-0,03 (0,05)	0,03 (0,02)	0,05 (0,04)	-0,06 (0,04)	0,12** (0,05)	-0,04* (0,02)	0,01 (0,06)
Geschlecht	-0,12 (0,17)	0,17 (0,21)	-0,02 (0,11)	0,12 (0,16)	-0,34** (0,17)	0,24 (0,20)	-0,26** (0,11)	-0,41* (0,25)
Cluster 2 (Außenraum)	-0,37** (0,18)	0,08 (0,22)	-0,21* (0,12)	-0,37** (0,18)	0,11 (0,18)	0,17 (0,21)	-0,41*** (0,11)	-1,29*** (0,31)
McPhadden R^2	0,05	0,04	0,04		0,05	0,06	0,07	
Prob > LR- χ^2	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	
Beobachtungen	1890	1889	1975		1662	1653	1682	

BNL = Binomiale logistische Regression; MNL = Multinomiale logistische Regression;
Standardfehler in Klammern; Signifikanzniveaus: * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$

Bei beiden Wahlen kann für Personen, die aus umweltpolitischen Gründen die Partei wechseln, eine höhere Wahrscheinlichkeit für einen Wechsel zu den Grünen, als zu einer anderen Partei identifiziert werden. Der Effekt ist jeweils von erheblicher Größe und eindeutig nachweisbar. Ein Blick auf die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten verdeutlicht dies:

Abbildung 6.2.10: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Zuwanderung zu den Grünen

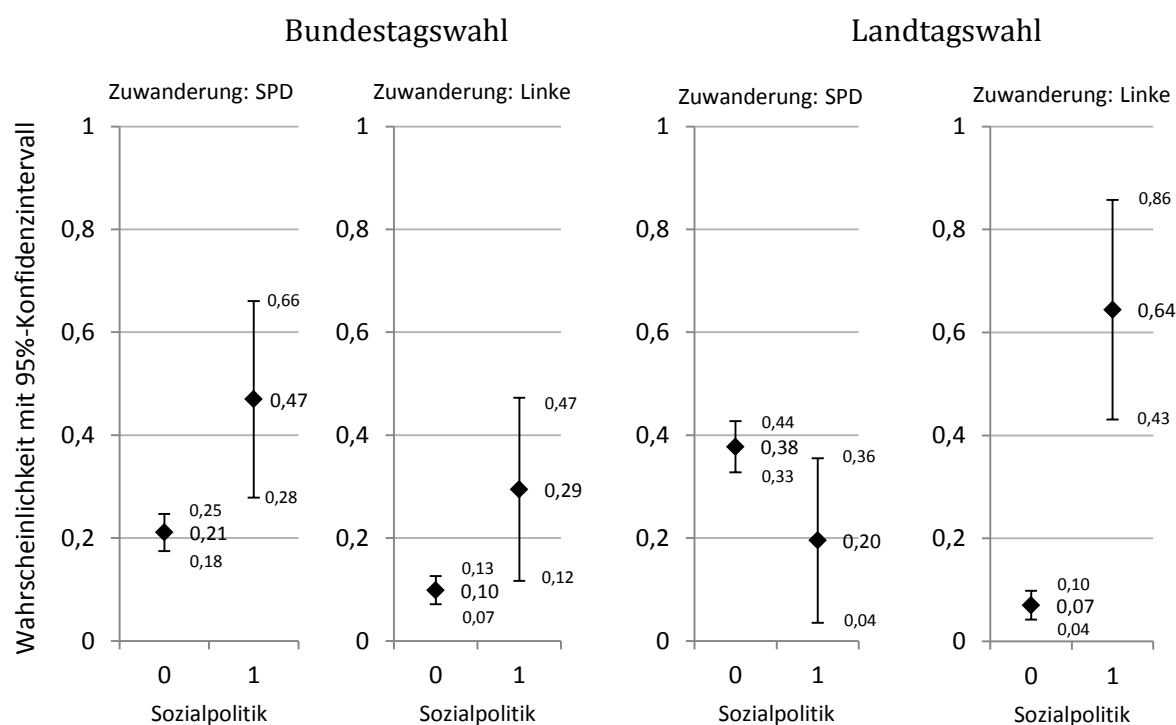


Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass eine Person einen Wechsel zu den Grünen vornimmt, erhöht sich bei der Bundestagswahl von 11 auf 57 Prozent und bei der Landtagswahl von 11 auf 67 Prozent, sofern ein umweltpolitisch motivierter Wechsel vorliegt. In beiden Fällen stellt dies etwa eine Steigerung um das Sechsfache des Ausgangswertes dar. Nimmt man hier den „pessimistischen Blick“ auf die Konfidenzintervalle ein und vergleicht die obere Intervall-Grenze der Ausgangswerte, mit der unteren Grenze der Effektberechnungen, so beträgt die Steigerung noch immer jeweils etwa das Dreifache des Ausgangswertes. Hypothese 4.1 kann somit eindeutig bestätigt werden: Umweltpolitik ist ein Pull-Issue für die Grünen.

Betrachtet man die steuerpolitisch motivierte Zuwanderung zur FDP, so kann bei keiner der beiden Wahlen ein eindeutiger Effekt auf die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Wechsels zur FDP nachgewiesen werden. Man mag hier anführen, dass dieses Ergebnis der zuvor bereits angesprochenen besonderen Krisensituation der FDP im Vorlauf der betrachteten Wahlen geschuldet sein könnte. Dies kann zwar nicht ausgeschlossen werden, da jedoch selbst die Punktschätzungen keinen Einfluss in relevanter Größe zeigen, kann hierzu anhand der vorliegenden Daten keine Aussage getroffen werden. Hypothese 4.2 wird somit abgelehnt: Steuerpolitik ist, zumindest im Wahljahr 2013, kein Pull-Issue für die FDP.

Für Personen, die bei der Bundestagswahl aufgrund von Sozialpolitik die Partei wechseln, kann sowohl hinsichtlich der SPD, als auch hinsichtlich der Linken eine höhere Wahrscheinlichkeit nachgewiesen werden, dass sich die Person, anstatt für eine der Referenzparteien, für die jeweilige Partei entscheidet. Bei der Landtagswahl gilt dies nur für die Zuwanderung zur Linken. Angesichts der Kandidatur von Christian Ude und dem bereits in Tabelle 6.2.3 und auch hier deutlich erkennbaren positiven Kandidaten-Effekt auf die Zuwanderung zur SPD, ist bei der Analyse der Landtagswahl von einer deutlich erhöhten Kandidatenorientierung der SPD-Wähler auszugehen. In der Folge erscheint es deshalb plausibel, dass der Einfluss der Sozialpolitik bei dieser Wahl ungewöhnlich gering ausfällt. Hinzu kommt, dass Christian Ude, insbesondere in der hier betrachteten Region, weniger ein dezidiert sozialpolitisches, als vielmehr ein pragmatisches und politisch „vernünftiges“ Profil zugeschrieben wird. In Summe kann hier durchaus ein wahlspezifischer Effekt unterstellt werden. Betrachtet man die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, so wird der Ausnahme-Status der Zuwanderung zur SPD bei der Landtagswahl deutlich:

Abbildung 6.2.11: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Zuwanderung zu SPD und Linke



Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass eine Person einen Wechsel zur Linken vornimmt, erhöht sich bei der Bundestagswahl von 10 auf 29 Prozent und bei der Landtagswahl von 7 auf 64 Prozent, sofern ein sozialpolitisch motivierter Wechsel vorliegt. Hinsichtlich der SPD kann ein vergleichbarer Anstieg lediglich bei der Bundestagswahl gemessen werden. Bei der Landtagswahl kommt es hinsichtlich sozialpolitisch motivierter Wechsel sogar zu einer Senkung der Eintrittswahrscheinlichkeit, von 38 auf 20 Prozent. Betrachtet man die Grenzen der Konfidenzintervalle, wird zwar deutlich, dass eine Senkung, insbesondere in diesem Ausmaß,

keineswegs eindeutig nachgewiesen werden kann, im Kontrast zu der enormen Erhöhung der Zuwanderungswahrscheinlichkeit zur Linken erscheint sie jedoch durchaus plausibel. Aus zuvor angesprochenen Gründen scheint sich bei der Landtagswahl eine ungewöhnlich große Mehrheit der Personen, die aus sozialpolitischen Gründen gewechselt sind, für die Linke entschieden zu haben, während Personen, die zur SPD gewechselt sind, dies offenbar in ungewöhnlich vielen Fällen aus anderen Gründen getan haben, beispielsweise aufgrund des Kandidaten Christian Ude. Bei der Landtagswahl würde somit der Effekt sozialpolitischer Wechselmotive auf die Zuwanderung zur Linken überschätzt, während es bei der SPD zu einer Unterschätzung käme. Angesichts dessen, erscheinen die Erhöhungen bei der Bundestagswahl, um das Doppelte des Ausgangswertes im Falle der SPD und um das Dreifache im Falle der Linken, ein weitgehend realistisches Bild abzugeben. Betrachtet man hier jedoch die Grenzen der Konfidenzintervalle, so kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Effekte in Wahrheit auf ein nicht relevantes Minimum beschränken. Alles in allem sind die vorliegenden Messungen wenig eindeutig, zeigen jedoch eine durchgehende und plausible Tendenz. Hypothese 4.3 kann somit nicht vollständig bewiesen werden, jedoch können wichtige Hinweise gefunden werden, dass Sozialpolitik tatsächlich ein Pull-Issue für die SPD und die Linke darstellt. Um an dieser Stelle jedoch Aussagen mit größerer Sicherheit treffen zu können, sind weitere Untersuchungen notwendig. Darüber hinaus lässt sich festhalten: Personen, die bei der Bundestagswahl aufgrund europapolitischer Erwägungen zu einer Partei wechseln, entscheiden sich mit geringerer Wahrscheinlichkeit für die SPD. Bei Personen, die aus umweltpolitischen Gründen zu einer Partei wechseln, gilt dies gar für beiden Wahlen. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die SPD nachteilige Effekte aus der umweltpolitisch motivierten Zuwanderungsbewegung zu den Grünen verzeichnet (mehr hierzu in der folgenden Analyse).

Analyse der Push-Issues

Eine abschließende Analyse widmet sich Hypothese 5 und der Untersuchung, welche relevanten Issue-Effekte auf die Abwanderungsbewegungen von der SPD, sowie von den Grünen identifiziert werden können. Dazu werden insgesamt zwei Regressionen spezifiziert, jeweils ein Modell für jede der betrachteten Wahlen. Es ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 6.2.5: Push-Issues

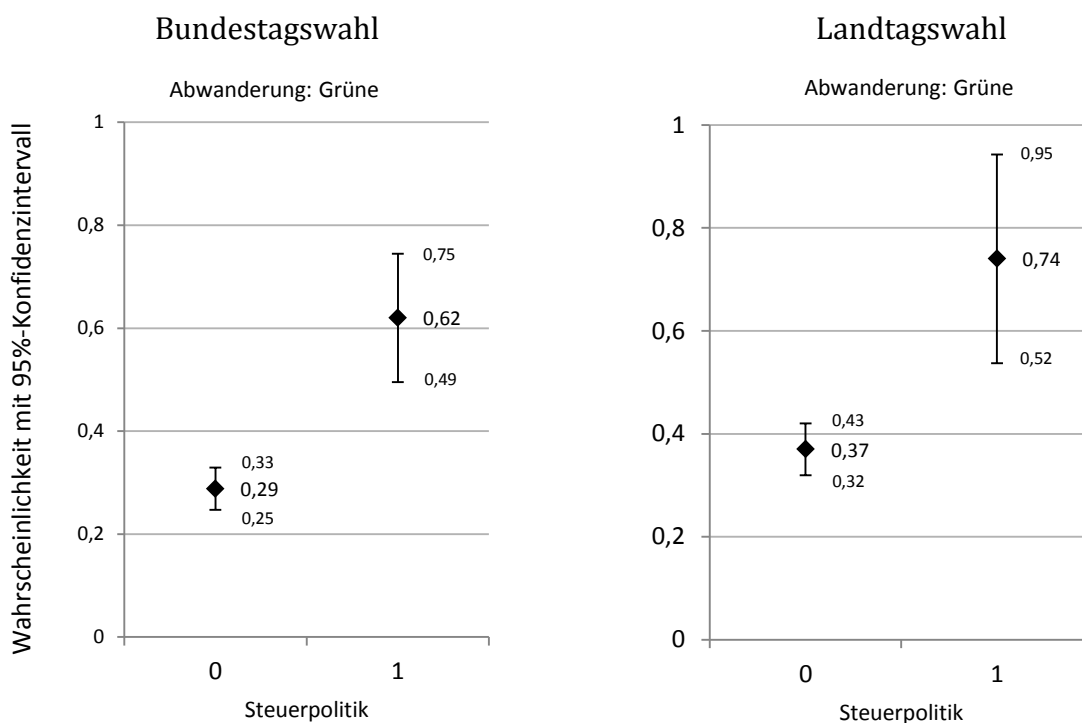
	Modellgruppe I: Bundestagswahl		Modellgruppe II: Landtagswahl	
	MNL 1		MNL 2	
	Exit SPD	Exit Grüne	Exit SPD	Exit Grüne
Referenz:	Zu CSU, FDP, Linke oder Sonstige		Zu CSU, FDP, Linke oder Sonstige	
Unzufriedenheit	0,07 (0,24)	-0,16 (0,23)	-0,13 (0,25)	-0,35 (0,22)
Performance	-0,50 ^{**} (0,21)	-0,19 (0,18)	-0,25 (0,22)	-0,61 ^{***} (0,20)
Personal Issues	0,94 ^{***} (0,24)	0,51 ^{**} (0,24)	0,15 (0,28)	1,06 ^{***} (0,20)
Europapolitik	-0,40 (0,39)	-0,57 (0,39)	0,93 (0,93)	-
Steuerpolitik	2,23 ^{***} (0,48)	2,62 ^{***} (0,45)	1,49 (0,92)	2,27 ^{***} (0,79)
Sozialpolitik	0,66 (0,54)	1,21 ^{***} (0,45)	1,02 [*] (0,55)	0,97 [*] (0,51)
Umweltpolitik	0,92 ^{**} (0,44)	0,27 (0,49)	1,18 ^{**} (0,47)	-1,07 (0,79)
Sonstige Issues	0,28 (0,20)	0,70 ^{***} (0,17)	0,64 ^{***} (0,21)	0,78 ^{***} (0,18)
Wahltaktik	-0,39 (0,24)	0,65 ^{***} (0,17)	-0,57 ^{**} (0,27)	0,51 ^{***} (0,18)
Sonstige Gründe	0,19 (0,31)	0,14 (0,29)	0,56 ^{**} (0,26)	0,37 (0,24)
Konstante	-0,87 ^{***} (0,12)	-0,55 ^{***} (0,11)	-0,78 ^{***} (0,15)	-0,14 (0,12)
Alter (zentriert)	0,08 ^{***} (0,03)	0,06 ^{**} (0,02)	0,09 ^{***} (0,03)	-0,01 (0,03)
Geschlecht	-0,19 (0,12)	-0,34 ^{***} (0,11)	-0,40 ^{***} (0,14)	-0,54 ^{***} (0,12)
Cluster 2 (Außenraum)	-0,41 ^{***} (0,13)	-0,46 ^{***} (0,12)	-0,28 ^{**} (0,14)	-0,60 ^{***} (0,12)
McPhadden R^2	0,04		0,06	
Prob > LR- χ^2	0,00		0,00	
Beobachtungen	1975		1682	

BNL = Binomiale logistische Regression; MNL = Multinomiale logistische Regression;

Standardfehler in Klammern; Signifikanzniveaus: * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$

Für Personen, die aufgrund von Steuerpolitik die Partei wechseln, kann bei beiden Wahlen eine höhere Wahrscheinlichkeit festgestellt werden, dass die Person, anstatt von einer der Referenzparteien, von den Grünen abwandert. Für die SPD gilt dies nur bei der Bundestagswahl, jedoch zeigen die Schätzungen auch hier keinen eindeutig positiven Effekt auf die Steigerung der Eintrittswahrscheinlichkeiten. Hinsichtlich der SPD kann Hypothese 5 somit nicht bestätigt werden. Betrachtet man die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die Abwanderung von den Grünen, ergibt sich jedoch ein anderes Bild:

Abbildung 6.2.12: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Abwanderung von den Grünen



Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass eine Person die Grünen verlässt, erhöht sich bei der Bundestagswahl von 29 auf 62 Prozent und bei der Landtagswahl von 37 auf 74 Prozent, sofern ein steuerpolitisch motivierter Wechsel vorlag. In beiden Fällen stellt die Steigerung der Punktschätzungen in etwa eine Verdoppelung der Ausgangswahrscheinlichkeit dar. Betrachtet man die Grenzen der Konfidenzintervalle, kann im Falle der Bundestagswahl noch immer eine Mindeststeigerung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit um 48 Prozent und im Falle der Landtagswahl um 21 Prozent nachgewiesen werden. Angesichts der hohen medialen Präsenz und der überwiegend negativen Resonanz der Steuerpläne der Grünen im Vorlauf beider Wahlen, ist hier jedoch ein wahlspezifischer Effekt nicht auszuschließen. Bei der Interpretation des vorliegenden Ergebnisses muss somit die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass der festgestellte Effekt in den vorliegenden Daten überschätzt wird. Die Tatsache, dass für die SPD kein nachweisbarer steuerpolitischer Einfluss gezeigt werden konnte, spricht ebenfalls für diese Überschätzung, im Umkehrschluss jedoch auch für eine Unterschätzung im Falle der SPD. So

wäre es durchaus vorstellbar, dass im Wahljahr 2013 überdurchschnittlich viele Wähler, die aus steuerpolitischen Gründen gewechselt sind, die Grünen verlassen haben. Der „wahre Effekt“ läge somit zwischen den beiden hier gewonnenen Ergebnissen. Um in dieser Hinsicht jedoch zu größerer Klarheit zu gelangen, sind weitere Untersuchungen außerhalb des hier betrachteten Zeitraumes notwendig. Hypothese 5 kann somit lediglich für die Grünen und im Rahmen des vorliegenden Kontextes bestätigt werden, hier jedoch eindeutig: Steuerpolitik war im Wahljahr 2013 ein Push-Issue für die Grünen.

Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass Personen, die bei der Bundestagswahl aus sozialpolitischen Gründen die Partei wechseln, mit höherer Wahrscheinlichkeit die Grünen verlassen und Personen, die aus umweltpolitischen Gründen wechseln, mit höherer Wahrscheinlichkeit die SPD verlassen. Bei der Landtagswahl gilt, zumindest auf dem Fünf-Prozentniveau, nur zweiteres. Da es sich hierbei um die zuvor identifizierten, beziehungsweise im Falle der Sozialpolitik zumindest vermuteten Pull-Issues des jeweiligen Lager-Genossen handelt, kann angesichts dieser Ergebnisse davon ausgegangen werden, dass ein großer Anteil sozial- und umweltpolitisch motivierter Wechsel innerhalb des rot-grünen Lagers stattfindet. Das Pull-Issue der einen Partei wird dadurch zum potenziellen Push-Issue der anderen, wenn auch hinsichtlich der hier identifizierten Signifikanzen keine relevanten Veränderungen der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeiten nachgewiesen werden können. Da sich die beiden Parteien programmatisch vergleichsweise nahe stehen, ist davon auszugehen, dass die Motivation der hier betroffenen Wechselwähler weniger in der Abwanderung, als in der Zuwanderung begründet liegt. Eine Abwanderungsbewegung aus Unzufriedenheit mit der sozial- oder umweltpolitischen Ausrichtung einer der beiden Parteien, würde vermutlich eher aus dem rot-grünen Lager insgesamt hinausführen, während ein beispielsweise umweltpolitisch motivierter Wechsel von der SPD zu den Grünen problemlos als grundsätzliche Zufriedenheit mit beiden Parteien und dem Wunsch, den politischen Fokus stärker auf die Umweltpolitik legen zu wollen, verstanden werden kann. Hinsichtlich der hier festgestellten Effekte ist somit davon auszugehen, dass es sich hauptsächlich um negative Kollateralschäden der Zuwanderungsbewegungen hin zur Partnerpartei handelt.

Weiterhin zeigen die Ergebnisse, dass Personen, die bei der Bundestagswahl aus steuerpolitischen Gründen die Partei wechseln, eine geringere Wahrscheinlichkeit haben, die CSU zu verlassen und Personen im Außenraum der Stadt bei beiden Wahlen mit geringerer Wahrscheinlichkeit die SPD oder die Grünen verlassen.

6.3 Robustheit der Analysen

Alle hier vorgestellten Ergebnisse basieren auf Berechnungen von vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten. Diese werden stets auf dem auf 95-Prozentniveau ermittelt, sodass alle Aussagen über die Bestätigung oder Ablehnung der jeweiligen Hypothesen ebenfalls mit einer Sicherheit

von 95 Prozent getroffen werden. Die Irrtumswahrscheinlichkeit der zentralen Ergebnisse liegt somit bei fünf Prozent.

Hinsichtlich der Modellgüte der vorliegenden Regressionen, kann zunächst in allen relevanten Fällen die Nullhypothese abgelehnt werden, dass keine der erklärenden Variablen einen Einfluss auf die abhängige Variable ausübt³². In jedem Modell übt somit mindestens einer der spezifizierten Einflussfaktoren einen signifikanten Effekt auf die Eintrittswahrscheinlichkeit der untersuchten Wechselbewegung aus. Da die überwiegende Mehrheit der Befragten nur einen Grund für ihren Wechsel angegeben hat, schließen sich die Grund-Variablen gegenseitig weitgehend aus und müssen in ihrer Gesamtheit approximativ als eine nominale kategoriale Variable betrachtet werden. Die Effekte der Grund-Variablen können bei der Berechnung der Regressionen folglich in den meisten Fällen nicht kombiniert werden, sodass keines der spezifizierten Modelle Vorhersagen mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit treffen kann. Dies ist im Rahmen logistischer Regressionsanalysen durchaus unüblich, streben diese doch in der Regel solche Vorhersagen an. Betrachtet man exemplarisch einige Klassifikationstabellen, hier am Beispiel der binomialen Regressionen zur Erklärung von kleinen Wechseln (siehe Tabelle 6.2.1), so wird dies schnell deutlich.

³² $\text{Prob} > \text{LR-}\chi^2$ liegt bei allen relevanten Betrachtungen bei 0,00. Eine Ausnahme bilden die großen Wechsel bei der Landtagswahl ($\text{Prob} > \text{LR-}\chi^2=0,01$), sowie die Einsteiger-Wechsel bei Bundes- ($\text{Prob} > \text{LR-}\chi^2=0,01$) und Landtagswahl ($\text{Prob} > \text{LR-}\chi^2=0,26$). Von diesen Modellen werden jedoch keine weiterführenden Schlussfolgerungen abgeleitet.

Tabelle 6.3: Exemplarische Klassifikationstabellen

Bundestagswahl					Landtagswahl				
<i>Kleiner Wechsel vollzogen</i>					<i>Kleiner Wechsel vollzogen</i>				
		Wahrheit		Total			Wahrheit		Total
		Ja	Nein				Ja	Nein	
Klassifikation	Ja	181	128	309	Klassifikation	Ja	199	149	348
	Nein	579	1087	1666		Nein	471	863	1334
	Total	760	1215	1975		Total	670	1012	1682
<i>Anteile korrekt vorhergesagter Wahrheiten</i>					<i>Anteile korrekt vorhergesagter Wahrheiten</i>				
Kleiner Wechsel				23,8 %	Kleiner Wechsel				29,7 %
Kein kleiner Wechsel				89,5 %	Kein kleiner Wechsel				85,3 %
Insgesamt				64,2 %	Insgesamt				63,1 %

Bezug: Binomiale logistische Regression zur Erklärung kleiner Wechsel (s. Tabelle 6.2.1);

Klassifikation „ja“ wenn vorausgesagte Eintrittswahrscheinlichkeit $> 0,5$

Zwar werden insgesamt jeweils knapp zwei Drittel der Fälle korrekt klassifiziert, jedoch liegt der Anteil der richtig vorhergesagten „Erfolge“, also tatsächlich eingetretener kleiner Wechsel, lediglich bei 23,8, beziehungsweise 29,7 Prozent. Die niedrigen Werte dieser so genannten *Sensitivitätsrate* zeigt, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit, einen kleinen Wechsel vorzunehmen, für die Mehrheit der Personen, die einen solchen Wechsel tatsächlich vollzogen haben, innerhalb des spezifizierten Modells unter 50 Prozent liegt. Dies gilt für alle vorliegenden Regressionen, da die verfügbaren unabhängigen Variablen durchgehend wenige sind und deshalb keine ausreichende Erklärungskraft besitzen, um Aussagen mit einer Sicherheit von über 50 Prozent zu treffen.

Das häufig verwendete McFadden R^2 -Gütemaß zeugt ebenfalls von der zugrundeliegenden Struktur der Daten und der Tatsache, dass, betrachtet man die einzelnen Gründe approximativ als eine kategoriale Variable, in allen Modellen jeweils nur vier unabhängige Variablen berücksichtigt werden. Wie erwartet liegen die Werte zwischen 0,01 und 0,07 (siehe Tabellen 6.2.1 bis 6.2.5), fallen also durchgehend sehr niedrig aus und beweisen einmal mehr, dass sich die Effekte der Grund-Variablen in den meisten Fällen nicht kombinieren und die berücksichtigten unabhängigen Variablen deshalb die abhängige Variable insgesamt nicht besonders gut erklären können.

Obwohl im Rahmen der verwendeten Daten keine Vorhersagen mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit möglich sind, schmälert dies keineswegs die Validität der hier gewonnenen und präsentierten Ergebnisse. Die getroffenen Aussagen beziehen sich allesamt auf bestimmte *Veränderungen von Wahrscheinlichkeiten* und dadurch nachweisbare relevante Tendenzen. Wenn sich beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person bei der Bundestagswahl zur SPD wechselt, von 22 auf 41 Prozent erhöht, sofern diese Person ein wahltaktisches Wechselmotiv angegeben hat (siehe Abbildung 6.2.5), so ist dies ein genuin nachweisbarer und relevanter Effekt. Eine hypothetische Person jedoch, die bei der Bundestagswahl aus wahltaktischen Gründen zur SPD gewechselt hat und hinsichtlich der restlichen unabhängigen Variablen der Konstanthaltung entspricht (also weiblich ist, ein mittleres Alter hat und im Innenraum der Stadt gewählt hat), würde dennoch falsch klassifiziert, da die Eintrittswahrscheinlichkeit unter 50 Prozent läge. Zusammenfassend zeigen die hier vorgestellten Analysen vor allem eines: Die verfügbaren unabhängigen Variablen reichen zwar nicht aus, um das Wechselverhalten in seiner Gesamtheit zufriedenstellend zu erklären, jedoch liefern insbesondere die genannten Gründe der Befragten einen erheblichen Beitrag dazu. Während im Falle des eben beschriebenen Effektes wahltaktischer Erwägungen auf die Zuwanderung zur SPD etwa 20 Prozent der Eintrittswahrscheinlichkeit auf die Nennung des Grundes entfallen, sind es beispielsweise hinsichtlich umweltpolitischer Erwägungen bei der Zuwanderung zu den Grünen auf Landesebene über 50 Prozent (siehe Abbildung 6.2.9). Alleine die angegebenen Motive können somit zu 20 bis 50 Prozent erklären, welche der betrachteten Wechselbewegungen eine Person genau vollziehen wird. In folgenden Forschungsprojekten würde es sich deshalb anbieten, diese erhebliche Erklärungskraft der persönlichen Motive zu nutzen und darüber hinaus weitere unabhängige Variablen auf Individual-ebene zu erheben, um die Erklärungskraft der Modelle noch zu verbessern. Hier könnte auf bereits existierende Untersuchungen zurückgegriffen werden und etwa die Parteiidentifikation, bestimmte Kompetenzzuweisungen, das Einkommen oder der Bildungsstand erfragt werden.

7 Diskussion

Im abschließenden Teil der Arbeit werden zunächst die Ergebnisse der Analyse zusammengefasst und theoretisch eingeordnet. Es folgt ein Fazit, sowie eine kritische Evaluation der verfolgten Herangehensweise und ein Ausblick auf weitere Forschungsperspektiven.

7.1 Zusammenfassung und theoretische Einordnung

Die theoretische Einordnung erfolgt direkt ergebnisbezogen und in der Reihenfolge der Analyse. Wie bereits erläutert wurde, liegt der Interpretation der Ergebnisse die Annahme zugrunde, dass die Begründungen für Parteiwechsel bei Landtags- und Bundestagswahlen weitgehend gleich strukturiert sind und somit anhand der vorliegenden Untersuchung allgemeingültige Re-

geln für Wahlen auf Bundes- und Landesebene in Kerngebieten westdeutscher Metropolregionen identifiziert werden können.

Allgemeine Wechselbewegungen

Die vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, dass wahltaktische Erwägungen und personelle Gründe zentrale Motivationen zur Erklärung von Wechselbewegungen innerhalb der beiden Koalitionslager darstellen. Diese Erkenntnis bringt ein wenig mehr Licht in diese, bisher wenig erforschte Art des Wechselverhaltens. Insbesondere hinsichtlich wahltaktischer Erwägungen liegt die Vermutung einer unmittelbaren Verbindung zu kleinen Wechseln schon länger nahe (vgl. Schoen 2000a: 702), ein empirischer Nachweis fehlte jedoch bisher. Hinsichtlich personeller Erwägungen sprechen die vorliegenden Erkenntnisse zwar für einen nachweisbaren Einfluss von Kandidaten auf die Wahlentscheidung, jedoch wesentlich stärker im Sinne einer mehrheitlich zweitrangigen Orientierung innerhalb eines abgegrenzten ideologischen und inhaltlichen Rahmens (vgl. Falter / Römmele 2002), etwa innerhalb eines Koalitionslagers, als im Sinne einer fundamentalen Personalisierungsthese, die den Kandidaten als primären Orientierungspunkt über einen solchen Rahmen hinaus betrachten würde (vgl. etwa Mair 2008).

Hinsichtlich der Aussteiger-Wechsel wurde deutlich, dass Politikverdrossenheit und, seit der vorangegangenen Wahl entstandene, fundamentale ideologische Inkompatibilitäten zentrale Gründe für die Erklärung dieser Art der Wechselwahl darstellen. Politische Inhalte spielen in diesem Kontext ebenfalls eine wichtige Rolle, wenn auch der festgestellte Effekt weniger deutlich ausfällt. Dies ist konsistent mit der zuvor angeführten Priorität inhaltlicher und ideologischer Aspekte bei der Wahlentscheidung. Bestehen hier maßgebliche Konflikte mit der Ausgangspartei, so können diese in der Regel nicht mit einem Wechsel innerhalb des Koalitionslagers gelöst werden. In der Konsequenz wird mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit ein Aussteiger-Wechsel vollzogen. Da in der vorliegenden Analyse nicht zwischen erheblichen und weniger erheblichen inhaltlichen Differenzen unterschieden werden kann, erscheint der vergleichsweise geringere Effekt inhaltlicher Erwägungen auf die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Aussteiger-Wechsels als logische Konsequenz, ist doch im Falle einer leichten Prioritätsverschiebung, etwa von Sozial- zu Umweltpolitik, ein kleiner Wechsel, etwa innerhalb des rot-grünen Lagers, durchaus wahrscheinlich. Äußert sich die Unzufriedenheit eines Wählers hingegen in Politikverdrossenheit, so sieht die Person den zuvor gesetzten inhaltlich-ideologischen Rahmen von allen, oder zumindest von allen etablierten Parteien missachtet und wird in der Regel einen Aussteiger-Wechsel vornehmen.

Fokus: Wahltaktik

Im Kontext der allgemeinen Wechselbewegungen konnten bereits deutliche Hinweise gefunden werden, dass wahltaktische Erwägungen einen zentralen Faktor zur Erklärung von Wechselbewegungen innerhalb eines politischen Lagers darstellen. Eine fokussierte Betrachtung derselben

konnte darüber hinaus tiefere Einblicke liefern, welche konkreten Wechselbewegungen in der Regel aus wahltaktischen Gründen vollzogen werden und welche nicht. Es wurde deutlich, dass es innerhalb eines Lagers, je nach Einschätzung der Stärkeverhältnisse vor der jeweiligen Wahl, eine klare Richtung gibt, die aus wahltaktischer Perspektive verfolgt wird. Wird Lager A im Vergleich zu Lager B schwächer eingeschätzt, so wird mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit ein Wechsel zur größeren Partei vollzogen, um im Falle einer Niederlage des präferierten Lagers zumindest eine große Koalition zu ermöglichen. Im umgekehrten Fall, wird also Lager A stärker eingeschätzt als Lager B, so weisen die Ergebnisse darauf hin, dass in der Regel ein Wechsel zur kleineren Partei vorgenommen wird, um das Zustandekommen der Wunschkoalition zu unterstützen. Im Rahmen der betrachteten Wahlen äußerte sich dies in wahltaktisch motivierter Abwanderung von den Grünen und der CSU, sowie in Zuwanderung zur SPD und zur FDP. Während der „Wasted Vote“-Effekt auf SPD und Grüne in zufriedenstellendem Maße nachgewiesen werden konnte, waren die Anzeichen des „Coalition Insurance“-Effekts auf CSU und FDP weniger eindeutig. Angesichts der besonderen Situation der FDP, die in den Umfragen vor den Wahlen stets knapp unter der Fünfprozentmarke gelegen war und letztlich bei beiden Wahlen den Einzug in das Parlament verpasste, deuten die vorliegenden Ergebnisse darauf hin, dass in derart gelagerten Situationen zusätzliche wahltaktische Effekte greifen. Sowohl für Zuwanderung zum Zwecke der Sicherung der Parlamentsbeteiligung, als auch für Abwanderung zum Zwecke der Nichtverschwendung der eigenen Stimme konnten Hinweise gefunden werden. Da die verschiedenen Effekte jedoch nicht differenziert werden konnten, ist ein detaillierterer Nachweis derselben in der vorliegenden Untersuchung nicht möglich.

Fokus: Politische Inhalte

Bereits in Kapitel 6.1 konnte gezeigt werden, dass die meisten Nennungen von Wechselmotiven auf politische Inhalte bezogen waren und damit ein unbestreitbar zentraler Einfluss inhaltlicher Erwägungen auf die Wechselentscheidung besteht. Während die Analyse der allgemeinen Wechselbewegungen ergab, dass inhaltliche Erwägungen im Allgemeinen einen wichtigen Faktor zur Erklärung von Aussteiger-Wechseln darstellen, wurde bei der Analyse einzelner Themenbereiche deutlich, dass auf einige bestimmte inhaltliche Überlegungen mit erhöhter Wahrscheinlichkeit eine ganz konkrete Wechselbewegung folgt. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen von Merz und Hofrichter (2013) konnte gezeigt werden, dass Personen, die aus umweltpolitischen Gründen die Partei wechseln, in der Regel einen Wechsel zu den Grünen vornehmen werden während Personen, die aus sozialpolitischen Gründen wechseln, in der Regel der SPD oder der Linken zuwandern. Zwar liegt der Anteil inhaltlich motivierter Zuwanderung bei allen im Parlament vertretenen Parteien weitgehend gleichauf – bei etwa 20 Prozent – jedoch kann deutlich gezeigt werden, dass einzelne Themenbereiche unterschiedlich stark auf die verschiedenen Parteien wirken (vgl. Kriesi / Sciarini 2004). Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, in aller Deutlich-

keit für die Grünen, sowie mit weitgehender Sicherheit für die SPD und die Linke, die Existenz eines spezifischen Themas, von dessen Präsenz bei der Wahlentscheidung, die jeweilige Partei weit überdurchschnittlich profitiert, während andere Parteien solche spezifischen Issue-Effekte nicht verzeichnen können. Entgegen den Ergebnissen von Kriesi und Sciarini (2004) handelt es sich hierbei jedoch nicht um die beiden Extreme des politischen Spektrums, sondern, mit der SPD, den Grünen und der Linken, um alle im Parlament vertretenen Parteien, die von der Mitte aus links eingeordnet werden³³. Ausgehend von den vorliegenden Ergebnissen wäre somit zu erwarten, dass sich insbesondere diese drei Parteien bemühen werden, ihr jeweiliges Pull-Issue im Vorlauf einer Wahl möglichst öffentlichkeitswirksam auf die Tagesordnung zu setzen, während die Parteien des bürgerlichen Lagers versuchen werden, weniger ins Detail zu gehen und anstatt einzelner Themenbereiche, eher ihre grundlegende inhaltliche und ideologische Ausrichtung, ihre bisherige Leistung oder einzelne Kandidaten in den Vordergrund zu rücken.

Wahlspezifische Besonderheiten

Über diese, direkt auf die Hypothesen bezogenen und damit innerhalb des angelegten Bezugsrahmens allgemeingültigen Erkenntnisse hinaus, konnten einige interessante Eigenheiten der betrachteten Wahlen herausgestellt werden. Wie bereits im Vorfeld der Analyse vermutet, war bei der Landtagswahl ein deutlicher Personal-Effekt durch Christian Ude zu erkennen. Ein ähnlicher Effekt wurde auch für Angela Merkel bei der Bundestagswahl nachgewiesen. Peer Steinbrück und Horst Seehofer konnten als Spitzenkandidaten keine positiven Effekte verzeichnen, jedoch war auch kein negativer Einfluss zu erkennen. Weiterhin zeigte die Analyse leistungsorientierter Wechselwähler, dass die FDP im Wahljahr 2013 durch die negative Evaluation ihrer Performanz eine deutliche Erhöhung ihrer Abwanderungswahrscheinlichkeit hinnehmen musste. Die vieldiskutierte Steuerpolitik der Grünen zeigte ebenfalls eine nachweisbare Wirkung: Bei beiden Wahlen hatten die Grünen eine deutliche Steigerung ihrer Abwanderungswahrscheinlichkeit zu verzeichnen, sofern eine Person ihren Wechsel steuerpolitisch begründete.

7.2 Fazit

Die vorliegenden Ergebnisse bestärken die Vermutung, dass Wechselwähler keine klar eingrenzbar Gruppe darstellen und sogar eine große Mehrheit der Bevölkerung aus potenziellen Wechselwählern besteht. Die genannten Gründe für die einzelnen Wechselentscheidungen fallen insgesamt sehr unterschiedlich aus, beweisen jedoch in den meisten Fällen eine klare gedankliche Abwägung im Sinne einer aktiven Entscheidungsfindung. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wechselwähler in Kerngebieten westdeutscher Metropolregionen nicht weiter davon entfernt

³³ In den Umfragen der GLES (s. bereits Anmerkung 9) erreichten die Parteien auf der Links-Rechts-Skala von 1 (links) bis 11 (rechts) folgende durchschnittliche Werte: CSU: 7,86; CDU: 7,12; AfD: 6,90; FDP: 6,83; SPD: 4,68; Piraten: 4,57; Grüne: 4,30; Linke: 2,17.

sein könnten, ihre Parteiwechsel auf Basis politischer Orientierungslosigkeit vorzunehmen. Es konnte, im Gegenteil, deutlich gezeigt werden, dass sowohl die inhaltlichen und personellen Faktoren des sozialpsychologischen Ansatzes, als auch die strategischen und leistungsevaluativen Faktoren der rationalistischen Erklärungsmodelle wesentlich zur Erklärung des Wechselverhaltens beitragen³⁴. Die Wahlentscheidung der Wechselwähler kann somit durchaus mehrheitlich mit den bekannten Komponenten dieser beiden Theorien erklärt werden und scheint einer bewussten Abwägung dieser verschiedenen Faktoren zu folgen. Demokratietheoretisch bedeutet dieses Verhalten eine wichtige Bereicherung, da eine unmittelbare demokratische Kontrolle ausgeübt wird, indem politische Parteien, ihre Leistungen, ihre Handlungen und grundlegenden Herangehensweisen, sowie einzelne Kandidaten offenbar sorgfältig evaluiert werden und die Ergebnisse dieser Evaluationen als zentrale Faktoren in die Entscheidungsfindung für oder gegen einen Parteiwechsel mit einfließen³⁵.

Es wird weiterhin deutlich, dass bei der Betrachtung von Wechselwählern stark zwischen den konkreten Arten der Bewegungsmuster differenziert werden muss. Hinsichtlich der allgemeinen Wechselbewegungen deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Wähler zunächst einen inhaltlich-ideologischen Rahmen bilden, innerhalb dessen sie sich für eine Partei entscheiden. Nur wenn dieser Rahmen seit der vorangegangenen Wahl grundlegend verändert worden ist, kommt ein großer oder ein Aussteiger-Wechsel über Lagergrenzen hinweg in Frage. Ist dies nicht der Fall, so bestimmen wahltaktische und personelle Erwägungen darüber, ob die Person keinen, oder einen kleinen Wechsel zur Partnerpartei innerhalb des Ausgangslagers vornimmt. Eine Ausnahme besteht, sofern die Wahrnehmung einer Person durch Politikverdrossenheit geprägt wird. In diesem Falle ist davon auszugehen, dass die Person ihren inhaltlich-ideologischen Rah-

³⁴ Dies gilt unter der Voraussetzung, dass die berücksichtigten Personen für alle Wechselwähler in der Metropolregion München repräsentativ sind und beispielsweise auch kein Selektions-Bias – etwa hinsichtlich politischer Interessiertheit – besteht, wodurch die Personen, die keinen Grund angegeben oder nicht teilgenommen haben, auf Basis grundlegend anderer Motive – etwa Orientierungslosigkeit – gewechselt sind. Mehr hierzu in Kapitel 7.3.

³⁵ Auch diese Aussage gilt selbstverständlich nur unter der Voraussetzung aus Anmerkung 34. Darüber hinaus wird hier angenommen, dass eine „echte“ Entscheidungsfindung stattfindet. Colin Crouch (2013) etwa würde diese Annahme kritisieren, sieht er doch die politische Meinungsbildung zunehmend durch einen medialen Wettbewerb geprägt, in dessen Rahmen professionelle PR-Experten die öffentlichen Debatten kontrollieren. Die Ergebnisse von Hill und Kriesi (2001a, 2001b) würden eine solche Kritik weitgehend bestärken, stellen sie doch fest, dass die meisten Meinungsänderungen kurzfristiger Natur sind und als direkte Reaktionen auf äußere Einflüsse zu verstehen sind. Eine weitgehend „gelenkte“ Meinungsbildung wäre also ohne weiteres möglich. Diese grundsätzliche demokratietheoretische Frage soll jedoch an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden.

men von allen, oder zumindest von allen etablierten, Parteien missachtet sieht und in der Regel einen Aussteiger-Wechsel vornehmen wird.

Wesentlich komplexer gestaltet sich die Betrachtung einzelner Zu- und Abwanderungsbewegungen. Hier konnten wichtige wahltaktische Regeln für die konkreten Bewegungen innerhalb der Koalitionslager, sowie zwei zentrale Motive für die Zuwanderung zu insgesamt drei Parteien identifiziert werden. Deutlich wird dabei vor allem eines: Für verschiedene Arten des Parteiwechsels stehen jeweils verschiedene Erklärungsfaktoren im Mittelpunkt, selbst wenn sie der gleichen allgemeinen Wechselbewegung folgen. Die Suche nach einer einzigen zentralen Determinante, wie etwa Franks (2000: 43) Argumentation, Steuerpolitik sei stets der zentrale Baustein von Wählerbeweglichkeit, erscheint vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse wenig aussichtsreich. Nur eine multidimensionale Betrachtung parteispezifischer Bewegungsmuster kann zu maximal aussagekräftigen Ergebnissen führen. Auch die bisher übliche Vorgehensweise, die Eintrittswahrscheinlichkeiten für einen nicht (Weßels 2007, Falter / Schoen 2000 u.a.), oder nur im Sinne allgemeiner Bewegungsmuster (Rattinger / Schoen 2009, Schoen / Falter 2001 u.a.)³⁶ spezifizierten Parteiwechsel durch verschiedene Erklärungsfaktoren vorherzusagen, hätte vermutlich bessere Ergebnisse erzielt, wenn eine parteispezifische Differenzierung vorgenommen worden wäre. In dieser Hinsicht liegt die Lehre der vorliegenden Untersuchung in der Feststellung, dass neuartige Erkenntnisse über die komplexen Dynamiken der Wechselwahl am besten gewonnen werden, indem die individuellen Gründe der Personen berücksichtigt und die spezifischen Eigenheiten parteispezifischer Bewegungsmuster einzeln herausgestellt werden.

7.3 Grenzen der Arbeit und mögliche Kritik

Die grundlegende Innovation der vorliegenden Arbeit ist auf eine naheliegend erscheinende Maßnahme zurückzuführen: Zum ersten Mal wurden Wechselwähler konkret nach ihren Beweggründen gefragt. Die bisherige Zurückhaltung der Wahlforschung, diesen Schritt zu unternehmen, ist vermutlich auf den hohen Aufwand im Rahmen der Datenerhebung und bei der Auswertung der offenen Frage zurückzuführen. Auch im vorliegenden Fall wäre die Durchführung der Exit-Poll-Befragung ohne die verantwortlichen Lehrstühle und die tatkräftige Mitarbeit vieler freiwilliger Studierender nicht möglich gewesen. Ein großer Teil der unmittelbaren Vorarbeit für die hier unternommene Analyse bestand darüber hinaus bereits in der Herausarbei-

³⁶ Schoen und Falter (2001) unterscheiden kleine, große und zweitrangige, sowie Wechsel von der Opposition zur Regierung und umgekehrt. Rattinger und Schoen (2009) unterscheiden Wechsel innerhalb der Regierung, von Regierung zu Opposition und umgekehrt, sowie Bewegungen von den Nichtwählern zu Regierung und Opposition, sowie jeweils umgekehrt. Konkrete Zu- oder Abwanderungen zu einer Partei oder gar Bewegungen zwischen zwei Parteien werden nicht berücksichtigt.

tung eines geeigneten Kategoriensystems. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse über die Beschaffenheit der Wechselwahl zeigen jedoch deutlich, dass sich dieser erhöhte Aufwand auszahlt hat. Alleine die kategorisierten Nennungen der Befragten können in der Analyse zu 20 bis 50 Prozent erklären, welche konkrete Wechselbewegung eine Person vornehmen wird. Damit stellen die individuellen Begründungen der Wähler einen der bedeutendsten Einflussfaktoren für Analysen dieser Art dar.

Jedoch unterlag die Erhebung der Daten und das Design der Analyse auch im vorliegenden Fall einigen Beschränkungen. So ist zunächst die geringe Zahl der berücksichtigten Variablen zu nennen, die darauf zurückzuführen ist, dass im Rahmen der zwangsläufig sehr kurzen Exit-Poll-Befragung aus logistischen Gründen keine Strukturvariablen auf individueller Ebene, wie etwa das Einkommen, der Bildungsstand oder eine etwaige Parteiidentifikation erhoben werden konnten. Hierfür wäre ein deutlich längerer Fragebogen nötig gewesen, wodurch die Response-Rate zweifellos stark gesunken wäre. Die Erklärungskraft der spezifizierten Regressionsmodelle bleibt aus diesem Grund relativ gering (siehe Kapitel 6.3), wodurch zwar die hier erarbeiteten Ergebnisse nicht geschmälert werden, jedoch die Gewinnung noch weitgreifender angelegter Erkenntnisse nicht möglich war.

Ein weiterer Ansatz möglicher Kritik ist die grundlegende Annahme, dass die angegebenen Gründe die Verteilung der wahren Motive innerhalb einer bestimmten Wechselbewegung für alle Wechselwähler korrekt widerspiegeln. Hinsichtlich des „Recall-Bias“ erscheint dies noch wenig problematisch, da nicht zwangsläufig davon auszugehen ist, dass Personen, deren Erinnerung an die vorangegangene Wahlentscheidung fehlerhaft ist, aus strukturell anderen Gründen wechseln, als solche, die sich richtig erinnern (siehe Kapitel 4.1). Hinsichtlich der etwa 40 Prozent der Wähler, die mittels Briefwahl abgestimmt haben³⁷, besteht ebenfalls keine einleuchtende Vermutung, dass diese auf Basis grundlegend anderer Motive wechseln, als Personen, die an der Urne abstimmen. Deutlich problematischer gestaltet sich die zugrundeliegende Selektion hinsichtlich der Personen, die angesprochen wurden, jedoch nicht an der Befragung teilgenommen haben oder befragt wurden, jedoch keinen Grund für ihren Wechsel genannt haben. Hier wäre es durchaus einleuchtend, dass etwa politisch interessiertere Personen eher dazu tendieren, teilzunehmen und die Motivation für ihre Entscheidung mitzuteilen, sowie darüber hinaus auch auf Basis grundlegend anderer Motive zu wechseln³⁸. Es wäre gar denkbar, dass es sich

³⁷ Bei der Bundestagswahl haben laut Wahlbericht der Stadt München insgesamt 40,8 Prozent der Wähler in München per Briefwahl abgestimmt, bei der Landtagswahl waren es 40,4 Prozent. Nachzulesen unter: <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtinfos/Statistik/Wahlen>.

³⁸ Die Ergebnisse von Blumenstiel und Rattinger (2012: 272) würden diese Befürchtung bestärken, finden sie doch deutliche Hinweise dafür, dass Personen, die auf Basis inhaltlicher Gründe wechseln, in der Regel eine höhere politische Bildung aufweisen, als andere.

gerade bei diesen Wechselwählern, die nicht an der Befragung teilgenommen oder keinen Grund für ihre Entscheidung angegeben haben, um Orientierungslose, den so genannten „Flugsand“ handelt, dessen Existenz die gewonnenen Ergebnisse in der vorliegenden Form doch deutlich widerlegen. An dieser Stelle kann somit durchaus nicht ausgeschlossen werden, dass ein solcher Selektions-Bias in den zugrundeliegenden Daten die Validität der vorliegenden Erkenntnisse beeinträchtigt. Dies wird jedoch in jeder vergleichbaren Untersuchung ein Problem darstellen, da es einem Forscher stets schwerfallen wird, Auskünfte von Personen zu erhalten, die diese, etwa aufgrund politischen Desinteresses, nicht erteilen wollen. Da hier ein grundsätzliches und nicht unmittelbar lösbares Problem dieser Art von Forschung besteht, muss diese Quelle der Unsicherheit schlicht hingenommen werden. Ebenfalls nicht berücksichtigt wurden Personen, die zu den Nichtwählern gewechselt sind. Auch hier handelt es sich jedoch um ein nicht lösbares Problem: Nichtwähler sind im Rahmen einer Exit-Poll-Erhebung unerreichbar, wodurch die Motive derselben zwangsläufig unbekannt bleiben.

Folgt man darüber hinaus der zuvor eingeführten These, dass die Mehrheit der deutschen Wähler potenzielle Wechselwähler darstellen und die entsprechende Entscheidung stets einer aktiven gedanklichen Abwägung folgt, so wäre im Rahmen der vorliegenden Analyse auch relevant, aus welchen Gründen eine Person *nicht* gewechselt ist. Insbesondere bei der Identifikation von Pull- und Push-Issues wäre es wichtig, auch die Personen zu berücksichtigen, die etwa aufgrund eines bestimmten Themas bei einer Partei geblieben sind, anstatt zu einer anderen Partei zu wechseln. Diese Informationen wurden jedoch im Rahmen der zugrundeliegenden Befragung nicht erhoben.

Trotz dieser Kritikpunkte und Beschränkungen, denen sich die Herangehensweise und die Ergebnisse der Arbeit stellen müssen, konnten wichtige neuartige Erkenntnisse über das Verhalten westdeutscher Wechselwähler in Kerngebieten von Metropolregionen gewonnen werden. Darüber hinaus verdeutlicht der vorliegende Beitrag, wie viel mehr in diesem Bereich generell möglich ist, insbesondere, wenn sowohl der Entscheidungskompetenz der Wähler, als auch der Komplexität der Wechselwahl gebührend Rechnung getragen wird und die nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen.

7.4 Ausblick

Bereits innerhalb des konkreten Designs der Analyse, bieten sich interessante Erweiterungen an, deren Berücksichtigung im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich gewesen ist. So wurde im vorliegenden Beitrag zwar bereits eine parteienspezifische Differenzierung vorgenommen und bestimmte Zu- und Abwanderungsbewegungen betrachtet, nicht jedoch die konkreten Bewegungen zwischen zwei Parteien. In folgenden Forschungsprojekten würde es sich deshalb anbieten, auch dieser Perspektive die gebührende Beachtung zukommen zu lassen. Darüber hinaus wurde zwar, mittels einer territorialen Kontrollvariablen, für unterschiedliches Wechselverhal-

ten in Innen- und Außenraum kontrolliert, die jeweiligen Interaktionen konnten jedoch aus Platzgründen nicht berücksichtigt werden, sodass etwaiges unterschiedliches Verhalten hinsichtlich der Begründungen nicht herausgestellt werden konnte. Gerade hierin läge eine interessante Fragestellung, ob und in welcher Weise sich die Motive der Wechselwahl unterscheiden, je nachdem ob eine Person im Innenraum oder im Außenraum der Stadt gewählt hat.

Eine weitere Perspektive liegt in der Analyse wahltaktischer Erwägungen. Hier konnten zwar sehr umfassende Ergebnisse für die vorliegende Konstellation gewonnen werden, jedoch würde es sich anbieten, in weiterführenden Untersuchungen zu überprüfen, wie sich wahltaktisch motivierte Wechsler im Falle anders gearteter Stärkeverhältnisse zwischen den beiden Lagern verhalten. Dazu würde sich etwa eine Bundes- oder Landtagswahl anbieten, in deren Vorfeld die beiden Lager weitgehend gleich stark eingeschätzt werden. Auch im Hinblick auf die Gesamtheit der Ergebnisse, wäre eine erneute und ähnlich strukturierte Analyse anderer Wahlen im Raum München oder in anderen westdeutschen Metropolregionen sinnvoll, um die hier gewonnenen Ergebnisse einer zweiten Prüfung zu unterziehen. Eine Analyse für den ostdeutschen Kontext wäre ebenfalls eine interessante Möglichkeit. Aufbauend auf den Ergebnissen von Schoen (2000a), sowie Schoen und Falter (2001), wird im vorliegenden Beitrag davon ausgegangen, dass ost- und westdeutsche Wähler aus strukturell unterschiedlichen Gründen eine Partei wechseln. Eine entsprechende Untersuchung könnte klarstellen, ob sich diese Vermutung im Lichte der hier eingenommenen Sichtweise auf die Begründung von Parteiwechseln halten kann und sich auch die individuellen Nennungen der Wechselmotive strukturell unterscheiden. Zu erwarten wäre ein differenziertes Verständnis, wie weit die Gemeinsamkeiten gehen und in welchen konkreten Bereichen die Unterschiede im jeweiligen Begründungsverhalten zu verorten sind. In diesem Sinne würde sich auch eine Analyse ländlicher Regionen anbieten. An die Ergebnisse von Walter-Rogg (2013) anknüpfend, liegt der vorliegenden Arbeit die Annahme zugrunde, dass sich das Begründungsverhalten zwischen Metropolregionen und ländlicheren Gebieten grundlegend unterscheidet. Auch hier könnte eine entsprechende Untersuchung klarstellen, ob sich diese Vermutung bewahrheitet.

Darüber hinaus wäre eine grundlegend andere theoretische Fundierung denkbar. Die hier verwendeten Theorien (siehe Kapitel 1 und 2) erklären explizit das Wahlverhalten einer Person, wodurch diese Ansätze gut auf den vorliegenden Kontext der Wechselwahl übertragen werden können. Mit seiner „Exit, Voice and Loyalty“-Theorie entwickelte Albert O. Hirschman (1970) jedoch einen Ansatz, der in dieser Hinsicht eine interessante und bisher nicht beachtete Alternative darstellen könnte. Seine Beschreibung grundlegender Reaktionsmöglichkeiten von Individuen gegenüber Organisationseinheiten, denen sie als Mitglieder gegenüber stehen, könnte ebenfalls auf den Umgang mit Wahlen innerhalb eines Staatsgefüges übertragen werden. Hirschman (1970) unterscheidet die Handlungsoptionen Abwanderung („exit“), Widerspruch („voice“) und Loyalität („loyalty“). Der Widerspruch ist dabei die politisch optimale Handlung, da

nur so eine Veränderung der Organisation zum Besseren ermöglicht wird. Je mehr Druck jedoch durch die dezidiert „unpolitische“ Abwanderung entweicht, desto unwahrscheinlicher wird es, dass sich eine Person für Widerstand entscheidet. Im Hinblick auf politische Wahlen läge es nun nahe, die Exit-Option in der Nichtwahl zu sehen, in deren Rahmen ein Rückzug aus dem politischen ins Private stattfindet. Analog bestünde die Voice-Option in der informierten und gezielten Wechselwahl, während sich Loyalität sowohl in der einer ebenso informierten und gezielten, als auch in einer zweckrational nicht erklärbaren Wiederwahl der gleichen Partei äußern kann. Insbesondere angesichts der zuvor erwähnten Selektionsprobleme könnte dieser Ansatz eine vielversprechende Perspektive darstellen. Während im vorliegenden Fall nur diejenigen Personen betrachtet werden konnten, die sich für die Voice-Option entschieden hatten, könnten in einer derlei angelegten Untersuchung auch die zentralen Motive für loyales Handeln erhoben und herausgestellt werden. In der Folge würden selbst Schlussfolgerungen auf die grundlegend nur schwer zu erreichenden Entscheidungsmotive von Nichtwählern ermöglicht.

Sollte eine der hier vorgestellten Forschungsperspektiven wahrgenommen werden, so wäre hinsichtlich der Erhebung zu empfehlen, im Vergleich zum vorliegenden Fall mehr Personen zu befragen, sowie weitere mögliche Kontrollvariablen auf Individualebene zu erheben, etwa die Parteiidentifikation, bestimmte Kompetenzzuweisungen, das Einkommen oder der Bildungsstand. Sollten die verfügbaren Ressourcen dies zulassen, so könnten die Konfidenzintervalle im Vergleich zum vorliegenden Fall deutlich reduziert werden und, etwa hinsichtlich der identifizierten Issue-Effekte, bedeutend stärkere Aussagen getroffen werden. Ideal wäre die Erhebung von Panel-Daten, deren überlegene Eignung gegenüber Recall-Daten für Forschungsprojekte dieser Art bereits vielfach dokumentiert werden konnte (Schoen / Falter 2001, Schoen 2000b, Falter / Schoen 2000 u.a.).

Anhang

Kodierungssystem der Kategorie-Variablen

Tabelle A1: Vollständiges Kategoriensystem mit Angabe der jeweiligen Kodierung

Hauptkategorie	Kodierung	Unterkategorie	Kodierung	Unterkategorie II	Kodierung		
Nennung unklar	1						
Unzufriedenheit	2	Nicht weiter spezifiziert	0				
		Politikverdrossenheit	1				
		Persönliche Interessen	2				
		Ideologische Ausrichtung	3				
Performace	3	Positiv	1				
		Negativ	2			Mollath-Affäre	1
						„Amigo“-Affäre	2
						Hotelsteuer	3
						Skandale der CSU	4
						Pädophilie Debatte	5
Personal	4	Kandidaten	1	Positiv	1		
				Negativ	2		
		Spitzenkandidaten	2	Positiv	1		
				Negativ	2		
		Merkel / Seehofer	3	Positiv	1		
				Negativ	2		
		Steinbrück / Ude	4	Positiv	1		
				Negativ	2		
Issues	5	Wahlprogramm und sonstige oder nicht weiter spezifizierte Issues	0	Neutral	0		
				Positiv	1		
				Negativ	2		
		Europa	1				
		Steuerpolitik	2				
		Familienpolitik	3				
		Datenschutz / NSA	4				
		Sozialpolitik	5				
		Wirtschaftspolitik	6				
		Umweltpolitik	7				
		Bildungspolitik	8				
Wahltaktik	6	Allgemein	0				
		Absolute Mehrheit der Union/CSU verhindern	1				
		Regierungswechsel	2				
		Große Koalition	3	...ermöglichen	1		
				...verhindern	2		
		Opposition stärken	4				
Organisatorische Gründe	7						
Sonstiges	8	Allgemein	0				
		Wahl-O-Mat	1				
		Partei steht erstmals zur Wahl	2				
		Wahlpflicht	3				
		Bauchgefühl	4				

Erweiterte Dokumentation der Analyse

Tabelle A2: Zusammenfassung relevanter Ergebnisse

Analyse	Abhängige Variable (y)	Referenz-kategorie	Einfluss-faktor (x)	Wahl	Beta mit Std.fehler und 95%-CI	OR / RRR mit Std.fehler und 95%-CI	Eintrittsw'keit mit Std.f. und 95%-CI bei x=0	Eintrittsw'keit mit Std.f. und 95%-CI bei x=1
6.2.1: Allgemeine Wechsel-bewegungen	Kleine Wechsel	binomial	Wahltaktik	BTW	0,81 (0,16) [0,50; 1,11]	2,25 (0,35) [1,66; 3,05]	0,42 (0,02) [0,37; 0,46]	0,62 (0,04) [0,55; 0,69]
				LTW	0,51 (0,16) [0,20; 0,83]	1,67 (0,27) [1,22; 2,30]	0,42 (0,03) [0,37; 0,48]	0,55 (0,04) [0,49; 0,62]
			Personal	BTW	0,49 (0,20) [0,10; 0,88]	1,63 (0,32) [1,11; 2,40]	0,42 (0,02) [0,37; 0,46]	0,54 (0,05) [0,44; 0,63]
				LTW	0,86 (0,18) [0,51; 1,22]	2,37 (0,43) [1,67; 3,37]	0,42 (0,03) [0,37; 0,48]	0,63 (0,04) [0,56; 0,71]
	Aussteiger-Wechsel		Politikver-drossenheit	BTW	1,27 (0,44) [0,40; 2,14]	3,56 (1,57) [1,50; 8,46]	0,27 (0,02) [0,23; 0,31]	0,56 (0,11) [0,35; 0,78]
				LTW	1,71 (0,39) [0,95; 2,48]	5,54 (2,16) [2,58; 11,89]	0,19 (0,02) [0,15; 0,23]	0,57 (0,09) [0,39; 0,75]
			Ideologie	BTW	1,43 (0,27) [0,90; 1,96]	4,17 (1,13) [2,56; 7,10]	0,27 (0,02) [0,23; 0,31]	0,60 (0,06) [0,48; 0,73]
				LTW	1,31 (0,30) [0,73; 1,89]	3,71 (1,10) [2,07; 6,63]	0,19 (0,02) [0,15; 0,23]	0,47 (0,07) [0,33; 0,61]
			Issues	BTW	0,59 (0,13) [0,34; 0,84]	1,81 (0,23) [1,41; 2,32]	0,27 (0,02) [0,23; 0,31]	0,40 (0,03) [0,34; 0,45]
				LTW	0,70 (0,16) [0,39; 1,02]	2,02 (0,32) [1,48; 2,77]	0,19 (0,02) [0,15; 0,23]	0,33 (0,03) [0,26; 0,39]
6.2.2: Leistungs-bewertungen	Abwanderung CSU	Nicht-regierungspar-teien	Performance	BTW	-0,09 (0,22) [0,53; 0,34]	0,91 (0,20) [0,59; 1,41]	0,16 (0,02) [0,13; 0,20]	0,12 (0,02) [0,08; 0,16]
				LTW	0,43 (0,21) [0,02; 0,85]	1,54 (0,33) [1,02; 2,34]	0,16 (0,02) [0,13; 0,20]	0,19 (0,03) [0,14; 0,25]
	Abwanderung FDP		Performance	BTW	0,71 (0,16) [0,40; 1,01]	2,02 (0,31) [1,49; 2,74]	0,26 (0,02) [0,22; 0,29]	0,41 (0,03) [0,35; 0,48]
				LTW	0,90 (0,19) [0,54; 1,27]	2,47 (0,46) [1,71; 3,57]	0,15 (0,02) [0,12; 0,19]	0,29 (0,03) [0,22; 0,36]
6.2.3: Wahltaktik	Zuwanderung SPD	Zuwanderung CSU, Grüne, Linke und Sonstige	Wahltaktik	BTW	1,02 (0,17) [0,69; 1,35]	2,77 (0,47) [1,99; 3,86]	0,22 (0,02) [0,18; 0,25]	0,41 (0,04) [0,33; 0,48]
				LTW	0,90 (0,18) [0,56; 1,25]	2,47 (0,44) [1,75; 3,50]	0,38 (0,03) [0,33; 0,44]	0,55 (0,04) [0,47; 0,63]
			Personal	LTW	1,47 (0,20) [1,09; 1,86]	4,36 (0,86) [2,97; 6,51]	0,38 (0,03) [0,33; 0,44]	0,72 (0,04) [0,65; 0,79]
	Zuwanderung FDP		Wahltaktik	BTW	1,04 (0,28) [0,50; 1,58]	2,83 (0,78) [1,65; 4,88]	0,05 (0,01) [0,03; 0,07]	0,10 (0,02) [0,05; 0,14]
				LTW	1,28 (0,27) [0,76; 1,80]	3,59 (0,96) [2,13; 6,06]	0,06 (0,01) [0,04; 0,08]	0,13 (0,03) [0,07; 0,18]
	Abwanderung CSU	Abwanderung SPD, FDP, Linke und Sonstige	Wahltaktik	BTW	0,18 (0,22) [-0,25; 0,60]	1,19 (0,26) [0,78; 1,83]	0,17 (0,02) [0,13; 0,20]	0,14 (0,02) [0,10; 0,19]
				LTW	0,57 (0,22) [0,15; 1,00]	1,77 (0,38) [1,16; 2,71]	0,16 (0,02) [0,12; 0,20]	0,18 (0,03) [0,13; 0,23]
			Personal	BTW	-1,82 (0,52)	0,16 (0,08)	0,17 (0,02)	0,03 (0,02)

					[-2,84; -0,80]	[0,06; 0,45]	[0,13; 0,20]	[0,00; 0,06]
	Abwanderung Grüne		Wahltaktik	BTW	0,79 (0,17) [0,46; 1,13]	2,21 (0,38) [1,58; 3,09]	0,29 (0,02) [0,25; 0,33]	0,46 (0,04) [0,39; 0,53]
				LTW	0,83 (0,19) [0,46; 1,19]	2,28 (0,43) [1,58; 3,29]	0,37 (0,03) [0,32; 0,42]	0,53 (0,04) [0,45; 0,60]
6.2.4: Pull-Issues	Zuwanderung Grüne	binomial	Umwelt- politik	BTW	2,40 (0,40) [1,62; 3,17]	11,01 (4,36) [5,07; 23,92]	0,11 (0,02) [0,08; 0,14]	0,57 (0,10) [0,38; 0,76]
				LTW	2,78 (0,47) [1,85; 3,70]	16,04 (7,60) [6,34; 40,60]	0,11 (0,02) [0,08; 0,15]	0,67 (0,10) [0,47; 0,87]
	Zuwanderung SPD	Zuwanderung CSU, Grüne, FDP und Sons- tige	Sozialpolitik	BTW	1,86 (0,48) [0,92; 2,80]	6,43 (3,08) [2,52; 16,43]	0,21 (0,02) [0,18; 0,25]	0,47 (0,10) [0,28; 0,66]
				LTW	0,56 (0,59) [-0,60; 1,72]	1,75 (1,03) [0,55; 5,57][0,38 (0,03) [0,33; 0,44]	0,20 (0,08) [0,04; 0,36]
	Zuwanderung Linke		Sozialpolitik	BTW	2,17 (0,54) [1,12; 3,22]	8,77 (4,69) [3,07; 25,03]	0,10 (0,01) [0,07; 0,13]	0,29 (0,09) [0,12; 0,47]
				LTW	3,49 (0,57) [2,37; 4,61]	32,86 (18,80) [10,71; 100,86]	0,07 (0,02) [0,04; 0,10]	0,64 (0,11) [0,43; 0,86]
6.2.5: Push-Issues	Abwanderung Grüne	Abwanderung CSU, FDP, Linke und Sonstige	Steuerpolitik	BTW	2,62 (0,45) [1,73; 3,51]	13,72 (6,22) [5,65; 33,34]	0,29 (0,02) [0,25; 0,33]	0,62 (0,07) [0,49; 0,75]
				LTW	2,27 (0,79) [0,73; 3,81]	9,70 (7,63) [2,08; 45,34]	0,37 (0,03) [0,32; 0,43]	0,74 (0,11) [0,52; 0,95]

Tabelle A3:Verteilung der Nennungen

Wechselmotiv	Bundestagswahl		Landtagswahl	
	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent
Unzufriedenheit	147	11,3	160	13,4
<i>Politikverdrossenheit</i>	24	1,8	31	2,6
<i>Persönliche Interessen</i>	32	2,5	28	2,4
<i>Ideologische Ausrichtung</i>	64	4,9	53	4,5
<i>Sonstige Unzufriedenheit</i>	27	2,1	48	4,0
Performance	280	21,5	221	18,6
Personal	123	9,5	166	13,9
Issues	433	33,3	309	26,0
<i>Europa</i>	58	4,5	5	0,4
<i>Steuerpolitik</i>	59	4,5	15	1,3
<i>Sozialpolitik</i>	30	2,3	24	2,0
<i>Umweltpolitik</i>	30	2,3	22	1,8
<i>Sonstige Issues</i>	256	19,7	243	2,0
Wahltaktik	234	18,0	215	18,1
Sonstige Gründe	83	6,4	119	10,0
Nennungen insgesamt	1300	100,0	1190	100,0

Kursiv markierte Gründe stellen Unterkategorien dar. Die überwiegende Mehrheit aller Personen hat nur einen Grund angegeben. Bei der Bundestagswahl (Landtagswahl) fallen insgesamt 19 (16) Personen in zwei Hauptkategorien, 4 (2) Personen in der Hauptkategorie „Issues“ besetzen jeweils zwei Unterkategorien.

Quellen

Literatur

- Bargsted, M.A. / Kedar, O. (2009) – Coalition-Targeted Duvergerian Voting: How Expectations Affect Voter Choice under Proportional Representation. In: American Journal of Political Science 53 / 2, S. 307 – 323.
- Blais, A. / Aldrich, J.H. / Indriason, I.H. / Levine, R. (2006) – Do Voters Vote For Government Coalitions? Testing Downs' Pessimistic Conclusion. In: Party Politics 12/6, S. 691 – 705.
- Blumen, I.M. / Kogan, M. / McCarthy, P.J. (1955) – The Industrial Mobility of Labor as a Probability Process. Cornell University Press, Ithaca.
- Blumenstiel, J.E. / Rattinger, H. (2012) - Warum haben Sie das getan? Subjektive Gründe der Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009. In: Schmitt-Beck, R. (Hrsg.) – Wählen in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, Nomos, Baden-Baden, S. 251-276.
- Boustedt, O. (1970) – Zum Konzept von Stadtregionen. Methoden und Probleme der Abgrenzung von Agglomerationsräumen. In: Raum und Bevölkerung – Forschungsberichte des Ausschusses „Raum und Bevölkerung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 10.
- Bytzek, E. (2013) - Präferenzbildung in Zeiten von „Koalitionspolygamie“. Eine Untersuchung von Einflüssen auf Koalitionspräferenzen bei der Bundestagswahl 2009. In: Faas, T. / Arzheimer, K. / Roßteutscher, S. / Weißels, B. (Hrsg.) - Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009. VS Verlag, Wiesbaden, S. 43 - 56.
- Campbell, A. / Gurin, G. / Miller, W.E. (1954) – The Voter Decides. Row, Peterson and Company, Evanston.
- Campbell, A. / Converse, P.E. / Miller, W.E. / Stokes, D.E. (1960) – The American Voter. Wiley, New York.
- Crouch, C. (2013) – Postdemokratie. 10. Auflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Dahrendorf, R. (1958) - Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der sozialen Rolle. 17. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010.
- Downs, A. (1957) – An Economic Theory of Democracy. Harper & Row, New York.
- Falter, J.W. / Römmele, A. (2002) – Professionalisierung bundesdeutscher Wahlkämpfe, oder: Wie amerikanisch kann es werden? In: Berg, T. (Hrsg.) – Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen. Opladen: Leske + Budrich, S. 49 – 64.
- Falter, J.W. / Schoen, H. (2000) – Wechselwähler in Deutschland: Wählerelite oder politischer Flugsand? In: Niedermayer, O. / Kaase, M. (Hrsg.) – Demokratie und Partizipation. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 13 – 33.
- Falter, J.W. / Schoen, H. (2005) - Handbuch Wahlforschung. VS Verlag, Wiesbaden.

- Fiorina, M.P. (1981) – Retrospective Voting in American National Elections. Yale University Press, New Haven / London.
- Franke, S.F. (2000) - Wechselwähler. Eine Analyse der Wählerbeweglichkeit am Beispiel der Bundestagswahl 1998 und der Landtagswahlen der Jahre 1998 bis 2000. Metropolis Verlag, Marburg.
- Goodman, L.A. (1961) – Statistical Methods for the Mover-Stayer Model. In: Journal of the American Statistical Association 56.296, S. 841 – 868.
- Greer, A. / Greer, S. (1976) – Suburban political behavior: A matter of trust. In: Schwartz, B. (Hrsg.) – The Changing Face of the Suburbs, Chicago University Press, S. 203 – 220.
- Greiner, D.J. / Quinn, K.M. (2010) – Exit Polling and Racial Bloc Voting: Combining Individual-Level and RxC Ecological Data. In: The Annals of Applied Statistics 4 / 4, S. 1774 – 1796.
- Gschwend, T. (2007) – Ticket-splitting and strategic voting under mixed electoral rules: Evidence from Germany. In: European Journal of Political Research 46, S. 1 – 23.
- Healy, A. / Malhotra, N. (2013) – Retrospective Voting Reconsidered. In: Annual Review of Political Science 16, S. 285 – 306.
- Hill, J. / Kriesi, H. (2001a) – An Extension and Test of Converse's „Black-and-White“ Model of Response Stability. In: American Political Science Review 95 / 2, S. 397 – 413.
- Hill, J. / Kriesi, H. (2001b) – Classification by Opinion-Changing Behavior: A Mixture Model Approach, Political Analysis 9 / 4, S. 301 – 324.
- Hilmer, R. / Kunert, M. (2005) – Wählerwanderung. Das Modell von Infratest dimap. In: Falter, J.W. / Gabriel, O.W. / Weißels, B. (Hrsg.) - Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. VS Verlag, Wiesbaden, S. 134-156.
- Himmelweit, H.T. / Biberian, M.J. / Stockdale, J. (1978) – Memory for Past Vote: Implications of a Study of Bias in Recall. In: British Journal of Political Science 8.3, S. 365 – 375.
- Hirsch, H. (1968) – Suburban voting and national trends: A research note. In: Western Political Quarterly 21/3, S. 508 – 514.
- Hofrichter, J. / Kunert, M. (2009) – Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2005: Umfang, Struktur und Motive des Wechsels. In: Gabriel, O.W. et al. (Hrsg.) – Wahlen und Wähler. VS Verlag, Wiesbaden, S. 228 – 249.
- Hosmer, D.W. / Lemeshow, S. (2000) – Applied Logistic Regression. 2. Auflage, Wiley, New York.
- Kaase, M. (1967) – Wechsel von Parteipräferenzen: Eine Analyse am Beispiel der Bundestagswahl 1961. Anton Hain, Meisenheim am Glan.

- Kaufman, L. / Rousseeuw, P. (1987) – Clustering by means of medoids. In: Dodge, Y. (Hrsg.) - Statistical Data Analysis based on the L_1 -Norm and related Methods. North-Holland, S. 405 - 416.
- Key, V.O. (1966) – The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936 – 1960, Vintage Books, New York.
- Kienzl, H. (1964) – Die Struktur der österreichischen Wählerschaft. In: Blecha, K. / Gmoser, R. / Kienzl, H. (Hrsg.) – Der durchleuchtete Wähler, Europa-Verlag, Wien, S. 31 – 71.
- Kriesi, H. / Sciarini, P. (2004) - The impact of issue preferences on the voting choices in the Swiss federal elections 1999. In: British Journal of Political Science 34, S. 725 - 759.
- Kohler, U. (2002) – Der demokratische Klassenkampf. Campus, Frankfurt am Main.
- Kohler, U. / Kreuter, F. (2012a) – Data Analysis Using Stata. 3. Auflage, Stata Press, College Station, S. 341 - 395.
- Kohler, U. / Kreuter F. (2012b) – Datenanalyse mit Stata – Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung. 4. Auflage, Oldenbourg Verlag, München.
- Kühnel, S. / Mays, A. (2009) - Das Michigan-Modell des Wahlverhaltens und die subjektive Sicht der Wähler. Zur Korrespondenz der Effekte von Parteineigung, Kandidatenbewertungen und Urteilen zu politischen Sachthemen mit der subjektiven Begründung von Wahlentscheidungen. In: Kühnel, S. / Niedermayer, O. / Westle, B. - Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, VS Verlag, Wiesbaden, S. 313-328.
- Lazarsfeld P.F. / Berelson, B. / Gaudet, H. (1944) – The People's Choice: How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign. Columbia University Press, New York.
- Linhart, E. (2007) – Rationales Wählen als Reaktion auf Koalitionssignale am Beispiel der Bundestagswahl 2005. In: Politische Vierteljahresschrift 48/3, S. 461 – 484.
- Lipset, S. / Rokkan, S. (1967) – Party System and Voter Alignments: Cross-national Perspectives. The Free Press, New York, London.
- Long, J. S. / Freese, J. (2006) – Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata. 2. Auflage, Stata Press, College Station.
- Mair, P. (2008) – The Challenge to Party Government. In: West European Politics 31 / 1-2, S. 211 – 234.
- Mair, P. (2013) – Ruling the Void: The Hollowing Of Western Democracy. Verso Books, New York und London.
- Meffert, M.F. / Huber, S. / Gschwend, T. / Pappi, F.U. (2011) – More than wishful thinking: Causes and consequences of voters' electoral expectations about parties and coalitions. In: Electoral Studies 30, S. 804 – 815.

- Merz, S. / Hofrichter, J. (2013) - Wähler auf der Flucht: die Wählerwanderung zur Bundestagswahl 2009. In: Weßels, B. / Gabriel, O.W. / Schoen, H. (Hrsg.) - Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009. VS Verlag, Wiesbaden, S. 97-117.
- Pappi, F.U. (1983) – Die Links-Rechts-Dimension des deutschen Parteiensystems und die Parteipräferenz-Profile der Wählerschaft. In: Wahlen und politisches System. Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Vol. 42, S. 422 – 441.
- Pappi, F.U. / Shikano, S. (2007) – Wahl- und Wählerforschung. 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden, S.19 – 56.
- Pappi, F.U. / Brandenburg, J. (2010) – Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 62, S. 459 – 483.
- Rattinger, H. (2007) – Wechselwähler 1990 bis 2002. In: Rattinger, H. et al. (Hrsg.) – Der gesamtdeutsche Wähler. Nomos, Baden-Baden, S. 37 – 65.
- Rattinger, H. / Schoen, H. (2009) – Ein Schritt vorwärts und zwei zurück? Stabiles und wechselndes Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005. In: Gabriel, O.W. et al. (Hrsg.) – Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. VS Verlag, Wiesbaden, S. 78 – 102.
- Riker, W.H. / Ordeshook, P.C. (1968) – A Theory of the Calculus of Voting. In: American Political Science Review 62, S. 25 – 42.
- Rokkan, S. (1980) – Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas. In: Zeitschrift für Soziologie 9 (2), S. 118 – 128.
- Roth, D. (2008) – Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. 2. Auflage, VS Verlag, Wiesbaden, S. 29 - 59.
- Roth, D. / Wüst, A.M. (2008) - Emanzipiert und ungeliebt: Nicht-, Wechsel- und Protestwähler in Deutschland. In: Patzelt, W.J. / Sebaldt, M. / Kranenpohl, U. - Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls, S. 390 – 412.
- Schoen, H. (2000a) – Gründe für wechselndes Wahlverhalten: Helfen neue Instrumente Licht in das Dunkel zu bringen? In: Politische Vierteljahresschrift 41.4, S. 677 – 706.
- Schoen, H. (2000b) – Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich. In: Deth, J. / Rattinger, H. / Roller, E. (Hrsg.) – Die Republik auf den Weg zur Normalität? Opladen, Leske + Budrich, S. 199 – 226.
- Schoen, H. / Falter, J.W. (2001) – It's time for a change! – Wechselwähler bei der Bundestagswahl 1998. In: Klingemann, H. / Kaase, M. (Hrsg.) - Wahlen und Wähler. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 57 – 89.
- Schoen, H. (2003) – Wählerwandel und Wechselwahl: Eine vergleichende Untersuchung. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.

- Schoen, H. (2004) – Wechselwähler in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland: Politisch versiert oder ignorant? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34, S. 99 – 112.
- Selb, P. / Kriesi, H. / Hänggli, R. / Marr, M. (2009) - Partisan choices in a direct-democratic campaign. In: European Political Science Review 1.1, S. 155 - 172.
- Simmel, G. (1890) – Über sociale Differenzierung: soziologische und psychologische Untersuchungen. Duncker & Humblot, Leipzig.
- Swyngedouw, M. (2001) – The subjective and affective map of extreme right voters: using open-ended questions in exit polls. In: Electoral Studies 20, S. 217 – 241.
- Turner, P.W. / Mauerer, I. / Binder, M. (2012) – Parteienspezifisches Issue-Voting bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2009. In: Schmitt-Beck, R. (Hrsg.) – Wählen in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, Nomos, Baden-Baden, S. 302 – 320.
- Vermunt, J.K. (2004) – Mover-Stayer Models. In: Lewis-Beck, S. / Bryman, A. / Futing Liao, T. (Hrsg.) - The SAGE Encyclopedia of Social Science Research Methods, SAGE Publications, Thousand Oaks, S. 666 - 667.
- Völkl, K. / Langer, W. - Cleavages und Landtagswahlen. In: Schmitt-Beck, R. (Hrsg.) – Wählen in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, Nomos, Baden-Baden, S. 63 – 84.
- Waldahl, R. / Aardal, B.O. (1982) – Can We Trust Recall-Data? In: Scandinavian Political Studies 5.2, S. 101 – 116.
- Waldahl, R. / Aardal, B.O. (2000) – The Accuracy of Recalled Previous Voting: Evidence from Norwegian Election Study Panels. In: Scandinavian Political Studies 23.4, S. 373 – 389.
- Walter-Rogg, M. (2013) – Does Political Ecology Matter? Voting Behaviour in German Metropolitan Areas. In: Sellers, J.M. / Kübler, D. / Walter-Rogg, M. / Walks, R.A. (Hrsg.) – The Political Ecology of the Metropolis. Metropolitan Sources of Electoral Behavior in Eleven Countries. ECPR Press, Colchester.
- Weßels, B. (2007) – Re-Mobilisierung, „Floating“ oder Abwanderung? Wechselwähler 2002 und 2005 im Vergleich. In: Brettschneider, F. et al. (Hrsg.) – Die Bundestagswahl 2005. VS Verlag, Wiesbaden, S. 395 – 419.
- Zelle, C. (1998) – A Third Face of Dealignment? An Update on Party Identification in Germany. In: Anderson, C.J. / Zelle, C. (Hrsg.) – Stability and Change in German Elections, Praeger, Westport, S. 55 – 70.

Internet

Für alle Seiten gilt: Letzter Zugriff 15.07.2014

Regierungszufriedenheit, ARD-Deutschlandtrend und Bayern-Trend bei Infratest dimap:

<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/regierungszufriedenheit>

<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend>

<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/bayern/laendertrend>

Spiegel-Online:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-wirbt-in-wahlbrief-um-beide-stimmen-fuer-cdu-a-923150.html>

Statistisches Amt der Stadt München:

<http://www.muenchen.de/statamt>

Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für Politische Bildung:

<http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat>

Wahlprogramm der FDP:

http://www.fdp.de/files/408/B_rgerprogramm_A5_Online_2013-07-23.pdf

Daten

Alle Analysen basieren auf den Daten der Münchner Exit-Poll-Studie 2013. Die Datensätze, das vollständige Codebook sowie die verwendeten Fragebögen und der Stata-Code zur Rekonstruktion der vorliegenden Ergebnisse, sind auf der beigefügten Daten-CD zu finden.

Zur Herleitung der Hypothesen wurden Querschnittsdaten der aktuellen German Longitudinal Election Study hinzugezogen:

Rattinger, H. / Roßteutscher, S. / Schmitt-Beck, R. / Weißels, B. / Wolf, C. (2014) - Vor- und Nachwahl-Querschnitt (Kumulation), GLES2013. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5702 Datenfile Version 1.0.0.

Für die Bereitstellung der Daten möchte ich mich herzlich bedanken. Darüber hinaus gilt mein Dank Herrn Professor Thurner, für stets entgegenkommende und engagierte Betreuung, sowie André Klima und Ingrid Mauerer für ihre Hilfe und Hilfsbereitschaft.

Eigenständigkeitserklärung

Ich versichere, dass die vorgelegte Seminararbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht wurden. Diese Abschlussarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kontext vorgelegt worden.

Unterschrift

München, den